BBR-Online-Publikation, Nr. 9/2006

Herausgegeben vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft

Endbericht

Juli 2006

Projektleitung
Martina Kocks
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Auftragnehmer
Dr. Beate Hollbach-Grömig (Projektleitung)
Dipl.-Soz. Robert Sander
Anja Zahn
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Ein Projekt des Forschungsprogramms „Allgemeinen Ressortforschung“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR

Inhalt

1. Das Projekt „Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft“ 7
1.1 Hintergrund und Ziele 7
1.2 Arbeitsschritte 8

2. Demographischer Wandel und Alterung 9
2.1 Mengenpotenziale: Ältere Menschen in der Bundesrepublik Deutschland 9
2.2 Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung in ausgewählten Themenfeldern 11
2.3 Die Änderung des Blickwinkels: Potenziale älterer Menschen als Chance für Regionen und Kommunen 13
2.4 Integrierte Strategien zur Aktivierung der Potenziale älterer Menschen – eine Aufgabe für Stadt- und Regionalplanung? 14

3. Potenziale demographischer Alterung 15
3.1 Seniorenwirtschaft 16
3.1.1 Seniorenwirtschaft: Wohnen im Alter 18
3.1.2 Seniorenwirtschaft: Gesundheit/Wellness, Tourismus, Freizeitsport 19
3.1.3 Seniorenwirtschaft: Bildung 20
3.1.4 Seniorenwirtschaft: Neue Medien und Telekommunikation 21
3.1.5 Seniorenwirtschaft: Weitere Handlungsfelder 21
3.2 Freiwilliges gesellschaftliches Engagement älterer Menschen 21
3.3 Längere Berufstätigkeit: Potenziale des Alters in der Berufs- und Arbeitswelt 23
3.4 Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben, am kulturellen und technischen Fortschritt 24
3.5 Potenziale älterer Migrantinnen und Migranten 25

4. Die Fallstudien 27
4.1 Zur Auswahl der Fallstudien 27
4.2 Fallstudie 1: Amtzell – Netzwerk der Generationen 30
4.2.1 Das „Netzwerk der Generationen“ in Amtzell 31
4.2.2 Projekte im „Netzwerk der Generationen“ 33
4.2.3 Akteure 34
4.2.4 Bewertung und Perspektiven 35
4.3 Fallstudie 2: Bielefeld – Seniorenwirtschaft 36
4.3.1 Demographischer Wandel in Bielefeld 38
4.3.2 Gesundheits- und Seniorenwirtschaft in Bielefeld 38
4.3.3 Maßnahmen und Projekte der Seniorenwirtschaft in Bielefeld 41
4.3.4 Akteure 47
4.3.5 Finanzierung 48
4.3.6 Bewertung und Perspektiven 48
4.4 Fallstudie 3: Osnabrück 50

4.4.1 Landkreis Osnabrück – Gesamtstrategisches Konzept „Demographischer Wandel im Landkreis Osnabrück“ – Seniorenbezogene Projekte ... 52
4.4.1.1 Demographischer Wandel im Landkreis Osnabrück ... 52
4.4.1.2 Die Zwei-Wege-Strategie, Projekte und Maßnahmen ... 53
4.4.1.3 Akteure und Kooperationen ... 59
4.4.1.4 Finanzierung ... 60
4.4.1.5 Bewertung und Perspektiven ... 60
4.4.2 Samtgemeinde Artland – Beispiel eines Gemeindeentwicklungskonzepts als Pilotprojekt im Landkreis Osnabrück ... 61
4.4.2.1 Genese des Samtgemeindeentwicklungskonzepts ... 61
4.4.2.2 Ziele und Maßnahmen im Rahmen von „artland aktiv“ ... 62
4.4.2.3 Akteure ... 63
4.4.2.4 Finanzierung ... 64
4.4.2.5 Vorläufige Bewertung und Perspektiven ... 64
4.4.3 Stadt Osnabrück ... 64
4.4.3.1 Demographischer Wandel in der Stadt Osnabrück ... 64
4.4.3.2 Maßnahmen und Aktivitäten im Themenfeld: Ehrenamt und Senioren ... 65
4.4.3.3 Das Akteursnetz in Stadt und Region ... 68
4.4.3.4 Bewertung und Perspektiven ... 68
4.5 Fallstudie 4: „Akademie 2. Lebenshälfte“ in Brandenburg ... 69
4.5.1 Demographischer Wandel in Brandenburg ... 70
4.5.2 „Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.“ ... 71
4.5.2.1 Zielsetzungen, Motive und Inhalte des Fördervereins ... 71
4.5.2.2 Organisation und Finanzierung ... 73
4.5.2.3 Strategien – Aktivitäten -Projekte ... 74
4.5.3 Akteure ... 76
4.5.4 Probleme in der Entwicklungsphase und im Projektverlauf ... 77
4.5.5 Bewertung und Perspektiven ... 78
4.6 Zusammenfassende Bewertung der Strategien für die kommunale/regionale Entwicklung ... 79

5. Schlussfolgerungen und Handlungsansätze ... 82
5.1 Rahmenbedingungen ... 82
5.2 Konzepte und Strategien ... 85
5.3 Ausgewählte Handlungsfelder ... 88
5.4 Akteure ... 95

Literatur ... 99

Anhang ... 105

Zusammenfassung

Die Alterung der Bevölkerung wird von vielen Wissenschaftlern als die gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich bedeutsamste demographische Veränderung gesehen. Vor diesem Hintergrund hat das BBR das Projekt „Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft“ ausgeschrieben. Zentraler Ansatz des Projektes ist es – im Unterschied zur überwiegenden gesamtgesellschaftlichen Diskussion um Kosten und Lasten – zu vermitteln, welche Entwicklungschancen sich aus der wachsenden Zahl älterer Menschen für Kommunen und Regionen ergeben. Denn die ältere Generation verfügt über wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenziale, die zu gegenseitigem Nutzen für die kommunale und regionale Wirtschaft und das Gemeinwesen eingesetzt werden können. Dabei geht es besonders um die 60- bis unter 80-Jährigen, die gebildet, mehrheitlich gesund und finanziell gut ausgestattet sind.

Das Projekt setzt damit an der Forschungslücke an, die sich unter dem Stichwort „Potenziale des Alters“ in der regional-/kommunalwissenschaftlichen Forschung offensichtlich auftut. Es sollten daher:

- die Potenziale der demographischen Alterung identifiziert und bewertet werden, die für die regionale und/oder kommunale Entwicklung relevant sind,
- Erfahrungen aus Regionen zusammengetragen und differenziert bewertet werden, die dieses Potenzial bereits als Ansatzpunkt für regionale Aktivitäten sehen und
- Strategien entwickelt bzw. aus den Beispielen abgeleitet werden, die eine effektive Nutzung der ausgemachten Potenziale ermöglichen.

Ein wichtiger Projektbaustein sind „gute Beispiele“, die nachahmenswert sind und – bei allen Problemen von Übertragbarkeit – zu einer aktiven Befassung mit den Chancen aus der Alterung der Bevölkerung anregen. Darüber hinaus werden Handlungsansätze und Strategien aufgezeigt, die übergreifend Hinweise geben, wo diese Potenziale liegen und wie sie aktiviert werden können.

Als die wichtigsten Potenziale wurden identifiziert:

- Seniorenwirtschaft, z.B. Wohnen im Alter, Wellness, Gesundheit, Tourismus, Freizeitsport, Bildung, neue Medien und Telekommunikation,
- freiwilliges gesellschaftliches Engagement älterer Menschen,
- Potenziale des Alters in der Berufs- und Arbeitswelt (längere Berufstätigkeit),
- Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben, am kulturellen und technischen Fortschritt,
- Potenziale älterer Migrantinnen und Migranten.

Diese Potenziale wurden – unter Einbeziehen weiterer Kriterien – in ausgewählten Fallstudien vertieft untersucht, um zu zeigen, wie Kommunen, Regionen, Unternehmen oder andere private, intermediäre, kommunale und regionale Akteure auf die Herausforderungen der Alterung der Bevölkerung reagieren. Die Fallstudien stellen in unterschiedlicher Art eines oder mehrere der herausgearbeiteten we-

sentlichen Potenziale in den Mittelpunkt. Darüber hinaus wurden in einer Practicesammlung weitere Beispiele zusammengestellt, die einen Überblick über die aktuellen kommunalen, regionalen und Länderinitiativen geben. Es zeigt sich, dass die Mehrzahl der Aktivitäten Ehrenamt, Wohnen und Leben im Alter, Gesundheit und Prävention sowie (erste Ansätze von) Seniorenwirtschaft zum Inhalt hat.

Die ausgewählten Fallstudien, die eingehender untersucht wurden, sind:

- Amtzell: Hier steht das Potenzial des freiwilligen gesellschaftlichen Engagements im Vordergrund. Die Aktivitäten fügen sich in ein strategisches Gesamtkonzept ein, das „Netzwerk der Generationen".
- Bielefeld: Bielefeld hat bereits Mitte der 1990er Jahre die Seniorenwirtschaft als Kompetenzfeld der Wirtschaftsförderung definiert und verfügt in diesem Handlungsfeld mithin über eine sehr lange Erfahrung. Darüber hinaus gibt es in Bielefeld seit 2004 eine Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung" beim Oberbürgermeister, die gegenwärtig ein „Demographisches Handlungskonzept" entwickelt und gemeinsam mit der Politik auf den Weg bringt.
- Osnabrück (Landkreis, Samtgemeinde Artland und Stadt): Im Landkreis wird seit mehreren Jahren im Rahmen eines gesamtstrategischen Konzepts die aktive Gestaltung des demographischen Wandels vorangetrieben. Wichtige Handlungsfelder sind die weitere Förderung des freiwilligen ehrenamtlichen Engagements, aber auch – über verschiedene Projekte – die Unterstützung einer längeren Berufstätigkeit. Die Samtgemeinde Artland im Landkreis Osnabrück hat das Thema des demographischen Wandels als Schwerpunkt ihres aktuellen Samtgemeindeentwicklungskonzepts definiert. Die Stadt Osnabrück ist seit vielen Jahren im Themenfeld aktiv, in der Fallstudie steht die Aktivierung des ehrenamtlichen Engagements älterer Menschen im Vordergrund.
- Akademie 2. Lebenshälfte e.V. Brandenburg: Die Akademie entstand 1994 aus dem Zusammenschluss von drei regionalen Arbeitsfördergesellschaften, als Initiative „von unten". Ziel ist die Integration älterer Menschen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft (u.a. längere Berufstätigkeit) und die Bewältigung des demographischen Wandels „unter Beachtung und Nutzung der Kompetenz Älterer" (u.a. freiwilliges gesellschaftliches Engagement).

Die Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen konzentrieren sich im Schwerpunkt auf die „Potenziale aus einer alternden Gesellschaft" und auf die Möglichkeiten, diese abzurufen und zu nutzen, nur punktuell wird das Handlungsfeld des demographischen Wandels insgesamt gestreift. Die Handlungsempfehlungen beziehen sich auf

- (übergreifende) Rahmenbedingungen, z.B. Sensibilisierung für das Thema „Altern", Umdenken, Kommunikation, die Organisation des demographischen Wandels in Verwaltungen.
- Konzepte und Strategien, z.B. integrative Gesamtansätze statt Einzelansätze, Kooperation als zentraler Handlungsansatz, Relevanz von Leuchtturmprojekten, Notwendigkeit von Monitoring und Controlling.
- Konkrete Handlungsfelder, z.B. Regionalwirtschaft, bürgerschaftliches Engagement, neue Instrumente, zielgruppenspezifische Strategien.

- Akteure, z.B. Rolle von Leitfiguren, Unterstützung durch die politische Spitze, Rolle weiterer Akteure, Handlungsansätze für Bund und Länder.

Die Diskussion um die Potenziale und Chancen, die sich aus einer alternden Bevölkerung ergeben, beginnt erst. Die Beispiele zeigen anschaulich, welche Ansatzpunkte es für Kommunen und Regionen gibt, aktiv zu werden. Zukünftig sollte das handlungsorientierte Wissen über diese Ansätze breiter vermittelt werden. Dabei geht es weniger um die Frage der direkten Übertragbarkeit einzelner Handlungsansätze, als darum, Anregungen für die Herausforderungen im eigenen Umfeld zu erhalten und daraus Konsequenzen für die Konzeption und Weiterentwicklung einzelner Projekte und Maßnahmen zu ziehen. Erfahrungsaustausch und das Angebot „guter Beispiele“, z.B. in einer Datenbank, können dabei wertvolle Unterstützung leisten. Hier sollten die Aktivitäten verstärkt werden, auch der Bund und die Länder sind hier gefragt. Im Hinblick auf Bewusstseinsbildung und Kommunikation in Politik, Verwaltung, in die Wirtschaft und mit den Bürgerinnen und Bürgern bleibt noch einiges zu tun.

1. Das Projekt „Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft“

1.1 Hintergrund und Ziele

Das BBR hat vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen in Deutschland – vor allem der Alterung der Bevölkerung – das Projekt „Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft“ ausgeschrieben. Kern des Projektes ist es – im Unterschied zur vorherrschenden gesamtgesellschaftlichen Diskussion um Lasten – zu ermitteln, welche Entwicklungschancen sich aus der wachsenden Zahl älterer Menschen für Kommunen und Regionen generieren lassen. Denn die ältere Generation verfügt über wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenziale, die zu gegenseitigem Nutzen für die kommunale und regionale Wirtschaft und das Gemeinwesen insgesamt eingesetzt werden können. Das betrifft insbesondere die aktive Gruppe der 60- bis unter 80-Jährigen, die gebildet, mehrheitlich gesund und finanziell gut ausgestattet ist.

Das Projekt setzt damit an der Forschungslücke an, die sich unter dem Stichwort „Potenziale des Alters“ in der regional-/kommunalwissenschaftlichen Forschung offensichtlich auftut. Es sollten daher:

- die Potenziale der demographischen Alterung identifiziert und bewertet werden, die für die regionale und/oder kommunale Entwicklung relevant sind,
- Erfahrungen von Kommunen/Regionen zusammengetragen und differenziert bewertet werden, die dieses Potenzial bereits als Ansatzpunkt für kommunale/regionale Aktivitäten sehen und
- Strategien entwickelt bzw. aus den Beispielen abgeleitet werden, die eine effektive Nutzung der ausgemachten Potenziale ermöglichen.

Es geht im Kern um eine Identifizierung von „guten Beispielen“, die nachahmenswert sind und – bei allen Problemen von Übertragbarkeit – Anregungen zu einer aktiven Befassung mit den Chancen aus der Alterung der Bevölkerung geben. Darüber hinaus sollten Handlungsansätze und Strategien aufgezeigt werden, die übergreifend Hinweise geben, wo diese Potenziale liegen und wie sie aktiviert werden können.

Ein wichtiges Anliegen des Projekts war die Kommunikation dieser Beispiele, u.a. über die Internetseiten des BBR und einen Workshop, der im Mai 2006 in Berlin stattfand. Ziel des Workshops war es vor allem, über die Diskussion der Fallstudien zu Schlussfolgerungen für erste Handlungsansätze und Strategien zu gelangen, um mit diesen konkreten Hinweisen die Bereitschaft in Verwaltung und Politik, aber auch bei intermediären und privaten Akteuren zu erhöhen, sich mit dem Thema „Potenziale des Alters“ auseinanderzusetzen und eigene Aktivitäten zu entwickeln.

1.2 Arbeitsschritte

Das Projekt gliederte sich in verschiedene Arbeitsschritte.

Im ersten Arbeitsschritt ging es zunächst um die Identifizierung der Potenziale demographischer Alterung und die Auswahl regionaler Fallbeispiele, die in den nächsten Arbeitsschritten vertieft untersucht werden sollten (vgl. Kapitel 3).

Für diese Potenziale wurden – unter Einbeziehen weiterer Kriterien – Beispiele ermittelt, die aufzeigen, wie Kommunen, Regionen, Unternehmen oder andere private, intermediäre, kommunale und regionale Akteure auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft reagieren. Die Beispiele stellen in unterschiedlicher Art eines oder mehrere der herausgearbeiteten wesentlichen Potenziale in den Mittelpunkt. Aus dieser umfangreichen Practicesammlung (vgl. Anhang) wurden die vier vertieft zu untersuchenden Fallstudien ausgewählt.

Im zweiten Arbeitsschritt wurden die ausgewählten Fallstudien analysiert und bewertet (vgl. Kapitel 4). Folgende Aspekte wurden dabei besonders berücksichtigt:

- die wesentlichen Motive für die Planung des Projektes in der Region,
- die Aktivitäten, die initiiert wurden, um auf die spezifischen Herausforderungen zu reagieren,
- die Probleme, die sich in der Entwicklungsphase und im Verlaufe des Projektes gezeigt haben,
- eine Bewertung der einzelnen Fallbeispiele.

Darüber hinaus wurde untersucht, ob Handlungsbereiche erkennbar sind, die bevorzugt bearbeitet werden, welche Akteure in welcher Arbeitsteilung beteiligt sind und wie die Finanzierung der Maßnahmen und Projekte erfolgt.

Auf Basis der Analysen des ersten Schrittes und der vertieften Betrachtung der kommunalen und regionalen Fallbeispiele wurden erste Strategien abgeleitet, wie die Potenziale des Alters genutzt werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeitsschritte waren das inhaltliche Gerüst für die Durchführung eines Workshops, bei dem die Befunde mit den Akteuren der Fallbeispiele und weiteren Experten diskutiert wurden (3. Arbeitsschritt). Dieser Workshop fand am 3. Mai 2006 in Berlin statt. Die Ergebnisse des Workshops wurden, gerade auch im Hinblick auf Schlussfolgerungen und Handlungsansätze, in den Endbericht aufgenommen (vgl. Kapitel 5).

Alle Ergebnisse wurden zeitnah auf den Internetseiten des BBR dokumentiert (4. Arbeitsbaustein).

2. Demographischer Wandel und Alterung

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist – wie auch in vielen anderen Industriestaaten – rückläufig. Sterbefallüberschuss, weniger Zuwanderung, niedrige Geburtenraten und eine noch weiter steigende Lebenserwartung führen dazu, dass die Bevölkerung Deutschlands zurückgeht und altert. Der Anteil der über 60-Jährigen an der Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2050 von jetzt etwa einem Viertel auf 40 Prozent erhöhen. Bezogen auf 100 Personen im mittleren Lebensalter (20 bis 60 Jahre) wird sich im gleichen Zeitraum die Zahl der über 60-Jährigen von 44 auf 82 fast verdoppeln. Zusammen mit Italien und Japan gehört Deutschland zu den Ländern, die weltweit den intensivsten Alterungsprozess haben werden (z.B. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005).

Die Alterung der Bevölkerung wird erhebliche sozio-ökonomische Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben. Die Relationen zwischen jungen und älteren Arbeitnehmern, zwischen Transferempfängern und -zahlern werden sich deutlich verschieben. Der Wandel in der Altersstruktur wird alle Märkte der Volkswirtschaft beeinflussen: Dem Arbeitsmarkt werden jüngere Erwerbstätige fehlen, Belegschaften altern, die Produktmärkte werden sich auf andere Kunden einstellen müssen, auf dem Kapitalmarkt werden sich Sparverhalten und Nachfrage nach Vermögensanlagen ändern, die Immobilienmärkte werden durch neue Nachfragetypen (z.B. Altenwohnungen, Serviceangebote) und durch schwierige Vermarktungssituationen, beispielsweise in überalterten suburbanen Quartieren geprägt sein, die eine veränderte Vermarktung erfordern werden. Erste Tendenzen zeichnen sich bereits ab.

Die demographischen Prozesse hängen eng miteinander zusammen. So führt beispielsweise „Schrumpfung“ durch zu geringe Geburtenraten direkt zur Alterung. Interregionale Wanderungen, die in ihrer Alterszusammensetzung „unausgewogen“ sind, haben ähnliche Effekte. Wegen ihrer Konsequenzen wird die Alterung von vielen Wissenschaftlern als die gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich bedeutsamste demographische Veränderung angesehen.

2.1 Mengenpotenziale: Ältere Menschen in der Bundesrepublik Deutschland

Bis zum Jahr 2050 wird nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes ein Rückgang der Gesamtbevölkerung Deutschlands um etwa neun Prozent erwartet. Dabei geht die Zahl der Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) um 20 Prozent zurück, dagegen wird die Zahl der über 65-Jährigen um 54 Prozent, die der über 80-jährigen um 174 Prozent steigen (Statistisches Bundesamt 2003). Im Jahr 2050 würde nach diesen Berechnungen der Anteil der über 65-Jährigen bei knapp 30 Prozent, der Anteil der über 80-Jährigen bei 12 Prozent liegen.

Die folgende Betrachtung basiert auf der Bevölkerungsprognose 2002 bis 2020 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und ist nach Altersgruppen gegliedert.

Tabelle: Ältere Menschen in der Bundesrepublik Deutschland

	1990	**2002**	**2020**
Bevölkerung insg. (in 1000 E.)	79.752	82.537	82.139
über 60 Jahre (in 1000 E.)	16.265	20.102	23.877
Veränderung (in 1000 E.)	/	+ 3.837.000 (+24%)	+ 3.774 (+19%)
Anteil an Bevölkerung insg. (in %)	20	24	29
60 – 80 Jahre (in 1000 E.)	13.085	16.732	18.307
Veränderung (in 1000 E.)	/	+ 3.646 (+27%)	+ 1.574 (+9%)
Anteil an Bevölkerung insg. (in %)	16	20	22
80 Jahre und älter (in 1000 E.)	3.179	3.369	5.570
Veränderung (in 1000 E.)	/	+ 190 (+6%)	+ 2.200 (+65%)
Anteil an Bevölkerung insg. (in %)	4	4	7

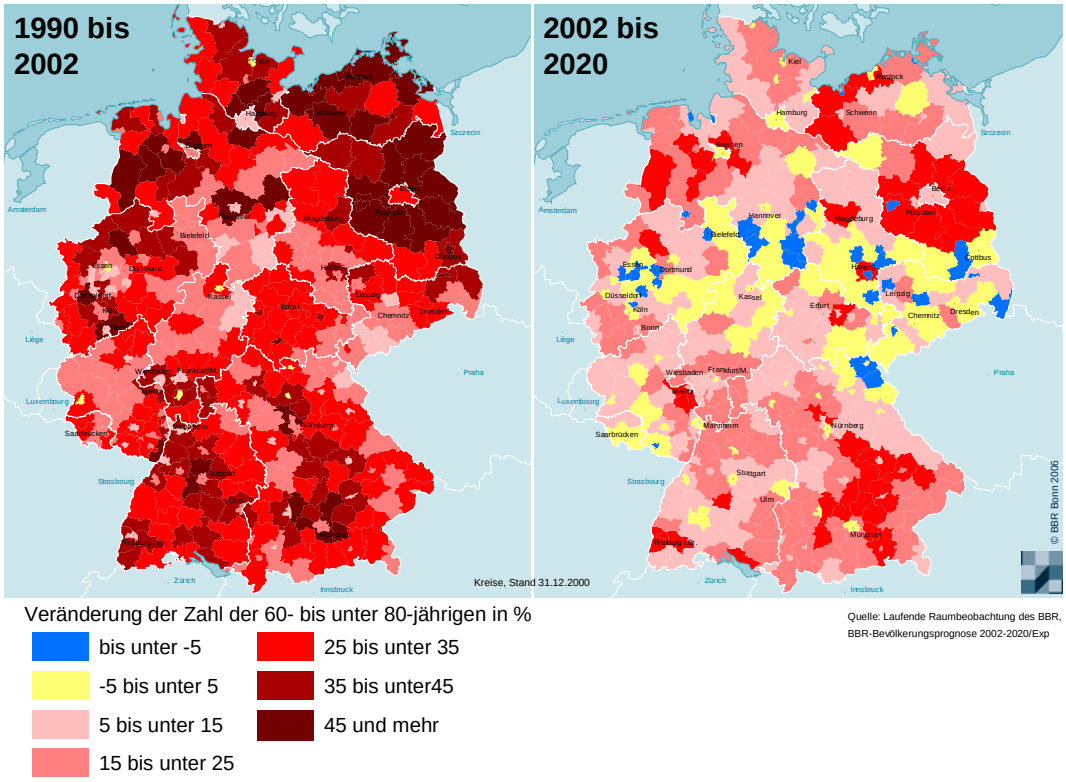
Quelle: Eigene Berechnungen nach der Bevölkerungsprognose 2020 des BBR.

Der Altersgruppe der 60- bis unter 80-Jährigen, den so genannten „jungen Alten“ kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die „jungen Alten“ sind in der Regel gesund, gebildet, finanzstark und verfügen über ein großes Zeitbudget und stellen das größte Potenzial innerhalb der älteren Generation dar. Diese Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung ist bereits seit 1990 um 27 Prozent gewachsen, bis 2020 ist mit einer weiteren Zunahme von neun Prozent zu rechnen.

Auffallend ist die große Zunahme der absoluten Zahl der über 80-Jährigen bis 2020. Im Jahr 2020 wird die absolute Zahl der über 80-Jährigen bei 5,6 Mio. Menschen liegen. Das entspricht einem Anstieg dieser Altersgruppe um 65 Prozent. Während die über 80-Jährigen 1990 noch drei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, werden es im Jahr 2020 bereits sieben Prozent sein.

Die Alterung der Bevölkerung vollzieht sich regional unterschiedlich. Einen deutlichen Anstieg der Zahl der 60- bis unter 80-Jährigen verzeichneten im Westen Deutschlands in den Jahren 1990 bis 2002 besonders die Umlandgemeinden der Kernstädte in Agglomerationsräumen (u.a. München, Stuttgart, Hamburg, Hannover). Im Osten Deutschlands war im gleichen Zeitraum ein starker Zuwachs der „jungen Alten“ besonders in den ländlichen Räumen, verstärkt in Mecklenburg-Vorpommern, zu beobachten. Darüber hinaus verzeichneten die an Berlin angrenzenden Kreise eine Zunahme dieser Altersgruppe um bis zu 45 Prozent, ähnliches gilt jedoch auch für die Kernstädte in Ostdeutschland. Seit 1990 hat sich die Zahl der „jungen Alten“ in den ostdeutschen Städten um 32 Prozent erhöht, während deren Zahl in westdeutschen Städten nur um 14 Prozent gestiegen ist. Die Auswahl der Fallstudien hat diese unterschiedlichen regionalen Entwicklungen mitberücksichtigt.

Karte: Veränderung der Zahl der 60- bis unter 80-jährigen in %



Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBR, BBR-Bevölkerungsprognose 2002-2020.

2.2 Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung in ausgewählten Themenfeldern

Die Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung hat Auswirkungen auf die gesellschaftlichen, ökonomischen, sozialen und räumlichen Entwicklungschancen in den Regionen und Kommunen. Diese Erkenntnis setzt sich erst langsam durch und ist vielfach noch zu abstrakt, um sich übergreifend und in einzelnen regional- und kommunalpolitischen Handlungsfeldern niederzuschlagen.

Auf gesamtstaatlicher Ebene werden vor allem die „großen“ Themenfelder soziale Sicherungssysteme, Arbeitsmarkt und Wohnen diskutiert.

Im Hinblick auf die sozialen Sicherungssysteme hat die Politik inzwischen auf die wachsende Lebenserwartung, die niedrige Geburtenrate (und die hohe Arbeitslosigkeit) reagiert, indem schrittweise die Lebensarbeitszeit angehoben und der Trend zur Frühverrentung gestoppt wird, um so tendenziell eine Entlastung herbeizuführen.

Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt hängen eng damit zusammen. Prognosen sehen mittelfristig für Deutschland allenfalls eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit, nicht aber ihr Verschwinden. Trotzdem wird es in einigen Jahren in verschiedenen Branchen und Regionen zu einem wachsenden Fachkräftemangel kommen. Nach einer Langfristprojektion des IAB wird in Deutschland ab 2015 das Angebot an Arbeitskräften wegen des Bevölkerungsrückgangs spürbar abnehmen (IAB 2005). Bis 2050 ist ein Rückgang um rund 9 Millionen zu erwarten, selbst bei

einer steigenden Erwerbsquote von Frauen und einer jährlichen Nettozuwanderung von 200.000 Personen. Zugleich findet auch hier ein Alterungsprozess statt. Allein bis zum Jahr 2020 wird der Anteil der 55- bis 64-jährigen Erwerbspersonen von heute 20 Prozent um fünf Millionen auf 34 Prozent des Gesamterwerbspersonenpotenzials steigen.

Damit muss sich die Bedeutung älterer Menschen im Arbeitsprozess mittelfristig notwendigerweise ändern. Doch auch heute muss bereits intensiv versucht werden, ältere Menschen länger im Arbeitsprozess zu halten. Dies ist sowohl vor dem Hintergrund der Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme, als auch der Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistung erforderlich. Die Erwerbsquote der 60- bis 65-Jährigen liegt in Deutschland gegenwärtig nur bei 28 Prozent (RWI 2005)[1]. Die Argumente einer sinkenden Produktivität, einer abnehmenden Innovationsfähigkeit und Risikobereitschaft älterer Arbeitnehmer lassen sich nicht stichhaltig belegen. Mit dem fortschreitenden Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft spielen dagegen Erfahrung und soziale Kompetenz eine zunehmend wichtige Rolle und geben damit älteren Arbeitnehmern einen Vorsprung.

Auch auf dem Wohnungsmarkt werden die Veränderungen zunehmend spürbar werden. Mit dem Einwohnerrückgang wird sich der Bedarf an Wohnungen differenzieren und reduzieren. Dies wird nur teilweise durch Ausdifferenzierungen von Lebensstilen, von Haushaltsgrößen und durch eine größere Zahl von Einpersonenhaushalten ausgeglichen (Remanenzeffekt). Mittelfristig geht die Nachfrage nach Wohnraum zurück, nach 2020 wird die Gesamtzahl der Haushalte kontinuierlich abnehmen. Zudem ändert sich das Anspruchsniveau in Bezug auf die quantitative und qualitative Versorgung mit Wohnraum. Hier gilt es zum einen, für ältere Menschen geeignete und bezahlbare Wohnungen, gegebenenfalls auch in Kombination mit Pflegeeinrichtungen, anzubieten. Zum anderen muss für die weniger werdenden Haushalte mit Kindern ein attraktives Angebot vorgehalten werden. In verschiedenen Städten gibt es erste Ansätze, die Beziehungen zwischen den Generationen zu intensivieren, so z.B. über das Angebot altersgemischter Wohnformen, in denen alle Generationen voneinander „profitieren“ können.

Die Auswirkungen der prognostizierten Bevölkerungsveränderungen auf die technische und soziale Infrastruktur sind ein zunehmend wichtiges Thema auf der regionalen und kommunalen Ebene. Vor allem in der sozialen Infrastruktur gibt es einen engen Zusammenhang zur wachsenden Zahl älterer Menschen, in erster Linie im Betreuungs- und Pflegebereich. Zahlreiche Städte haben die Fragen von Gesundheitsversorgung und Pflege, z.B. durch einen kontinuierlich steigenden Bedarf bei ambulanten und stationären Einrichtungen und Diensten, u.a. durch die absehbar starke Zunahme demenzieller Krankheiten, inzwischen als prioritäres Handlungsfeld definiert. Dazu gehören auch vermehrte Anstrengungen, das freiwillige Engagement gerade älterer Menschen für Pflegebedürftige ebenso zu fördern, wie das professionelle Angebot ausgebaut werden muss. Zugleich wird es weiterhin Bedarf an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche geben. Maßstabsvergrößerung und „Multifunktionalität von Einrichtungen“ sind Stichworte, die in diesem Zusammenhang immer häufiger genannt werden. Daneben ist die Sicherung der technischen Infrastruktur, u.a. der Energieversorgung der Stadtteile, von Wasserversorgung und Abwasserableitung, der Versorgung mit Leistungen des

1 Im Unterschied beispielsweise zu Schweden oder Norwegen, wo sie bei etwa 70 Prozent liegt.

ÖPNV, die tendenziell eher unflexibel im Hinblick auf Bevölkerungsveränderungen ist und damit einen erheblichen Kostenfaktor darstellt, ein im Hinblick auf alle Altersgruppen wichtiges Thema. Die Programme Stadtumbau Ost und West sind erste Reaktionen auf diese Entwicklungen.

Alle diese Veränderungen sind mit teilweise erheblichen Kosten auch für Kommunen verbunden. Zudem führt der Einwohnerrückgang – betrachtet man die einzelne Kommune – tendenziell zu geringeren kommunalen Einnahmen an Gebühren, Steuern etc., denen zunächst nur geringe Entlastungen gegenüber stehen, da Kommunen kurzfristig nur schwer auf veränderte Nachfragestrukturen reagieren können. Der rückläufigen Einnahmeentwicklung, auch durch das immer ungünstigere Verhältnis zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Menschen verursacht, stehen damit steigende Pro-Kopf-Ausgaben gegenüber, die die Kommunen tragen müssen. Auch für den kommunalen Finanzausgleich sind Auswirkungen festzustellen, hier ist auch die Stadt-Umland-Problematik von Bedeutung.

2.3 Die Änderung des Blickwinkels: Potenziale älterer Menschen als Chance für Regionen und Kommunen

In der Diskussion werden bislang vor allem geringere Einnahmen, höhere Aufwendungen und Belastungen thematisiert. Die Chancen, die sich für Gesellschaft und Wirtschaft daraus ergeben, dass ältere Menschen tendenziell gesünder, qualifizierter, kaufkräftiger und mobiler sind als vorherige Generationen, werden noch viel zu wenig diskutiert. An diesen Punkten setzt die „Änderung des Blickwinkels“ an. Auf der regionalen und kommunalen Ebene lassen sich diese Chancen besonders klar identifizieren und an konkreten Ansätzen veranschaulichen – eine der wichtigsten Intentionen des Projekts.

In der wissenschaftlichen Literatur ist das Thema bislang noch wenig behandelt. Zwar wird die Alterung, wie beschrieben, von vielen Wissenschaftlern als der bedeutsamste Aspekt des demographischen Wandels gesehen. Gesundheitsversorgung und Pflege werden ausführlich bearbeitet. Es wird jedoch keine Diskussion um „Chancen“ geführt. Zwar wird inzwischen zunehmend thematisiert, dass es sich eine alternde Gesellschaft nicht leisten kann, die Potenziale älterer und alter Menschen nicht zu nutzen. Angesprochen wird vor allem die heutige finanzielle Leistungsfähigkeit älterer Menschen, die u.a. über die höchste Konsumquote der bundesdeutschen Haushalte verfügen. Thematisiert werden auch die Potenziale für Arbeitswelt und Zivilgesellschaft. Am ehesten findet sich eine Diskussion um Potenziale in der Gerontologie, die sich als Wissenschaft vom Altern und Alter mit sämtlichen alternsrelevanten Fragen befasst und ein wichtiges Ziel darin sieht, Alternsprozesse zu optimieren.

Im politischen Raum greifen erste Ansätze einer chancenorientierten Betrachtung des Themas. Das BMFSFJ hat das Thema im 5. Altenbericht "Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen" aufgegriffen. Hierin wird zum einen die Frage behandelt, welche Leistungen ältere Menschen bereits heute für die Gesellschaft erbringen und wie die Rahmenbedingungen eines solchen Engagements in Familie und privaten Netzwerken, im bürgerschaftlichen Engagement oder als Kunden einer spezifischen Seniorenwirtschaft verbessert werden können. Als zweiter Schwer-

punkt wird die Frage thematisiert, wie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationsfähigkeit Deutschlands unter der Voraussetzung einer alternden Bevölkerung aufrechterhalten werden kann. Im Gegensatz zum vorliegenden Projekt gibt der Bericht allerdings keine regional differenzierte Darstellung der Alterspotenziale.

Auch das Modellprogramm EFI (Erfahrungswissen für Initiativen) des BMFSFJ stellt die Potenziale in den Vordergrund und fördert die Qualifizierung älterer Menschen zum „Seniortrainer“. Im BMVBS spielt das Thema des demographischen Wandels seit längerem eine Rolle. Auch die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) hat sich ausführlich mit dem Thema auseinander gesetzt. Im Rahmen der Ressortforschung befasst sich neben diesem Projekt, das die Potenziale einer alternden Gesellschaft in den Vordergrund stellt, ein weiteres mit Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels. Im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) spielt das Thema Alter in Zusammenhang mit Wohnen eine Rolle (Modelle genossenschaftlichen Wohnens – Altersvorsorge und Wohnungsgenossenschaften). Ein weiteres Modellvorhaben befasst sich mit "Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere", im Kontext der Innovationsoffensive der Bundesregierung und den Aktivitäten des BMFSFJ.

International wurde bereits 1982 auf der ersten Weltversammlung zu Altersfragen ein Internationaler Aktionsplan verabschiedet, 2002 der sog. 2. Weltaltenplan vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Die enthaltenen Vorschläge, in denen der Potenzialgedanke von großer Bedeutung ist, müssen in nationale Aktionspläne übertragen werden. Dabei spielen Interessenvertretungen wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) – als Lobby der Älteren – eine wichtige Rolle, die in ihrer Arbeit die Potenziale einer alternden Gesellschaft in den Vordergrund stellen.

2.4 Integrierte Strategien zur Aktivierung der Potenziale älterer Menschen – eine Aufgabe für Stadt- und Regionalplanung?

In der Umsetzung sind Kommunen maßgebliche Akteure, auch, weil die Auswirkungen einer älter werdenden Bevölkerung, wie aller anderen demographischen Veränderungen, auf der kommunalen Ebene besonders spürbar werden. Immer mehr Kommunen beginnen, sich mit den Folgen des demographischen Wandels auseinanderzusetzen und Konzepte und Strategien für den Umgang mit einer zunehmend älteren und schrumpfenden Bevölkerung zu entwickeln. Der Zugang zum Thema und die Handlungsansätze sind in den verschiedenen Kommunen und Regionen allerdings unterschiedlich, abhängig von der Dringlichkeit der Probleme, aber auch von der Bereitschaft der Politik, diese Diskussion zu führen. Grundlegende Schwierigkeiten liegen bereits in der Konzeption von Entwürfen zum Umgang mit den demographischen Veränderungen, im Denken der Akteure auf das Problem Alterung (und Schrumpfung) hin. Das Planungs- und Entwicklungsverständnis ist immer noch von Wachstumsvorstellungen geprägt, obwohl sich seit mehr als 30 Jahren die jetzt immer drängender werdenden demographischen Veränderungen abzeichnen und – nicht nur – in den Bevölkerungswissenschaften diskutiert wurden.

Organisationstheoretisch betrachtet, ist Alterung in der Organisation einer kommunalen Verwaltung ein Querschnittsthema, es sind verschiedene Dezernate, Ämter und Fachbereiche betroffen, die ihre Aktivitäten koordinieren sollten. Zudem stehen die Handelnden im politisch-administrativen Prozess vor der Herausforderung, eine Vielzahl zeitlicher Inkongruenzen und unterschiedlichen Reaktions- und Wirkzeiten miteinander in Einklang zu bringen. Diese Komplexität erschwert eine rationale Befassung mit der Thematik. Ursachen heutiger Phänomene liegen oft Jahrzehnte zurück, heutiges Verhalten wirkt über Generationen in die Zukunft. Diese Langfristigkeit passt kaum zum kurzfristigen Horizont politischer Wahlperioden, der auf die administrativen Orientierungen zurück wirkt. Und trotz der intensiveren Diskussion in Fachkreisen sind ältere/alte Menschen (noch) keine virulent organisierte Interessengruppe, die mit ihren speziellen Interessen und Ansichten stärker eine politische Öffentlichkeit gewinnt.

Die sich ändernde Sichtweise auf eine alternde Bevölkerung wird dazu führen, stärker integrativ vorzugehen: inhaltlich-fachlich, indem z.B. Einzelansätze auf kommunaler Ebene in ein strategisches Gesamtkonzept zur Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels eingebunden werden. Kooperation wird als Instrument und Handlungsorientierung an Bedeutung gewinnen müssen. Neben den kommunalen Akteuren „im engeren Sinn“ sind die Privatwirtschaft, der 3. Sektor, besonders die Wohlfahrtsverbände, aber auch die Kirchen und spezifische zivilgesellschaftliche Akteure von Bedeutung. Es gibt bereits vielfältige Kooperationsansätze in Kommunen, wichtiger werden zunehmend regionale Konzepte, z.B. im gemeinsamen und arbeitsteiligen Angebot von Infrastrukturen und Dienstleistungen, auch vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzsituation. Auch die Zusammenarbeit zwischen Kommunal-, Regional- und Landesplanung sollte intensiviert werden.

Bislang befassen sich Regional- und Landesplanung noch relativ zurückhaltend mit dem Thema. Die bisherigen Ergebnisse der Studie „Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels“ für BBR/BMVBS zeigen, dass die große Mehrzahl der Akteure der Regionalplanung zwar die Alterung der Bevölkerung als wichtigsten Trend in den Regionen sieht, nur ein knappes Viertel jedoch intensiv im Themenfeld aktiv ist. Die Länder reagieren mit einer Reihe von Aktivitäten auf die Herausforderungen des demographischen Wandels. Vieles bewegt sich jedoch im Bereich eher unverbindlicher Aussagen, oft im Sinne von Vorschlägen, in den Begründungen und Erläuterungen der Pläne oder in den Raumordnungsberichten. Seltener werden Aussagen in den Zielen oder Grundsätzen der Landesplanung getroffen. Damit bleiben – nach Einschätzung der Bearbeiter der Studie – Relevanz und Steuerungswirksamkeit vieler angesprochener Strategien und Instrumente in den Dokumenten der Landesplanung daher fraglich (http://www.bbr.bund.de/ressortforschung/index.html, Mai 2006). Hier geht es eher um den demographischen Wandel insgesamt, in Bezug auf das Thema „Alterung“ dürften sich die Beobachtungen jedoch bestätigen.

3. Potenziale demographischer Alterung

Im vorherigen Kapitel wurde dargestellt, dass sich die Sichtweise auf die Konsequenzen aus einer älter werdenden Gesellschaft zu verändern beginnt und zu-

nehmend auch Chancen und Potenziale aufgezeigt werden. Der Begriff „Potenzial“ ist vielschichtig. Ein wichtiger werdendes Potenzial ergibt sich aus den vergleichsweise großen materiellen Ressourcen älterer Menschen, die wichtige Impulse für die (regionale) Wirtschaft im allgemeinen und für die sog. Seniorenwirtschaft darstellen, die von Akteuren der Wirtschaftsförderung verstärkt als Handlungsfeld erkannt und bearbeitet wird. In diesem Sinne bieten auch ältere und alte Menschen, die sich nicht mehr aktiv engagieren (können) und in einer selbständigen Lebensführung eingeschränkt sind, ein „Potenzial“, da sie eine entsprechende Nachfrage im Bereich Wohnen, Gesundheit und Pflege erzeugen. Ältere Menschen stellen ein Potenzial in der Arbeitswelt dar, das bislang immer noch weitgehend ausgeblendet wird. Nur wenige Unternehmen beschäftigen ältere Mitarbeiter, um deren Erfahrung und Wissen zu nutzen oder sehen deren Qualifizierung als wichtige und zukunftsorientierte Unternehmensstrategie. Ein weiteres Potenzial liegt im stärkeren ehrenamtlichen Engagement älterer Menschen, gesellschaftlich oder berufsbezogen.

Bei der Diskussion um „Potenziale“ ist gleichzeitig zu berücksichtigen, dass alle bisherigen Erkenntnisse darauf hinauslaufen, dass die „Lasten“ aus der Alterung der Gesellschaft die „Potenziale“ überwiegen werden und daher genau differenziert werden muss, worin jeweils die Potenziale und Lasten bestehen. In Deutschland erhöht sich weiterhin die Lebenserwartung. Für die kommenden Jahrzehnte wird daher ein weiterer erheblicher Rückgang der Altersstерblichkeit erwartet, der zu einer überproportionalen Zunahme hochbetagter Menschen führen wird, die im Unterschied zu den „fitten“ Alten in großer Zahl unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden und Pflegeleistungen nachfragen werden (Kaufmann 2005, S. 45 ff.), dies zunehmend vor dem Hintergrund der absehbar sich verschlechternden Wohlstands- und Rentenentwicklung älterer Menschen. Damit wird es umso wichtiger, Potenziale zu erkennen und aktiv zu fördern, um zumindest teilweise „Lasten“ abfedern zu können.

Es lassen sich fünf Potenzialbereiche identifizieren, die mit Informationen zum aktuellen Stand der Diskussion und zu denkbaren Handlungspotenzialen und -ansätzen erläutert werden. Die Potenziale lassen sich nach Angebots- und Nachfrageseite differenzieren, teilweise betreffen sie jedoch sowohl Angebot als auch Nachfrage und sind nicht trennscharf. Die Potenziale werden im folgenden Kapitel anhand der Fallstudien konkretisiert. Welche Potenziale wie aktiviert und genutzt werden, hängt unmittelbar von den jeweiligen lokalen und regionalen Voraussetzungen ab.

3.1 Seniorenwirtschaft

Die dezidierte Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Potenzialen älterer Menschen findet noch nicht sehr lange statt. Die erste Initiative zur Seniorenwirtschaft wurde 1999 in Nordrhein-Westfalen begründet. Neben den wirtschaftlichen Zielen spielen gesellschaftspolitische Ziele, im Sinne von Teilhabe und Selbstverwirklichung, eine Rolle. Es wurden drei Themenkomplexe als prioritäre Handlungsfelder festgelegt: der Bereich Telekommunikation und Neue Medien, Wohnen, Handwerk und Dienstleistungswirtschaft sowie der Bereich Freizeit, Gesundheit, Tourismus und Wellness (http://iat-info.iatge.de:8181/; http://www.seniorenwirt.de;

Cirkel u.a. 2004). Bayern (Generation Research Program zur interdisziplinären Generationenforschung), das Land Bremen (Gesundheitswirtschaft), Mecklenburg-Vorpommern (Seniorentourismus) und Schleswig-Holstein (Dialog der Generationen, Pressemitteilung zur Auftaktveranstaltung am 24.11.2005) engagieren sich inzwischen ebenfalls verstärkt im Themenfeld.

Die Seniorenwirtschaft wird vielfach als neues Wirtschaftscluster apostrophiert (Scharfenroth 2005, S. 20). Es entsteht eine wachsende Nachfrage nach neuen Produkten und Dienstleistungen, ein wachsender Markt, den immer mehr Unternehmen entdecken. Dies sind größere Unternehmen, gerade aber auch kleine und mittlere Unternehmen, die in einem regionalen Umfeld tätig sind, das Handwerk, das von regionalen/kommunalen Wirtschaftsförderungen, aber auch von seinen regionalen und Bundesverbänden zunehmend für das Thema sensibilisiert wird[2]. Zahlreiche Bereiche können von diesem Markt profitieren, u.a. Bauen und Wohnen, Dienstleistungen, Gesundheit und Freizeit, Sport, Kultur, Tourismus, neue Medien, Telekommunikation. Es ergeben sich zudem neue Chancen für qualifizierte Beschäftigung.

Bisher fehlt es an Studien, die die volkswirtschaftlichen Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft quantifizieren und damit aufzeigen könnten, welche Einbußen entstehen, wenn dieser Wirtschaftszweig vernachlässigt wird. Eine Studie des RWI (2005) zeigt – unter ausgewählten Rahmenbedingungen anhand verschiedener Szenarien – auf, dass durch eine gezielte Förderung der Seniorenwirtschaft vorteilhafte Auswirkungen auf die regionalwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, den Arbeitsmarkt, die Bevölkerung und die staatlichen Finanzen – in diesem Fall des Landes Nordrhein-Westfalen – erzielt werden könnten.

Noch sind ältere Menschen im Durchschnitt eine sehr einkommensstarke Gruppe. Nach einer Studie des Statistischen Bundesamtes zu Einkommen und Verbrauch (2002) verfügen die über 50-Jährigen durchschnittlich über mehr als die Hälfte der Kaufkraft in Deutschland und besitzen mehr als eine halbe Million Euro an Geldvermögen, mit steigender Tendenz (Die Wirtschaft 10/2002). Die Einkommensarmut ist bei den Altenhaushalten inzwischen unterdurchschnittlich (Schmähl 2005, S. 38). Es gibt jedoch regionale Unterschiede. So besteht in den Haushalten in den neuen Ländern das Haushaltseinkommen zu 90 Prozent aus der staatlichen Rente, während die Rente in den alten Bundesländern nur 60 Prozent des Haushaltseinkommens ausmacht, diese Disparitäten verschärfen sich. Hinzu kommt, dass sich zukünftig die Alterseinkommen verringern werden.

Es gibt bereits eine Reihe von Unternehmen, die in ihren Produkten und/oder Dienstleistungen Senioren als Zielgruppe im Blick haben. Senio war in den 1990er Jahren der erste Anbieter für Seniorenprodukte, inzwischen gibt es weitere Anbieter für altersgerechte Produkte. Es wurden spezifische Prüfzeichen und Gütesiegel entwickelt. Allerdings haben deutsche Anbieter im Hinblick auf ihre Ausrichtung auf ältere Menschen noch erheblichen Nachholbedarf. US-amerikanische Firmen sprechen ältere Menschen schon seit Jahren mit eigenen Produktlinien an. Auch in Frankreich, Italien oder der Schweiz ist der Umgang mit der Gruppe der älteren

2 Vgl. z.B. gemeinsame Veranstaltung des BMFSFJ und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) „Handwerk und Seniorenwirtschaft – Perspektiven und Gestaltungswege; Marktpotenziale und Herausforderungen für das Handwerk im demographischen Wandel“ am 19. Mai 2006 in Berlin, aber auch im Detail die Fallstudie Bielefeld.

Menschen „offensiver“. Das reicht von der notwendigen größeren Auswahl von Ein-Personen-Rationen im Supermarkt bis hin zu einem kreativen Ausbau von Dienstleistungsangeboten, zu denen z.B. die Bedienung an der Tankstelle oder ein verstärkter Hol-und-Bring-Dienst gehört. Dazu gehören auch Veränderungen im Bereich der „Gerontotechnik“ (von einfacher zu bedienenden Fahrkartenautomaten bis hin zum „intelligenten Haus“). Messen, wie z.B. die SenNova, bieten sich als Treffpunkt für Senioren, Verbände und Wirtschaft an.

Senioren als Ziel- und Werbegruppe gewinnen kontinuierlich an Bedeutung. Ein Bereich der Werbewirtschaft befasst sich explizit mit dem Ausschnitt der Seniorenwerbung/Seniorenmarketing, die im Hinblick auf ihre Bedarfe und Bedürfnisse, aber auch „terminologisch“ eine lange vernachlässigte Zielgruppe waren. In dieses Feld gehört u.a. auch die Diskussion um neue Altersbilder.

Im Handlungsfeld Seniorenwirtschaft geht es vor allem darum, die Regionalwirtschaft auf die gewachsenen Ansprüche Älterer aufmerksam zu machen und sie für die potenziellen neuen Märkte zu sensibilisieren, die Aufgeschlossenheit für Forschung und Entwicklung in der Seniorenwirtschaft zu erhöhen, innovative Senioren-Dienstleistungen und –technologien zu entwickeln, aber auch Kooperationen und Netzwerken zwischen Akteuren der Seniorenwirtschaft zu unterstützen. In diesen Handlungsansätzen sind Kommunen/Regionen, in Kooperation mit privaten Anbietern, karitativen Organisationen, staatliche und intermediäre Instanzen, Technikentwicklern, Verbraucherorganisationen usw. wichtige Akteure.

In einer konsequenten Weiterentwicklung könnte für Kommunen eine seniorenorientierte Standortprofilierung ein bedeutendes Handlungsfeld werden. Dabei würden mehrere Zielgruppen adressiert: entsprechende Unternehmen, Senioren, die am Standort verbleiben und damit die Wirtschaftskraft dort erhöhen, Erwerbstätige, die in Betrieben der Seniorenwirtschaft beschäftigt sind, zuwandernde Senioren, die auf die Steigerung der Attraktivität als Wohnort für Senioren reagieren – vorausgesetzt auch die Wohnungswirtschaft stellt sich auf deren spezielle Ansprüche ein. Im Ergebnis könnten also regionalwirtschaftliche, fiskalische und Beschäftigungseffekte erzielt werden, wie es das RWI in seinem Gutachten für NRW zu quantifizieren versucht (RWI 2005, S. 45).

3.1.1 Seniorenwirtschaft: Wohnen im Alter

Mit dem Einwohnerrückgang wird sich – wie beschrieben – mittel- bis langfristig der Bedarf an Wohnungen reduzieren, nach 2020 wird die Gesamtzahl der Haushalte kontinuierlich abnehmen. Bereits heute ändert sich das Anspruchsniveau – gerade auch der älteren und alten Menschen – in Bezug auf das Wohnen. Noch dominieren zwar die gewohnten Modelle des betreuten Wohnens, des Altenheims, der Seniorenresidenz und der oft anonymen Pflege. Aber es gibt bereits heute eine Vielzahl von Alternativen. Gemeinsam ist diesen Alternativen, dass sie den Wunsch der Menschen, ihr Leben selbst zu bestimmen, zu organisieren und zu gestalten, aufnehmen und umzusetzen suchen.

Lediglich 13 Prozent aller Deutschen akzeptieren laut einer Emnid-Umfrage Alten- und Pflegeheime als spätere Wohnform. Stattdessen wünscht sich bereits mehr als jeder dritte Bundesbürger selbstbestimmt mit Freunden alt zu werden. Damit

rücken Hausgemeinschaften, betreute Wohn-Gruppen und Senioren-WGs in den Fokus eines Anspruchs, der auch zu einer Herausforderung für die Wohnungswirtschaft geworden ist. Hier gilt es, für ältere Menschen geeignete und bezahlbare Wohnungen, gegebenenfalls auch in Kombination mit Pflegeeinrichtungen, anzubieten. Die Mehrheit des Wohnraumbestandes ist gegenwärtig nicht auf die höheren Bedürfnisse älterer Menschen nach Sicherheit, Komfort und weitgehender Barrierefreiheit ausgerichtet. In Anbetracht der Tatsache, dass heute schon in verschiedenen größeren Stadtregionen mit geringem wirtschaftlichen Wachstum und schrumpfender Nachfrage nach Wohnungen Leerstände festzustellen sind, gilt es zu prüfen, welche Wohnungen im Bestand sich für eine Umstrukturierung im Sinne eines marktgerechten Angebots für Ältere eigenen (Krings-Heckemeier 2003, S. 36).

Quartiersbezogenes Wohnen, neue Konzepte wohnungsquartiernaher, unterstützender Alltagshilfen, eine auch alters- und altenadäquate Wohnumfeldgestaltung sind wichtige Denk- und Handlungsansätze. Hier leistet u.a. das ExWoSt-Projekt „Attraktive Stadtquartiere für das Leben im Alter“ einen wichtigen Beitrag. Darüber hinaus muss allerdings auch für die weniger werdenden Haushalte mit Kindern ein attraktives Angebot gemacht werden. In verschiedenen Städten werden Möglichkeiten geprüft, die Beziehungen zwischen den Generationen zu intensivieren, z.B. über gemeinsame Wohnformen.

3.1.2 Seniorenwirtschaft: Gesundheit/Wellness, Tourismus, Freizeitsport

Bestimmte Bereiche des Dienstleistungssektors setzen auf den steigenden Anteil älterer Menschen große Hoffnungen. Dies gilt z.B. für den Gesundheitsbereich, als eine der unumstrittenen zukünftigen Wachstumsbranchen, und die Reisebranche. Auch im Gesundheitsbereich werden ja nicht nur die Kosten durch die Alterung der Bevölkerung spürbar, in Medizin und Pflege können daraus Innovationen resultieren (z.B. Berufsgruppen übergreifendes Arbeiten, Neuerungen in der geriatrischen Behandlung, die verstärkt auf Prophylaxe setzen). Zudem handelt es sich um eine beschäftigungsintensive Zukunftsbranche, auch vor dem Hintergrund, dass ein „gesundes Altwerden“ inzwischen immer häufiger als eine der neuen Herausforderung postuliert wird.

Bereits heute sind im Gesundheitswesen viermal so viele Menschen beschäftigt wie in der Automobilindustrie (Schmähl 2005, S. 41). In Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen setzen das Land, aber auch einzelne Kommunen/Regionen (z.B. Ostwestfalen-Lippe), verstärkt auf diesen wachsenden Wirtschaftszweig. In Nordrhein-Westfalen arbeiten mehr als 11 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitswesen, die Beschäftigung in diesem Bereich ist dort in den letzten fünf Jahren überproportional gestiegen, sowohl im Landesvergleich als auch verglichen mit der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland[3]. Damit ergeben sich erhebliche positive Effekte für die Regionalwirtschaft.

Im Bereich des Freizeitsports wird das Altern der Gesellschaft bislang nicht als Zukunftstrend identifiziert. Der weit überwiegende Teil der Sportangebote richtet sich an den Interessen und Nachfragen jüngerer Sport treibender Menschen aus.

3 http://www.silvereconomy-europe.org/infobase/regions/nrw/anfrage_en.htm, 17.11.2005.

Da ältere Menschen jedoch Sport nicht grundsätzlich ablehnen (und in Zukunft durch eine größere Vertrautheit mit Sport seit der Kindheit stärker Angebote nachfragen werden) sind hier durch gezielte Impulse Potenziale zu aktivieren, die, auch in Anbetracht der finanziellen Situation älterer Menschen, ein großes Marktpotenzial darstellen. Gerade das Zusammenwirken von Sport, Gesundheit, Tourismus und Wellness bietet Ansatzpunkte, das Marktpotenzial älterer Menschen zu erschließen. Zugleich gehen von diesem Bereich starke Beschäftigungsimpulse aus (Cirkel u.a. 2004, S. 56ff.).

In der Reisebranche werden ältere Menschen inzwischen als Wachstumsmotor des Tourismus gesehen. Es wird angenommen, dass sie zu einem wichtigen Teil das Reisegeschehen bestimmen. Mit knapp 20 Millionen Urlaubsreisen waren im Jahr 2003 rund 30 Prozent aller Urlaubsreisen "Senioren-Reisen". Die Reiseintensität älterer Menschen von mehr als 60 Jahren ist von 1972 bis 2003 um 84 Prozent gestiegen. So sind von den 19,4 Millionen Deutschen dieser Altersgruppe im Jahr 2003 70 Prozent (1972 38 Prozent) verreist, d.h. 13,6 Millionen[4]. Erforderlich ist allerdings eine zielgruppenspezifische Ausrichtung der Angebote, die berücksichtigt, dass ältere Menschen heute i.d.R. vielfältige und differenzierte Ansprüche an den Urlaub stellen, kritisch und gut informiert sind[5]. In diesem Zusammenhang entwickeln sich ebenfalls neue Berufsbilder, so z.B. der Seniorenbegleiter.

3.1.3 Seniorenwirtschaft: Bildung

Im Bildungsbereich gibt es bereits eine Vielzahl von Angeboten, die die Zielgruppe älterer Menschen adressieren und die von Dienstleistern aus unterschiedlichen Bereichen bereitgestellt werden. Dies sind Hochschulen, Volkshochschulen (teilweise mit eigenen Seniorenakademien), Akteure im Freizeitbereich oder soziale Dienstleister (Cirkel u.a. 2004, S. 55). Gerade Hochschulen haben mit der Schaffung von „Universitäten des 3. Lebensalters“, „wissenschaftlicher Weiterbildung für Erwachsene“ oder „Seniorenstudium“ in diesem Bereich intensiv Aktivitäten entwickelt.

Festzustellen ist allerdings, dass die Altersbildung keine breite Schicht der Älteren erreicht, sondern nur einen relativ kleinen und im Hinblick auf die Sozialstruktur sehr selektiven Teil der älteren Bevölkerung, in den neuen Ländern ist diese Gruppe relativ noch einmal kleiner als in den alten Bundesländern (vgl. Alterssurvey 2002, Teil: Tätigkeiten und Engagement in der zweiten Lebenshälfte). Hier müssen Aktivitäten darauf zielen, den Anteil der teilnehmenden älteren Menschen, auch der eher bildungsfernen Menschen, zu erhöhen. Zum zweiten muss es jedoch auch darum gehen, ältere Menschen – gemäß ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit – zukünftig stärker an den Kosten für diese Angebote zu beteiligen. Für solche High-end-Angebote gibt es gegenwärtig einige Entwicklungsprojekte (z.B. Europäische Universität der Senior/innen in Meran), die ein sehr anspruchsvolles inhaltliches Programm, mit der Möglichkeit vollwertige Abschlüsse zu erwerben, mit attraktiven Freizeitmöglichkeiten verbinden (Cirkel u.a. 2004, S. 56).

4 http://www.deutschertourismusverband.de/index.php?pageId=90, 17.11.2005.
5 http://www.btw.de/unterseiten/btw_wirtschaft.pdf, 17.11.2005.

3.1.4 Seniorenwirtschaft: Neue Medien und Telekommunikation

Gerade aktive ältere Menschen haben ein großes Interesse, z.B. an die Nutzung neuer Technologien herangeführt zu werden und so praktisch die Forderung nach „lebenslangem Lernen“ umzusetzen. Damit wird zugleich gewährleistet, dass ältere/alte Menschen zum einen ihren „Alltag“ mit seinen zunehmenden technischen Anforderungen erheblich besser bewältigen, zum anderen daraus positive Rückwirkungen auf Selbständigkeit, Selbstbewusstsein und Gesundheit ableiten. Eine sehr große Motivation besteht in der Nutzung gesundheitsorientierter Anwendungen. Das größte Potenzial liegt im Bereich der Unterstützung der selbständigen Lebensführung so lange wie möglich (Cirkel u.a. 2004, S. 65). Dazu gehören Angebote wie Haus-Notruf-Systeme, das Internet, aber auch Entwicklungen hin zum „intelligenten Haus“, das über technische Möglichkeiten eine selbständige Lebensführung erlaubt (s. auch Wohnen im Alter).

3.1.5 Seniorenwirtschaft: Weitere Handlungsfelder

Weitere Handlungsfelder, die z.B. im Seniorenwirtschaft Netzwerk Europäischer Regionen diskutiert werden, sind neben Aging Well und Tourismus, Kultur, aber auch Finanzdienstleistungen[6]. Im Februar 2005 wurde z.B. anlässlich der 1st „Silver Economy in Europe“ Conference ein Memorandum „Bonn Declaration for the Silver Economy as an opportunity for quality of life, economic growth and competitiveness in Europe“ unterzeichnet. Neben Nordrhein-Westfalen sind Regionen in den Niederlanden, in Spanien, Polen, Irland und Großbritannien beteiligt.

Neu in die Diskussion kommt gegenwärtig das Thema der gender-sensiblen Seniorenwirtschaft, ein Handlungsfeld, das noch weitgehend unerschlossen ist. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Frauen und Männer unterschiedliche Interessen, Wünsche und Kompetenzen haben, die auch im Alter geschlechtssensible Angebote erfordern. Dies betrifft alle Bereiche, „Gesundheit und Wohlbefinden“, „Selbstständigkeit und Sicherheit“, „Information und Kommunikation“ oder auch das Thema „Pflege von Angehörigen“[7].

3.2 Freiwilliges gesellschaftliches Engagement älterer Menschen

Über die stärkere Würdigung älterer Menschen im Arbeitsleben gewinnen Konzepte an Bedeutung, die ältere Menschen in ehrenamtliche Arbeit der unterschiedlichsten Art einbeziehen.

Die zweite Welle des Freiwilligensurveys (BMFSFJ 2005) ergab, dass 40 Prozent der 55- bis 64-Jährigen und 26 Prozent der über 65-Jährigen ehrenamtlich tätig sind. Noch zeigen Senioren – über den Bereich der Familie hinaus, in dem sie sehr stark engagiert sind – damit ein eher unterdurchschnittliches Engagement, auch wenn die Bereitschaft älterer Menschen zur Übernahme eines Ehrenamts in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Das freiwillige Engagement älterer Men-

6 Die Branche der Finanzdienstleistungen wird zu den sog. Strukturgewinnern des demographischen Wandels gezählt (Bräuninger u.a. 2002).

7 http://iatifo.iatge.de:8181/?dns=1,3,1&mode=detail&id=130&sid=db4fad2eafbe34bc9b1dab474de8bd95, Hinweis auf Tagung am 9.12.2005, 24.11.2005.

schen deckt ein breites Spektrum ab. Es reicht von Unterstützungsleistungen in der Familie und der Nachbarschaft über freiwillige Aktivitäten in Sportvereinen, im Kulturbereich, in Kirche, in der Politik oder auch im klassischen Ehrenamt. Bei den altersspezifischen Angeboten ist die Beteiligung im „traditionellen" Bereich am größten, also z.B. in Seniorenfreizeitstätten. Dagegen sind die „neuen" altersspezifischen Angebote wie Seniorengenossenschaften oder Seniorenselbsthilfegruppen nur wenig nachgefragt, ähnliches gilt für „Seniorenakademien", in der politischen Interessenvertretung älterer Menschen, also z.B. in Seniorenbeiräten oder auch in der Seniorenarbeit von Parteien oder Gewerkschaften (vgl. Alterssurvey 2002; Heinze 2005, S. 96). Daneben wächst das Engagement im berufsbezogenen Ehrenamt. Initiativen wie „Senioren als Interim-Manager", „Alt hilft Jung – Wirtschaftssenioren", Senior Experten Service, die ausdrücklich auf Erfahrungswissen älterer Menschen und den Know-how-Transfer setzen, bestätigt diesen beginnenden Trend[8].

Befragungen weisen darauf hin, dass es in der Gruppe der älteren Menschen ein bisher unausgeschöpftes Potenzial für bürgerschaftliche Tätigkeiten gibt. Von den bereits engagierten über 60-Jährigen äußern mehr als ein Viertel die Bereitschaft, ihr Engagement zu erweitern. Im internationalen Vergleich weist Deutschland unterdurchschnittliche Zahlen auf, die darauf hindeuten, dass Reserven vorhanden sind (Anheier/Toepler 2002, S. 33) – auch wenn es unrealistisch sein wird, die Ergebnisse aus Befragungen mit dem tatsächlich zu erreichenden Engagement gleichzusetzen.

Damit eröffnen sich Potenziale für ein stärkeres freiwilliges Engagement berufsbezogen, im sozialen Bereich, aber auch in Freizeit und Kultur (BMFSFJ 2003). Dazu gehört unterstützend eine Infrastruktur, wie z.B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen oder Ehrenamtsbörsen, die den Zugang zu Engagement erleichtern bzw. ermöglichen. Auch im Fünften Altenbericht steht das „Ermöglichen" freiwilligen Engagements im Mittelpunkt. Dies wird zugleich als ein neuer Weg in der kommunalen Altenpolitik diskutiert. Die Chance für Regionen und Kommunen liegt darin, durch Strategien, die auf Information setzen, durch Angebote der organisatorischen Unterstützung etc., dieses Potenzial zu gewinnen.

Denkbar sind eine Reihe von Handlungsansätzen (u.a. Heinze 2005, S. 99):

- Erhalt und Ausbau der bestehenden Unterstützungspotenziale und Infrastruktur durch geeignete Rahmenbedingungen und Maßnahmen,
- Vernetzung und Koordination bestehender Angebote, die Gestaltung des Verhältnisses von hauptamtlicher und freiwilliger Arbeit begleiten,
- ein verbessertes Beratungsangebot,
- Entwicklung einer Kultur der Motivation von Freiwilligen für bürgerschaftliches Engagement,
- Engagementkultur in Unternehmen stärken.

8 Ein Beispiel ist die AGE Agentur für gesellschaftliches Engagement in Hamm, Träger sind der DGB, die Volkshochschule Hamm und die Stadt Hamm. Ziel ist es, das gesellschaftliche Engagement von Ruheständlern und Vorruheständlern zu fördern, die sich in Betriebsgruppen mit Unterstützung ihrer früheren Arbeitgeber für öffentliche Belange einsetzen.

3.3 Längere Berufstätigkeit: Potenziale des Alters in der Berufs- und Arbeitswelt

Dieses Handlungsfeld geht weit über die Kernfragestellung im Projekt hinaus. Es berührt sehr grundsätzliche Fragen der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Damit hängen Fragen der nachhaltigen Reform der Sozialversicherungen, der Gestaltung von Rahmenbedingungen für einen späteren Berufsaustritt und ein früheres Berufseintrittsalter, eine höhere Frauenerwerbsquote, ein besseres Ausnutzen der gering qualifizierten Arbeit zusammen. Auch Fragen der Zuwanderung – und damit der Integration – gehören in diesen Zusammenhang.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es vor dem Hintergrund der Alterung der Gesellschaft unabdingbar, ältere Menschen stärker in das Wirtschaftsgeschehen einzubeziehen, um so einerseits den absehbaren Fachkräftemangel bei jüngeren Arbeitnehmern in gewissem Umfang entgegenzuwirken und andererseits den Sozialstaat zu entlasten. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird bis etwa 2035 um fast 8 Mio. Menschen sinken. Dies entspricht einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen gegenüber heute von fast einem Viertel, dieser Rückgang ist damit in seinen relativen Größenordnungen viel größer als der allgemeine Bevölkerungsrückgang. In den neuen Ländern wird diese Entwicklung noch einmal dramatischer sein. Das Erwerbspersonenpotenzial wird von rund 8,3 Mio. Personen 2004 auf 3,7 Mio. im Jahr 2050 sinken. Auch eine Vernachlässigung der Ost-West-Wanderung oder „enorme“ Zuzüge von Ausländern würden an diesen Vorausschätzungen wenig ändern (IAB Kurzbericht Nr. 19, 28.10.2005, S. 3). Damit ist, neben vielen anderen Wirkungen, auch ein tendenzieller Wohlstandsverlust nicht auszuschließen, da der Faktor Arbeit den wichtigsten Beitrag zum BIP leistet. Dieser Wohlstandverlust kann teilweise vermieden werden über eine höhere Erwerbstätigkeit, eine höhere Produktivität oder einen höheren Kapitaleinsatz, der den Wegfall des Faktors Arbeit substituieren könnte (Wissenschaftlicher Beirat beim BMWA 2005, S. 4 f.).

Deutschland hat zwar eine höhere Erwerbstätigenquote als der Durchschnitt der EU 15, sie liegt jedoch niedriger als z.B. in Großbritannien oder den skandinavischen Staaten. Das unausgeschöpfte Arbeitspotenzial ist besonders groß bei älteren Arbeitnehmern. Die Erwerbsquote der 60- bis 65-Jährigen liegt in Deutschland nur bei 28 Prozent (RWI 2005), im Unterschied beispielsweise zu Schweden oder Norwegen, wo sie bei etwa 70 Prozent liegt.

Dieses unausgeschöpfte Potenzial führt zunehmend zu Konzepten, die älteren aktiven Menschen eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen beimessen. Darin spielen der fließende Übergang zwischen dem 2. und 3. Lebensabschnitt, der größere Anteil an erwerbstätigen älteren Frauen, das wachsende Selbst- und Verantwortungsbewusstsein sowie die höheren Ansprüche einer älter werdenden Generation eine wichtige Rolle. Es gibt immer noch wenig, aber zunehmend mehr Unternehmen, die explizit ältere Mitarbeiter einstellen und erfahrene Führungskräfte suchen. Es gibt Weiterbildungsangebote, die auf die Zielgruppe der älteren Arbeitnehmer setzen, „lebenslanges Lernen“, betriebliche Qualifizierungsstrategien und Karriereplanungen für ältere Mitarbeiter gewinnen an Bedeutung.

Oft wird kritisch angemerkt, dass eine alternde Arbeitsbevölkerung eine sinkende Produktivität aufweise, da der zeitliche Abstand zum Abschluss einer formalen Ausbildung größer oder der Krankenstand höher sei. Tatsächlich ist dieser Zusammenhang jedoch nicht nachweisbar (z.B. Brasche/Wieland 2000, S. 127)[9]. Mit dem fortschreitenden Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft spielen zudem Erfahrung und soziale Kompetenz eine erheblich größere Rolle und bevorzugen damit tendenziell ältere Arbeitnehmer.

Diese breite Befassung soll nicht Inhalt des Potenzials „längere Berufstätigkeit" sein. Es geht um Ansätze, in denen Kommunen und Regionen, auch in Kooperation miteinander und mit weiteren Partnern, in einem gewissen Maß Möglichkeiten haben anzuregen, zu unterstützen und zu steuern.

So kann es z.B. um:

- eine Unterstützung bei der Optimierung des betrieblichen Wissensmanagements in Unternehmen, aber auch – vor dem Hintergrund der eigenen Rolle als Arbeitgeber – in der jeweiligen Verwaltung,
- eine Beseitigung von Wissensdefiziten in den Unternehmen und das Aufzeigen von Chancen,
- eine größere Rolle der Weiterbildung für alle Altersgruppen, ein Anpassen der Weiterbildungsangebote an die Bedarfe älterer Arbeitnehmer, d.h. „altersgerechte Weiterbildung" in Form und Inhalt,
- eine Förderung der Übertragung des Wissens zwischen den Generationen („Junior-Senior-Konzepte", altersgemischte Teams),
- altersgerechte Arbeitsprozesse, Job Rotation,
- eine größere Bedeutung der Gesundheitsförderung,
- eine innerbetriebliche Karriereplanung auch für Ältere,
- den Abbau von Vorurteilen gegenüber älteren Mitarbeitern in den Betrieben,
- eine stärkere Integration älterer Arbeitssuchender über Motivations- und Coaching Kampagnen für Arbeitssuchende, Beschäftigte und Unternehmer

gehen.

3.4 Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben, am kulturellen und technischen Fortschritt

Dieses Potenzial ist weniger aktiv ausgerichtet, bietet aber auch Ansatzpunkte für eine Förderung. Es bestehen enge Bezüge zu Handlungs-/Aktivitätsfeldern der Seniorenwirtschaft und zu den Möglichkeiten im Bereich des ehrenamtlichen Engagements. In diesem Kontext erscheint es auch in den Fallstudien. Inhaltlich geht es um eine stärkere Mitwirkung am politischen Leben, ein Heranführen an die

9 Nach neueren Erkenntnissen der Gerontologie ist die Herabsetzung der Leistungsfähigkeit durch die Verbesserung der medizinischen Möglichkeiten eher in den Bereich der Hochalten ab ca. 80 Jahre verschoben. In der betrieblichen Realität wird jedoch ein Leistungsabfall auch schon für über 40-Jährige unterstellt.

Nutzung neuer Technologien, damit eine bessere Alltagsbewältigung, positive Rückwirkungen auf Selbständigkeit, Selbstbewusstsein und Gesundheit. Zugleich bieten ältere Menschen als größer werdende Nutzer- und Zielgruppe für Unternehmen im Technologiebereich Anreize, das Marktsegment der altersgerechten Produkte weiter zu entwickeln und anzubieten (→ Seniorenwirtschaft). Der Aspekt „Teilhabe“ hat im Fünften Altenbericht der Bundesregierung eine gleichberechtigte Rolle neben den anderen Potenzialen.

3.5 Potenziale älterer Migrantinnen und Migranten

2002 waren fast 6 Prozent der ausländischen Bevölkerung im Rentenalter. Ähnliche Zahlen gelten für Spätaussiedler. Diese Personengruppe wird weiter wachsen, Schätzungen gehen von mehr als einer Verdopplung bis 2025 aus (RWI 2004, S. 7). Damit stellt diese Gruppe – bei noch wachsender Heterogenität – einen Wirtschaftsfaktor dar, auch wenn sie tendenziell über geringere Einkommen/Renten verfügt als deutsche Arbeitnehmer/Rentner. Zwar gibt es Studien, die sich mit der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft befassen, auch Fragen der Abhängigkeit von den sozialen Unterstützungssystemen werden thematisiert, die Situation älterer/alter Zuwanderer wird jedoch nicht explizit betrachtet.

Das Potenzial der älteren Migrantinnen und Migranten hat einen eigenen Stellenwert, liegt aber zugleich „quer“ zu den bislang beschriebenen Potenzialen. Unter dem Stichwort „Potenzial“ geht es nicht um die Notwendigkeiten einer verbesserten Arbeitsmarktintegration oder verstärkter Maßnahmen der Integrationspolitik, so wichtig diese Fragestellungen sind, sondern um gezielte Angebote an und Förderung der Nachfrage von älteren Migrantinnen und Migranten . Dazu können gehören:

- gezielte Bildungsangebote (Sprachkompetenz als Schlüsselgröße auch im Alter[10]),
- die Vernetzung gesundheitlicher Versorgung (kultursensible Gesundheitspolitik und Altenhilfe sind wichtige Handlungsansätze, die auf kommunaler Ebene an Bedeutung gewinnen),
- Migrationssozialarbeit,
- die gezielte Förderung von Formen der Selbsthilfe/eigenständiger Versorgungsstrukturen (da auch in diesen Bevölkerungsgruppen der Familienverband und –zusammenhalt an Bedeutung verliert).

Diese Selbstorganisationen könnten z.B. stärker in die kommunalen Planungsprozesse einbezogen werden. Unter dem Stichwort „Seniorenwirtschaft“ sollten ältere Migrantinnen und Migranten nicht nur als Kunden gesehen werden, sondern auch als Entwickler, Anbieter und Ansprechpartner bei alters- und herkunftsspezifischen Produkten und Dienstleistungen angesprochen werden (RWI 2004, S. 38).

10 Studien weisen nach, dass sich die Sprachkompetenz älterer Migrantinnen und Migranten, die nicht mehr im Berufsleben stehen, wieder verschlechtert, da die Kontakte in erster Linie im eigenen Sprachumfeld stattfinden und sich damit die Notwendigkeit, deutsch zu sprechen und zu üben, deutlich reduziert.

Die Potenziale, die sich aus der wachsenden Zahl älterer Migrantinnen und Migranten ergeben, wurden der Vollständigkeit halber, da sie in der Literatur und in Expertengesprächen genannt wurden, kurz beschrieben. Sie werden jedoch nicht explizit untersucht und bilden sich nicht in den Beispielen ab.

Die Fallstudien, aber auch die Analyse der umfassenden Practicesammlung zeigen, inwieweit die beschriebenen Potenziale in einzelnen Kommunen und Regionen tatsächlich bereits als Ansatzpunkte von Aktivitäten erkannt und aktiv bearbeitet und gefördert werden. Zu berücksichtigen ist dabei auch, wo – zumindest gegenwärtig noch – „Grenzen“ der Potenziale an sich (z.B. Substitution kommunaler Dienstleistungen durch Ehrenamt, Belastbarkeit und Tragfähigkeit bürgerschaftlichen Engagements, „Nachhaltigkeit“ der wirtschaftlichen Ressourcen älterer Menschen) und der Möglichkeiten ihrer Erschließung liegen. Dies mag sich zukünftig ändern, wenn sich die Idee, dass sich aus der wachsenden Zahl gesunder, relativ wohlhabender und engagementbereiter älterer Menschen, Entwicklungsmöglichkeiten für Kommunen und Regionen ergeben, auf breiterer Basis durchgesetzt haben wird. Neben den Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene werden insbesondere regionale und kommunale Beispiele, die deutlich machen, wie die Aktivierung von Potenzialen funktionieren kann, dazu beitragen. Noch steht das Ausschöpfen von Potenzialen erst am Anfang.

4. Die Fallstudien

4.1 Zur Auswahl der Fallstudien

Die Auswahl der kommunalen/regionalen Fallbeispiele erfolgte – auf der Basis begründeter Vorschläge durch den Auftragnehmer – gemeinsam mit dem Auftraggeber. Der Auswahl der Beispiele lagen verschiedene Kriterien zugrunde:

- Die beschriebenen Potenziale sollten in ihrer Unterschiedlichkeit durch die Fallstudien abgedeckt sein;
- Es sollten verschiedene Themenfelder behandelt werden,
- unterschiedliche Akteure sollten zusammenarbeiten,
- unterschiedliche Regionstypen vertreten sein, sowie
- differierende wirtschaftliche und demographische Bedingungen repräsentiert werden.

Im Auswahlprozess zeigte sich, dass es eine recht große Zahl von Initiativen gibt, die einzelne ausgewählte Themen behandeln. Schwierig stellte sich jedoch die Verknüpfung dar:

- der Themen – im Sinne einer umfassenderen Strategie, die mehrere Aspekte der „Potenziale des Alterns“ einbezieht,
- der Akteure – im Sinne einer Kommune übergreifenden/regionalen Kooperation, aber auch im Zusammenbringen öffentlicher, intermediärer und privater Akteure, zumal, wenn der Anspruch eingelöst werden soll, mehrere Themen, im Sinne einer Strategie, zu bearbeiten.

Auch eine relativ gleichmäßige Verteilung der Initiativen im Raum und unter Beachtung unterschiedlicher siedlungsstruktureller Raumtypen war so nicht durchgängig zu leisten.

Die Auswertung der Practicesammlung, die so umfassend wie möglich die aktuellen kommunalen, regionalen und Länderinitiativen zusammenstellt (Stand Mai 2006, s. Anhang), zeigt, dass die Mehrzahl der Aktivitäten die Inhalte Ehrenamt, Wohnen und Leben im Alter, Gesundheit und Prävention in den Vordergrund stellt. Es gibt einige Initiativen, die über „Seniorenwirtschaft“ die Aktivierung der lokalen und regionalen Unternehmen fördern, nur sehr wenige Kommunen/Regionen versuchen ein strategisches Konzept zu entwickeln, das mehrere Aspekte der demographischen Veränderungen, so auch die Alterung, in ihren Zusammenhängen aufgreift.

Auch bei systematischer Recherche zeigt sich, dass die Mehrzahl der Initiativen in den alten Bundesländern stattfindet. In den neuen Ländern gibt es gegenüber dem Thema eine große Zurückhaltung. Dies zeigen auch Umfragen der Fachkommission Stadtentwicklung des DST unter ihren Mitgliedern zum demographischen Wandel (Fachkommission Stadtentwicklung des DST, 2006), in denen gerade die ostdeutschen (Groß-)Städte angeben, zwar teilweise das Thema zu diskutieren, jedoch in aller Regel keine Aktivitäten bzw. keine gebündelten Aktivitäten im Sinne eines Konzepts oder Programms vorzunehmen. Auch die Befunde der Bürgermeisterumfrage der Bertelsmann-Stiftung vom März 2005 belegen, dass Altenpla-

nung (i.w.S.) tendenziell vor allem ein Thema in den großen Kommunen der alten Bundesländer ist (Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) 2005). Auch die Erfahrungen aus der Begleitung und Evaluation des BMBF-Forschungsprojekts Stadt 2030, die vom Difu durchgeführt wurden, zeigen, dass die demographischen Themen (Schrumpfung, Alterung) sich in den Projekten in der Regel nicht als Schwerpunkte durchsetzen konnten und entsprechende Umsteuerungen in den kommunalen/regionalen Projekten vorgenommen werden mussten. Es gibt verschiedene Modellvorhaben der Raumordnung (MORO), die den aktiven Umgang mit Schrumpfung in den verschiedenen Handlungsfeldern zum Gegenstand haben. In einzelnen Projekten ist auch Alterung ein Thema (Diese Beispiele sind in die Practicesammlung aufgenommen, wurden jedoch, da sie schon bearbeitet werden, in diesem Projekt nicht weiter berücksichtigt).

Wie bereits am Beispiel der neuen Länder angedeutet, ließ sich in der Recherche für die Fallstudien und die weiteren Beispiele (Practicesammlung, s. Anhang,) nicht feststellen, dass Handlungsdruck, z.B. durch eine stärker alternde Bevölkerung in der Folge von Abwanderungen und das Hineinwachsen starker Jahrgänge in das Alter, auch zu einer intensiveren Befassung mit dem Thema führt. Die Darstellung der „Mengenpotenziale“ ließ vermuten, dass in Regionen, in denen bereits heute der Anteil der – vor allem – 60- bis unter 80-Jährigen hoch ist, größere Erfahrungen mit Aktivitäten zur Aktivierung der Potenziale älterer Menschen vorliegen könnten. Auch dies bestätigte sich jedoch nicht. Zu bemerken ist, dass eher das Problem „Schrumpfung“ als „Alterung“ bearbeitet wird. Die Sichtweise auf „Potenziale aus einer alternden Gesellschaft“ ist noch seltener zu finden.

Gerade in der Practicesammlung geht es nicht immer vorrangig um Potenziale, einige Beispiele veranschaulichen z.B., wie die „klassische“ kommunale Altenarbeit beginnt, ihr Handlungsfeld zu erweitern oder wie im Handlungsfeld „Gesundheit und Prävention“ begonnen wird, der Prophylaxe einen größeren Raum zu geben, ohne dass damit bereits explizit Strategien zur Förderung der regionalen/lokalen Gesundheitswirtschaft aufgelegt würden. Dies könnte ein möglicher nächster Schritt sein.

Alle dargestellten Beispiele zeigen jedoch, welche Aktivitäten möglich sind. Dies ist der Kern, es wurde (auch „mangels Masse“) darauf verzichtet, einen Kriterienkatalog anzuwenden, der es erlauben würde, ausschließlich geprüfte „gute Beispiele“ darzustellen. Die Tatsache, dass in den Regionen/Kommunen Aktivitäten stattfinden, ist unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen per se positiv zu bewerten, zumal durchgängig versucht wird, integriert zu handeln und das Thema in einen größeren Kontext zu stellen.

Vor diesem Hintergrund wurden folgende Initiativen als vertieft zu untersuchende Fallstudien ausgewählt:

- Amtzell: Im Vordergrund der Fallstudie steht das Potenzial des freiwilligen gesellschaftlichen Engagements. Die Aktivitäten fügen sich in ein strategisches Gesamtkonzept, das „Netzwerk der Generationen“, ein. Zugleich werden die spezifischen Vorteile einer kleinen Kommune sichtbar.
- Bielefeld: Bielefeld hat bereits Mitte der 1990er Jahre die Seniorenwirtschaft als Kompetenzfeld der Wirtschaftsförderung definiert, verfügt in diesem Handlungsfeld mithin über eine sehr lange Erfahrung. Einzelne Kooperationsansät-

ze finden in der Region statt und beziehen regionale Partner ein. Darüber hinaus ist Bielefeld bislang die einzige Kommune in Deutschland, die eine Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung“ beim Oberbürgermeister eingerichtet hat und dabei ist, ein „Demographisches Handlungskonzept“ auf den Weg zu bringen.

- Osnabrück (Landkreis, Samtgemeinde Artland und Stadt): Ausführlich werden die Aktivitäten des Referats Strategische Steuerung dargestellt, das seit mehreren Jahren die aktive Gestaltung des demographischen Wandels im Rahmen eines gesamtstrategischen Konzepts vorantreibt. Freiwilliges ehrenamtliches Engagement, aber auch Aktivitäten zum längeren Verbleiben älterer Menschen im Berufsleben gehören als einzelne Bausteine (Potenziale) in diesen strategischen und kooperativ angelegten Ansatz. Die Samtgemeinde Artland im Landkreis Osnabrück hat das Thema des demographischen Wandels in den Mittelpunkt des aktuellen Samtgemeindeentwicklungskonzepts gestellt. Die Nutzung der Potenziale aus der Alterung der Bevölkerung soll über Projekte der Seniorenwirtschaft (u.a. Gerontotechnik, Wohnen), aber auch die Förderung eines stärkeren ehrenamtlichen Engagements vorangetrieben werden. Die Stadt Osnabrück ist ebenfalls seit vielen Jahren im Themenfeld, vor allem in der Aktivierung des ehrenamtlichen Engagements älterer Menschen, aktiv. Darüber hinaus sollte die Frage von Kooperation zwischen Stadt und Landkreis betrachtet werden.
- Akademie 2. Lebenshälfte e.V. Brandenburg: Die Akademie ist 1994 aus dem Zusammenschluss von drei regionalen Arbeitsfördergesellschaften, als Initiative „von unten“, entstanden. Ziel ist die Integration älterer Menschen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft und die Bewältigung des demographischen Wandels „unter Beachtung und Nutzung der Kompetenz Älterer“. Damit steht in dieser Fallstudie das Potenzial „längere Berufstätigkeit“ im Vordergrund, daneben spielt jedoch auch das freiwillige gesellschaftliche Engagement eine Rolle.

Die Berichte über die Fallstudien basieren auf Literatur- und Internetanalysen und – im Schwerpunkt – auf leitfadengestützten Gesprächen mit ausgewählten Akteuren in den Fallstudien (Liste der Gesprächspartner, s. Anhang). Es gab jeweils einen zentralen Ansprechpartner, der Hinweise auf weitere relevante Gesprächspartner gab. Die Mitwirkungsbereitschaft der Akteure wurde im Vorfeld geklärt.

4.2 Fallstudie 1: Amtzell – Netzwerk der Generationen

Die Gemeinde Amtzell im Landkreis Ravensburg liegt im süd-östlichen Baden-Württemberg, rund 20 km vom Bodensee entfernt. Aufgrund ihrer geographischen Lage wird die 5.326 Einwohner zählende Gemeinde als „westliches Tor zum Allgäu“ bezeichnet. Nach der siedlungsstrukturellen Einteilung des BBR liegt das Gemeindegebiet in einem verdichteten Kreis innerhalb eines verstädterten Raums.

Demographische Struktur und Entwicklung[11] (Landkreis Ravensburg)

	1990	**2002**	**2020**
Bevölkerung Landkreis Ravensburg	247.700	272.300 (+9%)	283.600 (+4%)
Zahl der 60-80-Jährigen	37.300	48.700 (+30%)	58.700 (+20%
Anteil der 60-80-Jährigen (in %)	15	18	21

Zielsetzung der Aktivitäten
Ziel der Aktivitäten der Gemeinde Amtzell ist es, die Gemeinde als Lebensraum einer Gemeinschaft aller Bürger zu begreifen und ein „Wir-Gefühl“ zu schaffen. Generationsübergreifendes Vorgehen ist ein fester Bestandteil aller Aktivitäten. Die Verbesserung harter (Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge) sowie weicher Standortfaktoren, wie der Aufbau einer Kommunikationskultur in der Gemeinde, sind unverzichtbar zur Verwirklichung eines Netzwerks der Generationen.

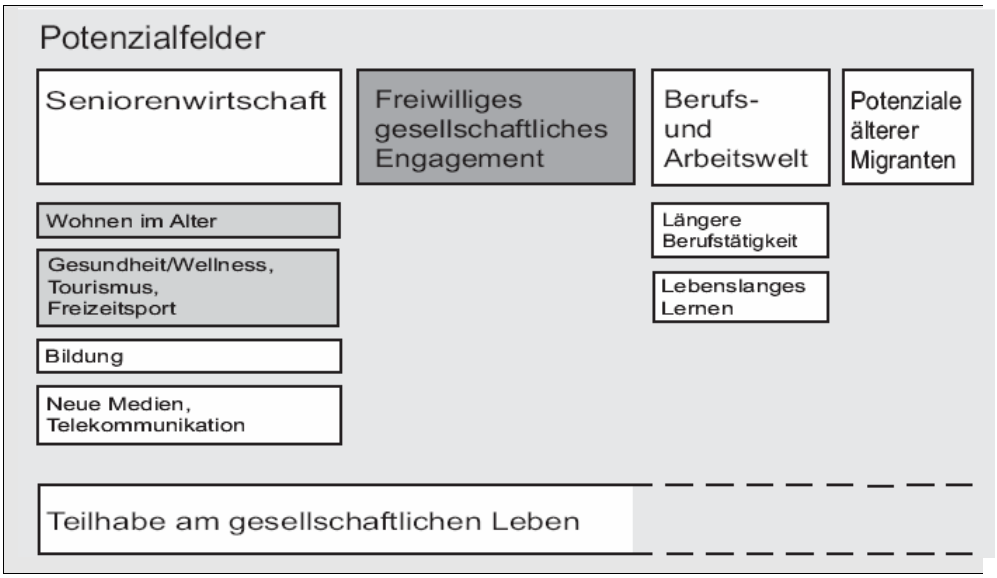
Kooperationsstrukturen
Das Netzwerk der Generationen bringt in Form von Runden Tischen Vereine, Organisationen, Einrichtungen und Initiativen zusammen. Der Arbeitskreis Dorfgemeinschaft ist die Steuerungsstelle des Netzwerks, in der Ziele und neue Projektideen festgelegt werden und fungiert als Kooperations- und Vermittlungsstelle für alle Bürger. Innerhalb der Arbeitskreise sind auch Mitglieder des Gemeinderates aktiv.

Finanzierung
Die Finanzierung der verschiedenen Aktivitäten erfolgt über den Haushalt der Gemeinde Amtzell. Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements wurde ein Förderverein gegründet, aus dessen Mitgliedsbeiträgen und privaten Spenden u.a. die Qualifizierung ehrenamtlicher Mitarbeiter finanziert wird.

Maßnahmen und Projekte
Seit Beginn der Aktivitäten entstanden eine Reihe generationsübergreifender Einrichtungen wie z. B. eine Sportanlage „Jung und Alt“, ein Kindergarten, der in einem Altenheim untergebracht ist und eine integrierte Wohnanlage „Lebensräume für Jung und Alt“.

Mit dem Verein „Füreinander-Miteinander“ wurde eine Dachorganisation zu bürgerschaftlichem Engagement geschaffen, die neben der Qualifizierung ehrenamtlicher Mitarbeiter auch die Koordination und Vernetzung ehrenamtlicher Projekte übernimmt. Der Besuchsdienst (Entlastung Angehöriger von Pflegebedürftigen) und der Aufbau einer Hospizgruppe zählen zu den Projekten des Vereins.

11 Die Zahlen basieren auf der Bevölkerungsprognose 2020 des BBR.



4.2.1 Das „Netzwerk der Generationen“ in Amtzell

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre begannen die Akteure in der Gemeinde Amtzell sich mit dem Thema des demographischen Wandels, im speziellen mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde, zu befassen. Amtzell erwartet eine „Unterjüngung“ der Gemeinde (der Begriff „Überalterung“ wird bewusst vermieden). Die Prognosen sehen für 2020 ein Wachstum der Bevölkerung bis auf 4000 Einwohner, verursacht durch einen Geburtenüberschuss und hohe Zuwanderungsraten.

Ursache der positiven Bevölkerungsentwicklung sind u.a. die wirtschaftlichen Daten: Amtzell hat eine niedrige Arbeitslosenquote, es gibt fast keine Jugendarbeitslosigkeit. Um die guten wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen zu erhalten, aber auch um vorausschauend zu planen, ist es erforderlich, zu einem frühen Zeitpunkt die Weichenstellungen für die Zukunft – soweit möglich – festzulegen. In Amtzell steht dabei die Idee eines generationenübergreifenden Vorgehens, auf der Basis eines neuen Familienbegriffs, der sehr breit angelegt ist, im Vordergrund.

Amtzell verfolgt dabei zwei Wege: Zum einen geht es darum, im Bereich des „harten“ Instrumentariums, entsprechende Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge für die verschiedenen Zielgruppen anzubieten, zum anderen spielt Kommunikation (über die verschiedenen Facetten des demographischen Wandels), als „weiches“ Instrument, eine große Rolle. Die Gemeinde sieht es als eine ihrer Aufgaben, den Aufbau einer Kommunikationsstruktur zwischen den Generationen zu fördern, damit auch das bürgerschaftliche Engagement zu aktivieren und eine (neue) Solidarität zwischen den Generationen zu fördern (Interview).

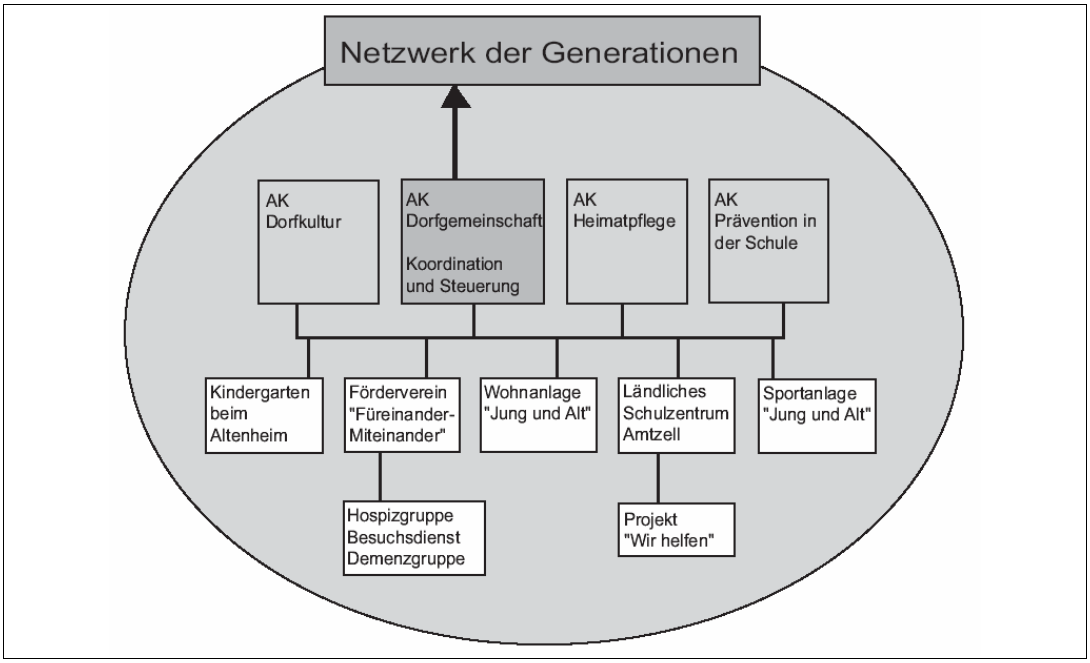
Ziel ist es, die Gemeinde als Lebensraum und Gemeinschaft erlebbar zu machen, die Lebenssituation und das Lebensumfeld von Kindern, Jugendlichen, Familien[12] (familienfreundliche Infrastrukturen), Senioren sowie von Benachteiligten in der

12 Jede Familie bekommt bei der Geburt eines Kindes einen Baum geschenkt, Aufbau eines Storchenhorst als Symbol für Kinderfreundlichkeit, aber auch Anspielung auf „hoffentlich hohe Geburtenraten“ der Zukunft.

Gemeinde zu verbessern. Ein wichtiges Element ist das bürgerschaftliche Engagement, das ermöglicht und unterstützt werden soll, ebenso soll das Miteinander von Jung und Alt („Nestwärme“) in der Gemeinde gefördert werden (Interview).

1999 ergriff der Bürgermeister die Initiative und aktivierte durch direkte Ansprache der lokalen Akteure die Einwohner. Es folgte die Gründung des Arbeitskreises „Dorfgemeinschaft“ als generationsübergreifende Plattform in der Gemeinde. Der strategische Ansatz bindet über ein Gesamtkonzept alle Altersgruppen der Gemeinde ein. Der Arbeitskreis „Dorfgemeinschaft“ steht im Zentrum des „Netzwerkes der Generationen“. Er fungiert als Koordinations- und Vermittlungsstelle für alle Bürger, die sich ehrenamtlich betätigen wollen. Weitere Arbeitskreise im Netzwerk sind „Prävention in der Schule“, „Heimatpflege“ und „Dorfkultur“. Die Bürger haben im Arbeitskreis einen festen Ansprechpartner, der auch die Rahmenbedingungen und Formalitäten erledigt. Der Arbeitskreis legt die Zielsetzungen fest und steuert das „Netzwerk der Generationen“.

Abbildung 1: Das Netzwerk der Generationen



Quelle: Eigene Darstellung des Deutschen Instituts für Urbanistik.

Das Netzwerk wurde seit seiner Gründung kontinuierlich weiterentwickelt. In Form von runden Tischen werden örtliche Vereine, Organisationen, Einrichtungen und Initiativen zusammengebracht. Der Arbeitskreis (als Steuerungsgruppe) trifft sich in regelmäßigen Abständen zum Austausch von bisherigen Ergebnissen, Erfahrungen und neuen Projektideen. Der Tagungsort wechselt bei jeder Sitzung, dabei werden auch die verschiedenen Einrichtungen vorgestellt. Die Ergebnisse des Treffens werden im Gemeindeblatt veröffentlicht. In der Gemeindeverwaltung ist bürgerschaftliches Engagement ein Arbeitsschwerpunkt, das Thema wird auf allen Ebenen integriert, der Gemeinderat ist aktiv in den Arbeitskreisen eingebunden.

4.2.2 Projekte im „Netzwerk der Generationen“

Im Rahmen des Netzwerks der Generationen wurden bislang bereits verschiedene Projekte realisiert. So wurden z.B. „generationenübergreifende“ Einrichtungen geschaffen. Dazu zählt ein Kindergarten, der in einem Altenheim untergebracht wurde, um so einerseits den Kindern ein natürliches Verhältnis im Umgang mit Senioren zu ermöglichen und andererseits einer Vereinsamung der Senioren entgegenzuwirken. Dazu gehört auch das Angebot einer flexiblen Kindergartenbetreuung auch für Kinder unter 3 Jahren. Entstanden ist eine Sportanlage „Jung und Alt“.

Die Vermittlung sozialer Kompetenzen ist ein wichtiger Baustein im Angebot des Ländlichen Schulzentrums Amtzell (Ganztagsschule). Im Schulzentrum konnte Schulsozialarbeit etabliert werden, die – neben anderen Aufgaben – durch eine enge Kooperation mit den örtlichen Akteuren die verschiedenen Aspekte bürgerschaftlichen Engagements einbezieht und zugleich ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen fördert. Die Projekte „Wir helfen“, gefördert von der Landesstiftung Baden-Württemberg, Computerkurse von Jugendlichen für Senioren und für behinderte Menschen, die Gesprächkreise Jung und Alt und die Babysitterausbildung mit den entsprechenden Angeboten an junge Familien sind Beispiele dafür.

Voraussichtlich ab dem Schuljahr 2006/07 wird die Gemeinde Amtzell an dem neuen Modellprojekt „Jugendbegleiter“ des Landes Baden-Württemberg teilnehmen. Jugendbegleiter werden zur Durchführung und Ergänzung pädagogischer Angebote sowie für Betreuungsangebote auf ehrenamtlicher Basis an Ganztagsschulen eingesetzt[13] Im Schulzentrum Amtzell wird das Jugendbegleiterprojekt über eine „Senior-/Juniorpartnerschaft“ umgesetzt. Ältere Arbeitnehmer aus den Bereichen Landwirt-schaft und Handwerk werden in freiwilligen Unterrichtsstunden über ihre Arbeit berichten.

Ein weiteres Projekt ist eine integrierte Wohnanlage („Lebensräume für Jung und Alt“)[14]. Hier teilen sich Senioren und vor allem Alleinerziehende mit Kindern 40 Wohneinheiten und unterstützen sich gegenseitig bei der Kinderbetreuung oder beim Einkaufen. Dies trägt in hohem Maß zu einer Stärkung nachbarschaftlicher Netze bei. Das Konzept integriert eine Gemeinwesenarbeiterin, die sich um Probleme der Bewohner kümmert, bei Bedarf werden ambulante Pflegedienste zugeschaltet. Jede Wohnanlage besitzt einen Gemeinschaftsraum für nachbarschaftliche Aktivitäten (Gymnastikkurse, Bewohnercafe, Kinderfeste). Zum Konzept gehört auch die Integration der Wohnanlage in die Gemeinde. Auch Bewohner der umliegenden Wohngebiete können den Gemeinschaftsraum nutzen und die Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in Anspruch nehmen. Finanziert wird das Konzept durch einen Sozialfonds, der mit einer Partnerstiftung, der jeweiligen Gemeinde und Spendengeldern verwirklicht wird. Träger der Wohnanlage ist die gemeinnützige St. Anna-Hilfe GmbH, eine Betreiberin von Seniorenwohnheimen.

Gegründet wurde der Förderverein „Füreinander-Miteinander“, der als Dachorganisation zum bürgerschaftlichen Engagement die verschiedenen Einzelinitiativen betreut. Einzelne Initiativen unter dem Dach des Fördervereins sind „Wir helfen“

13 http://www.stuttgart.ihk24.de/SIHK24/SIHK24/produktmarken/index.jsp?url=http%3A//www.stuttgart.ihk24.de/SIHK24/SIHK24/servicemarken/aktuell/Pressemitteilungen/pm06_09.jsp, 04.04.06.

14 Erschließung von Solidarpotenzialen im Wohnumfeld, pdf-dokument unter Internet/ Amtzell.

(s.o.), ein Babysitterdienst, ein Besuchsdienst (für alte, kranke und behinderte Menschen, Entlastung der Angehörigen), eine Hospizgruppe (Begleitung Schwerkranker und Sterbender sowie der Angehörigen) und eine Demenzgruppe.

Zugleich finden Ausbildung und Qualifizierung für ehrenamtliche Tätigkeiten statt. In den ehrenamtlichen Gruppen sind sehr viele „fitte Alte“ engagiert, die auch im Ruhestand noch aktiv sein möchten. Sie erfahren durch ihr Engagement mehr Lebensqualität und Anerkennung im Lebensabend. Auch Jugendliche erleben gesellschaftliche Annerkennung im Ehrenamt. Das bürgerschaftliche Engagement findet in Ergänzung und Erweiterung der „professionellen“ Arbeit statt, es trägt zur qualitativen Aufwertung des Angebots und zur stärkeren Identifikation mit der Gemeinde bei.

Weitere Initiativen sind eine Begegnungsstätte für Frauen, ein Kindergartenförderverein Mädchencafe, Partnerschaften "Kindergartengruppe Senioren", ein Runder Tisch Gewerbe, Schule, Gemeinde, ein Schulförderverein, eine wohnortnahe Kinder- und Jugendbetreuung, insgesamt 63 Vereine, Arbeitskreise und die Lokale Agenda 21, die sich engagieren.

Abbildung 2: Projekte des Netzwerks

Quelle: Präsentation Paul Locherer, Projektworkshop 3.5.2006 in Berlin.

4.2.3 Akteure

Die Gemeindeverwaltung hat bürgerschaftliches Engagement zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Das Thema wird – soweit möglich – in allen Bereichen und auf allen Ebenen integriert. Auch der Gemeinderat ist aktiv in die Arbeit der Arbeitskreise eingebunden. Einzelne Gemeinderatsmitglieder arbeiten in den Ar-

beitskreisen mit, die Arbeitskreise berichten regelmäßig im Rat über ihre Arbeit und stimmen ihre Aktivitäten ab.

In den verschiedenen Initiativen arbeiten neben der Kommune weitere Akteure mit, die Kirchengemeinden, Vereine, ehrenamtliche Gruppen. Die ehrenamtliche Arbeit wird vom Arbeitskreis „Dorfgemeinschaft" koordiniert, entstanden sind enge Kooperationen zwischen den Einrichtungen und der Gemeinde.

Die Finanzierung der Aktivitäten erfolgt über den Haushalt der Gemeinde, in dem sowohl für einzelne Projekte als auch für Daueraufgaben Mittel zur Verfügung stehen. Um den Haushalt zu entlasten, wurde der Förderverein „Füreinander-Miteinander" gegründet. Hier laufen private Spenden ein, die für die Ausbildung der ehrenamtlich Engagierten verwendet werden. Für die Wohnanlage „Jung und Alt" wurde ein Sozialfonds für die Gemeinwesenarbeit eingerichtet. Fördervereine in den Kindergärten und in der Schule unterstützen dort die vielseitigen Aktivitäten.

4.2.4 Bewertung und Perspektiven

Aus Sicht der zentralen Akteure ist es erforderlich, eine neue Identität einer „Bürgergesellschaft aller Generationen" zu schaffen, die Gemeinwohl stärker in den Vordergrund stellt. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Aktivitäten in Amtzell einordnen. Dabei scheint es von Vorteil, dass Amtzell eine kleine und überschaubare Gemeinde ist, die Aktivitäten sind jedoch aus Sicht der Akteure ebenso in größeren Gemeinden realisierbar.

Das Netzwerk der Generationen basiert auf einer breiten Unterstützung der Bürger, die sich aktiv beteiligen und ehrenamtlich engagieren. Verlässliche Partner (öffentlich und privat) sind bei allen Initiativen und Aktivitäten ein ausschlaggebender Erfolgsfaktor. Die kontinuierliche Weiterentwicklung und Bedarfsanpassung der Projekte führten dazu, dass ehrenamtliche Leistungen innerhalb der Gemeinde akzeptiert und geschätzt werden. Die anfängliche Scheu, ehrenamtliche Angebote zu nutzen, wurde überwunden. Aus Erfahrung wissen die Bürger inzwischen, mit welchen Anfragen sie sich an die Vereine wenden können (z.B. im Krankheitsfall an „Wir helfen" für Besorgungen und Einkäufe). Ehrenamtliche Angebote werden als verlässliche Unterstützung angesehen, entstanden ist ein ausgeprägtes Verständnis für ein „gegenseitiges Geben und Nehmen" aller Mitglieder der Gemeinde.

Auch wenn Promotoren (hier Bürgermeister) das Projekt mit ihrer Persönlichkeit und ihrem Engagement fördern, ist festzustellen, dass sich die Strukturen, abhängig von den unterschiedlichen Ausgangssituationen, unterschiedlich schnell entwickeln. Prozesse von Zielfindung, Strategieentwicklung, aber auch die Schaffung einer Organisationsstruktur brauchen Zeit, gerade auch in der Arbeit mit ehrenamtlich engagierten Menschen („Einem wachsenden Baum brechen auch manchmal Äste ab.", Interview). Eine starke Unterstützung durch die lokale Politik, die deutlich macht, wie wichtig bürgerschaftliches Engagement für die Gemeinde ist, ist nötig. Auch auf Landes- und Bundesebene wäre eine Politik wünschenswert, die diese Aktivitäten stärker unterstützt. So können rechtliche Rahmenbedingen (z.B. Steuergesetzgebung, Pflegeversicherung) teilweise eher hemmend für die Aktivitäten auf der lokalen Ebene sein, in dem z.B. über Standards bestimmte

Aktivitäten nicht zulässig sind, die freiwillig engagierte Menschen bereit wären, zu erbringen (z.B. Pflege) (Interview).

Das Ehrenamt hat – gerade auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – eine zunehmend wichtige Rolle. Wichtig ist ein Anerkennen der ehrenamtlichen Arbeit in ihrem Wert. Wertevermittlung gerade auch an Jugendliche ist nach den Erfahrungen in Amtzell ein wichtiger Effekt ehrenamtlicher Arbeit. Ausbildung und Qualifizierung ehrenamtlich tätiger Personen sind – je nach „Einsatzgebiet" – unerlässliche Voraussetzungen. Es sollte ein konkreter Ansprechpartner da sein, der die organisatorische Unterstützung für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, liefert. Klarheit sollte darüber bestehen, dass nicht alle Arbeiten ehrenamtlich ausgeführt werden können und in aller Regel ein „professioneller Unterbau" vorhanden sein muss. Bei ehrenamtlichen Tätigkeiten liegt der Schwerpunkt in sozialen Handlungsfeldern. Klar sollte auch sein, dass eine Kostenersparnis oder eine Erweiterung eines kommunalen Leistungs- und Serviceangebots ein positiver Nebeneffekt ehrenamtlicher Arbeit sein können, nicht jedoch Anlass oder Motiv. Dies mag sich bei noch enger werdenden Finanzspielräumen ändern. Ehrenamt findet in Ergänzung professioneller Arbeit statt. Es trägt jedoch in erheblichem Maß zur Standortaufwertung bei. Zunehmend zeigt sich, dass es bei ehrenamtlichen Aufgaben förderlich ist, kein langfristiges Engagement, keine dauerhafte Festlegung zu fordern, sondern die Möglichkeiten der Mitwirkung flexibel zu gestalten.

Amtzell profitiert von dieser Form des Zusammenwirkens. Nicht zuletzt konnten auf diese Weise trotz enger öffentlicher Budgets neue Vorhaben realisiert werden. Trotz – oder gerade wegen – der geringen Einwohnerzahl hat sich ein vielfältiges Miteinander von engagierten Bürgern ergeben. Das „Wir-Gefühl" vermittelt Nestwärme und einen Heimatbezug. Das „Netzwerk der Generationen" soll daher auch in Zukunft weiter entwickelt und gestärkt werden. Die Aktivitäten wecken auch in der Region Aufmerksamkeit. Anfragen aus anderen Gemeinden nach den Projekten sind über die engere Bodenseeregion hinaus bis nach Bayern und Vorarlberg festzustellen.

4.3 Fallstudie 2: Bielefeld – Seniorenwirtschaft

Die Stadt Bielefeld ist eine kreisfreie Stadt im Nordosten Nordrhein-Westfalens. Mit gegenwärtig 324.800 Einwohnern ist Bielefeld die größte Stadt der Region Ostwestfalen-Lippe und übernimmt als deren wirtschaftliches und kulturelles Zentrum die Funktion eines Oberzentrums.

Demographische Struktur und Entwicklung[15]

	1990	**2002**	**2020**
Bevölkerung Bielefeld	319.000	324.800 (+2%)	308.800 (-5%)
Zahl der 60-80-Jährigen	57.700	68.000 (+18%)	62.600 (-8%)
Anteil der 60-80-Jährigen (in %)	18	21	20

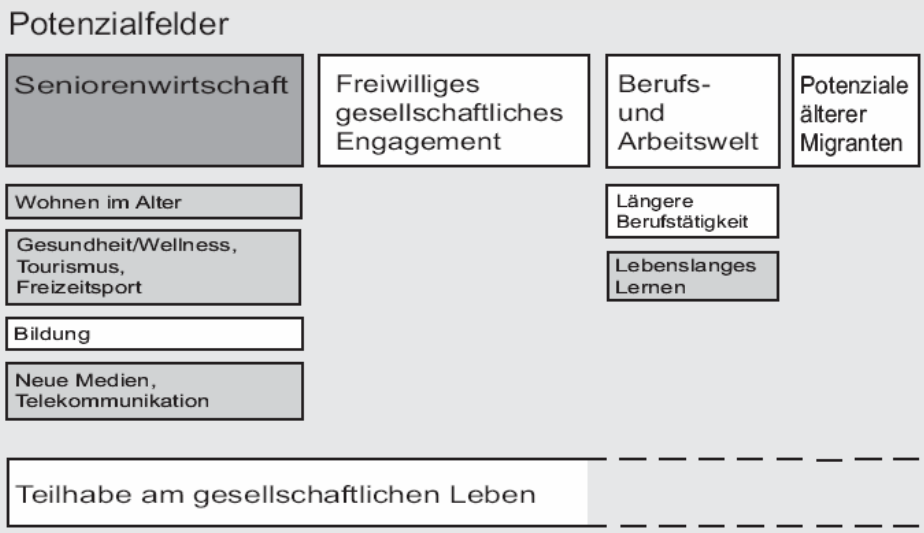
15 Die Zahlen basieren auf der Bevölkerungsprognose 2020 des BBR.

Zielsetzung der Aktivitäten:
Das Thema Seniorenwirtschaft entwickelte sich in Bielefeld aus der Gesundheitswirtschaft, einer standortprägenden Branche der Region Ostwestfalen-Lippe und ist bei der Wirtschaftförderungsgesellschaft (WEGE) angesiedelt. Neben der Weiterentwicklung von Senioren- und gesundheitsspezifischen Dienstleistungen gilt es, vor dem Hintergrund der Schaffung neuer und der Sicherung bestehender Arbeitsplätze, Bielefeld in diesem Wirtschaftsegment stärker zu positionieren.

Kooperationsstrukturen
Es gibt eine Vielzahl von Kooperationspartnern, die in den verschiedenen Projektzusammenhängen in unterschiedlichen Konstellationen kooperieren und arbeitsteilig agieren. Dazu zählen u.a. die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, das Ev. Johanneswerk (inkontakt) und die Kreishandwerkerschaft, mit der gemeinsam Veranstaltungen zum Thema Handwerkerkooperationen auf den Weg gebracht wurden. Ebenso gibt es zahlreiche Kontakte zur Stadt.

Finanzierung
Der Geschäftsbereich „Brancheninitiativen und Unternehmenskooperationen/Netzwerkunterstützung“ ist ein Kompetenzfeld in der Arbeit der WEGE. Einzelne Projekte, z.B. der Förderverein Lebensgerechtes Wohnen OWL e.V., wurden ohne Fördermittel auf den Weg gebracht, alle Aktivitäten werden von den Mitgliedern über die Bereitstellung von Leistungen und entsprechende Mitgliedsbeiträge erbracht. Einzelne Projekte werden über Drittmittel des Landes oder der EU finanziert.

Maßnahmen und Projekte
Die WEGE mbH hat im Rahmen der Aktivitäten in der Seniorenwirtschaft verschiedene Schwerpunkte festgelegt, in denen die Erschließung von Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen gefördert wird. Dazu gehören die Bereiche Planen, Bauen, Wohnen, der Gesundheits- und Wellnesssektor und der Bereich Tourismus und Freizeit.



Bielefeld ist seit mehr als zehn Jahren im Handlungsfeld der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft aufgestellt. Diese Aktivitäten stehen im Folgenden auch im Vordergrund. Darüber hinaus gibt es jedoch seit 2004 den Versuch, das Thema des demographischen Wandels in seiner Breite intensiver in die Stadt, Verwaltung, Politik, Bürger, hineinzutragen.

4.3.1 Demographischer Wandel in Bielefeld

Seit April 2004 gibt es in Bielefeld eine Stabsstelle „Demographische Entwicklungsplanung“, die im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt wurde. Ursächlich war die Überzeugung des OB, dass der demographische Wandel ein für die Zukunft der Stadt wichtiges Thema darstellt.

Bielefeld hat damit die 1. Demographiebeauftragte in Deutschland. Es handelt sich um eine Querschnittsfunktion mit Organisationsverfügung, die Aufgaben und Kompetenzen sind klar geregelt. Ziel der Aktivitäten ist die Initiierung eines umfassenden Reformprozesses. Zu den konkreten Tätigkeiten gehören z.B. die Auswertung wissenschaftlicher Untersuchungen, das Anstoßen eines Diskussionsprozess in der Stadt (über Veranstaltungen, Workshops etc.), es gehört dazu, dezernatsübergreifend bei künftigen Verwaltungsentscheidungen auf den Aspekt der demographischen Entwicklung hinzuweisen, damit bei allen städtischen Planungen künftig die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt wird, Vorschläge zu entwickeln, wie der demographische Wandel in der Stadt gestaltet werden kann, das Anregen und unterstützen von Vernetzungen, besonders in den Themenfeldern Familien-, Bildungs-, Zuwanderungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

Gegenwärtig wichtigster Baustein ist die Erarbeitung eines dezernatsübergreifenden „Demographischen Handlungskonzepts“ für Bielefeld (Demographischer Wandel als Chance), das im Dezember 2005 im Verwaltungsvorstand einstimmig verabschiedet wurde. Das Konzept – angelegt als strategisches Managementkonzept mit Steuerung und Controlling – befindet sich gegenwärtig in den politischen Diskussions- und Abstimmungsprozessen. Inhaltlich stehen sechs demographiepolitische Ziele – und damit zugleich Handlungsschwerpunkte – für Bielefeld im Vordergrund. Diese betreffen die Themen Integration, Familienfreundlichkeit, Wohnen, lebenslanges Lernen, Gesundheit und Wirtschaft.

Es gibt Berührungspunkte zu den im Folgenden beschriebenen Aktivitäten der Seniorenwirtschaft, die Arbeitszusammenhänge zwischen den Akteuren sind jedoch lose, da die Schwerpunkte im operativen Geschäft unterschiedlich sind. Ein Austausch findet beispielsweise in gemeinsamen Arbeitskreisen statt (z.B. „Räume der Zukunft“, Vorbereitung einer entsprechenden Fachtagung 2005), in denen die genannten Netzwerkpartner sich austauschen.

Um das Potenzial „Seniorenwirtschaft“ zu veranschaulichen, werden am Beispiel Bielefeld die Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Handlungsfeld vorgestellt und bewertet.

4.3.2 Gesundheits- und Seniorenwirtschaft in Bielefeld

Das Handlungsfeld Gesundheits- und Seniorenwirtschaft ist im Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Bielefeld angesiedelt. Die Bielefelder Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft wurde 1995 aus dem ehemaligen Amt für Wirtschaft gegründet. Damit verbunden waren neue Festlegungen zu den Inhalten der Arbeit. Als ein Schwerpunkt wurde per Ratsbeschluss das Thema „Gesundheitswirtschaft“ festgelegt, das in einem Geschäftsbereich Wirtschaftsfaktor Gesundheit bearbeitet werden sollte. Aufgabe sollte es sein, die Potentiale und

Qualitäten des Sektors für die Stadt stärker herauszuarbeiten – vor dem Hintergrund der schwieriger werdenden Rahmenbedingungen durch die Reformen im Gesundheitswesen – und die innovative Bestands- und Weiterentwicklung von Gesundheitsdienstleistungen und Gesundheitswirtschaft aktiv zu unterstützen (Sieber/Jonas 1997). Ein wichtiges Ziel war die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Dabei wurde immer auch die regionale Einbindung berücksichtigt. Bielefeld ist das Oberzentrum der Region Ostwestfalen-Lippe, die die höchste Bäderdichte Nordrhein-Westfalens aufweist und sich als Gesundheitsregion versteht (mit 23 Kur- und Heilbädern). Auch Bielefeld bietet eine Vielzahl von Schwerpunkten in der Gesundheitsbranche an.

Ein Baustein der strategischen Festlegungen war ein Gutachten des Instituts Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen, das 1997 im Auftrag der WEGE Bielefeld zu den Entwicklungspotenzialen der Gesundheitswirtschaft in Bielefeld erarbeitet wurde. Darin wurde Gesundheit als zentraler Standortfaktor der Region identifiziert, mit Anknüpfungspunkten durch den Sitz des Evangelischen Johanneswerks und der von Bodelschwinghschen Anstalten Bethel, durch Studiengänge an Fachhochschule und Universität Bielefeld sowie das Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst (LÖGD) (Institut Arbeit und Technik 1997). Mit 11 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gesundheitswesen liegt Bielefeld deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt (WEGE mbH Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld (Hrsg.), 2000). Vorgeschlagen wurden ein Ausbau der Stärken (Gesundheitskompetenzzentrum, das auch außerhalb wahrgenommen wird) und ein Schließen der Lücken, z.B. bei der Medizin- und Gerontotechnik.

Über eine Reihe von Veranstaltungen wurde das Thema bekannt gemacht. So gab es bereits 1996 eine Auftaktveranstaltung zum Thema „Wirtschaftsfaktor Gesundheit“, die sich an ein breites Spektrum von Akteuren im Themenfeld richtete. Als Netzwerk für die Akteure der regionalen Gesundheitswirtschaft wurde das ZIG (Zentrum für Innovationen in der Gesundheitswirtschaft OWL) auf den Weg gebracht. Es fungiert als Entwicklungsagentur für die Region Ostwestfalen-Lippe mit dem Ziel, zusammen mit den beteiligten Einrichtungen und Unternehmen neue Produkte und Dienstleistungen rund um die Gesundheit zu initiieren und umzusetzen. Die Region Ostwestfalen-Lippe ist deckungsgleich mit dem Regierungsbezirk Detmold, in dem auch Bielefeld liegt. Gegenwärtig arbeiten etwa 25 Partner aus den Bereichen Gesundheitsdienstleistungen, Industrie, Verbände und Wissenschaft in konkreten Projekten zusammen, um Wirtschaft und Beschäftigung im Gesundheitssektor zu stärken. Das ZIG ist als Impulsgeber und Netzwerkkoordinator in den Schwerpunkten Kooperation und Vernetzung, Informations- und Wissenstransfer, Entwicklungspartnerschaften und Projekte, Produktentwicklung und neue Dienstleistungen sowie Vermarktung der Gesundheitsregion Ostwestfalen-Lippe tätig. Zu den Leistungen des ZIG gehören Projektentwicklung und -durchführung, Beratung und Wissenstransfer, Koordination und Netzwerkmanagement sowie Foren, Workshops und regelmäßige Arbeitskreise. Der Verein zur Förderung von Innovationen in der Gesundheitswirtschaft Ostwestfalen-Lippe betreibt das Zentrum in eigener Trägerschaft. Die Prokuristin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist Geschäftsführerin des Vereins.
(http://www.zig-owl.de/home/index,id,618.html, 21.3.2006).

Aus dem Geschäftsbereich Wirtschaftsfaktor Gesundheit entwickelte sich der Geschäftsbereich „Brancheninitiativen und Unternehmenskooperationen/Netzwerkunterstützung“ der WEGE. Die positiven Erfahrungen aus der Arbeit in der Gesundheitswirtschaft sollten – soweit möglich – auf andere Branchen übertragen werden. Inzwischen gibt es mehrere Brancheninitiativen, die dort zusammenlaufen, z.B. das Netzwerk OWL Maschinenbau, BIKONET als Bielefelder IT-Kompetenznetzwerk, die Kooperation Schule – Hochschule – Wirtschaft BINGO oder das Jungunternehmer-Netzwerk. Aktivitäten in den Bereichen Wissenstransfer und Netzwerkunterstützung, die die Seniorenwirtschaft, als Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft in den Mittelpunkt stellen, finden sich ebenfalls in diesem Branchenschwerpunkt. Dazu gehören Kooperationen im Handwerk, der Förderverein Lebensgerechtes Wohnen OWL e.V. und die Durchführung von Veranstaltungen wie „Wohlfühlen im Alter – Verbesserung der Wohn- und Lebensgestaltung für Senioren“ (1999), die „Wirtschaftskraft Alter“, ein Seminar, das sich vor allem an Handwerksbetriebe, Planer und Dienstleister richtete (2003) oder „Dienstleistungsentwicklung rund um das Wohnen“ (2005), die in Kooperation mit der Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH (BGW) durchgeführt wurde.

Über die Gesundheitswirtschaft wurde in Bielefeld das Thema der Seniorenwirtschaft bereits besetzt, bevor es auf Landesebene Nordrhein-Westfalen zu einem Förderschwerpunkt wurde. Die Spezifizierung der Gesundheitswirtschaft zur Seniorenwirtschaft entwickelte sich im Verlauf der Arbeit. Für die regionale Gesundheitswirtschaft kann der wachsende Seniorenmarkt eine Motorenfunktion übernehmen, wenn es gelingt, bei günstigen Preisen innovative und attraktive Angebote und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität für Senioren zu generieren. Zunehmend wurden nämlich ab Ende der 1990er Jahre die finanziellen Möglichkeiten der potentiellen Zielgruppe thematisiert. So wurde u.a. auch im Rahmen einer Studie (Befragung) des damaligen Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Einkommensverteilung und –verwendung älterer Menschen untersucht (Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 2002). Die Ergebnisse zeigten, dass ältere Menschen wichtige Verbraucher sind und in großen Teilen über eine mittlere bis starke Kaufkraft verfügen, die Ansatzpunkte für die Seniorenwirtschaft bietet. Zudem wurden für die Konsumfelder IuK-Technik und den Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen erhebliche Wachstumsmöglichkeiten identifiziert. Festgestellt wurde allerdings auch, dass etwa ein Fünftel der befragten Haushalte nur über eine schwache Kaufkraft verfügt. Eine besondere Gruppe stellen allein lebende Frauen dar, die tendenziell über geringere Einkommen verfügen und ein entsprechend niedrigeres Ausgabenniveau haben. Darüber hinaus sinkt die Konsumneigung mit zunehmendem Alter überdurchschnittlich. Soziale Unterschiede setzen sich im Alter fort. Dies heißt für die Akteure der Seniorenwirtschaft auch, die Unterschiedlichkeit der Lebenslagen in ihren Angeboten ausreichend zu berücksichtigen.

Abbildung 3: Struktur der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft

Quelle: Eigene Darstellung des Deutschen Instituts für Urbanistik nach WEGE mbH Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld (Hrsg.) (2000), Gesundheitswirtschaft in Bielefeld, Bielefeld, S. 3.

4.3.3 Maßnahmen und Projekte der Seniorenwirtschaft in Bielefeld

Die WEGE mbH hat im Rahmen der Aktivitäten in der Seniorenwirtschaft verschiedene Schwerpunkte festgelegt, in denen die Erschließung von Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen gefördert wird. Dazu gehören die Bereiche Planen, Bauen, Wohnen, der Gesundheits- und Wellnesssektor und der Bereich Tourismus und Freizeit. Es gibt eine Reihe von Projekten und Initiativen im Handlungsfeld. Die WEGE ist – in ihren Aufgaben als Wirtschaftsförderer – ein zentraler Akteur, als Initiator, Moderator, Unterstützer, als mitwirkende Einrichtung. Darüber hinaus spielen jedoch auch die Wohlfahrtsverbände, die Bielefelder Wohnungsgesellschaft, die Kreishandwerkerschaft, Kooperationspartner in der Region Ostwestfalen-Lippe, in unterschiedlichem Grad und mit unterschiedlicher Initiativfunktion, eine wichtige Rolle.

Förderverein Lebensgerechtes Wohnen OWL e.V.

Der Förderverein Lebensgerechtes Wohnen OWL e.V. ist das „Hauptprojekt“ im Rahmen der Initiativen der Seniorenwirtschaft in Bielefeld. Der Verein wurde ausschließlich durch Fördermittel auf den Weg gebracht. Er besteht in der jetzigen Form seit 2001, es gab eine „Vorform“ Musterwohnung, die als kleines Zentrum bereits seit 1999 arbeitete.

Der Förderverein bildet ein Netz aus Herstellern, Handwerkern, Wohnungswirtschaft, Sozialverbänden, Kreishandwerkerschaft, Wirtschaftsförderung und interessierten Einzelpersonen. Mit dem Seniorenrat und dem Beirat für Behindertenfragen der Stadt Bielefeld bestehen Kooperationsvereinbarungen.

Ziel des Fördervereins Lebensgerechtes Wohnen OWL e.V. ist es, Wohnräume der Zukunft zu entwickeln und zu vermarkten, lebensgerechtes Wohnen in Ostwestfalen-Lippe für Senioren, Menschen mit Behinderungen und andere Personengruppen zu fördern und selbständiges Wohnen und Leben in privatem Wohnraum zu erhalten. Der Verein versteht sich als Bindeglied und Transferstelle zwischen Planern, Herstellern, Handwerkern und Verbrauchern, auch im Sinne einer weiteren Professionalisierung der Angebote im Bereich des zukunftsfähigen Wohnens.

Die Angebote des Fördervereins sind vielfältig: Es gibt eine Dauerausstellung im Informationszentrum, Hilfestellung und Beratung bei Ausstattungs- und Finanzierungsfragen. Es werden qualifizierte Handwerker und Dienstleister vermittelt, es gibt individuelle Beratung und Sonderaktionen. Das Informationszentrum bietet eine Vielzahl von Beispielen für Wohnungsplanung und barrierefreie Wohnraumanpassung bestehender Wohnungen. Ziel ist es, Sicherheit, Mobilität und Komfort in allen Bereichen des Wohnumfeldes erlebbar zu machen. Die Ausstattung wurde in Eigenleistungen und durch Beteiligung der ausstellenden Firmen finanziert. Gegenwärtig präsentieren etwa 30 Mitglieder und Aussteller aus der Region Produkte und Dienstleistungen für Senioren und Menschen mit Behinderungen. Die Besucher können Multimediaunterstützung, Sicherheitstechniken oder eine barrierefreie Badezimmerausstattung testen. Kritik und Verbesserungsvorschläge werden aufgenommen und an die Hersteller zurückgemeldet. Transferleistungen und die Vermittlung entsprechenden Know-hows an die verschiedenen Zielgruppen sind weitere wichtige Aufgaben. So werden jährlich Fach- und Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Es gibt spezifische Schulungen für Handwerksbetriebe, die u.a. auch die Grundlage für die Erstellung eines Branchenführers „Lebensgerechte Dienstleistungen rund um das Wohnen“ mit 54 Handwerksbetrieben, Beratungs- und Dienstleistungsanbietern sowie Wohnungsunternehmen aus der Region Bielefeld und Gütersloh boten.

Die Zielgruppen der Angebote des Fördervereins sind potenzielle Kunden, für die unterstützendes und intelligentes Wohnen einen zentralen Aspekt der Lebensqualität darstellt. Dazu gehören Senioren, Menschen mit körperlichen Einschränkungen, aber auch Familien mit kleinen Kindern, Bauherren und Vermieter, die barrierefreie Wohnungen erstellen oder anpassen möchten und Klein- und mittelständische Unternehmen, die die wirtschaftlichen Chancen und Perspektiven insbesondere der Seniorenwirtschaft, aber auch für andere Zielgruppen im Bereich des Wohnens erschließen und weiterentwickeln wollen. Dazu zählen auch die Bauindustrie, die Wohnungswirtschaft und Wohnberatungsstellen, Architekten, Techniker oder Handwerker.

Der Verein finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, deren Höhe je nach Mitglied, z.B. Privatpersonen, Kleinst-, Kleinunternehmen, Institutionen, unterschiedlich ist (http://www.lebensgerechtes-wohnen.de/start.htm, 14.3.2006). Gegenwärtig arbeiten eine Teilzeitkraft und drei ehrenamtliche Mitarbeiter (speziell geschulte, ehrenamtliche Senioren) im Verein. Die finanzielle Absicherung des Vereins ist tendenziell nicht ausreichend, um Miete, Mitarbeiter, Marketing zu finanzieren. Daher ist es wichtig, weitere Finanzierungsquellen zu erschließen.

Seit Oktober 2005 läuft im Förderverein ein Modellprojekt über 15 Monate, in dem technik-unterstützte Dienstleistungen für das Wohnen älterer und behinderter Menschen im Vordergrund stehen. Im Kern geht es darum, Techniken zu identifizieren und zu entwickeln, die für behinderte und ältere Menschen im Mietwohnungsbau (neu) hilfreich sein können (aus Gebäudesystemtechnik, intelligentes Wohnen, smart homes). Dazu gehören Sicherheitsdienstleistungen, die für Senioren in ihrem Wohnumfeld ein sehr wichtiger Aspekt sind (z.B. automatische Abschaltung des Herds, Fensterkontakte, Abschalten von Steckdosen). Ein weiterer Bereich sind sog. Komfortdienstleistungen (Steuerung von Rolläden, Licht und Bewegungsmelder, Szenarien, die verschiedene dieser Aspekte verbinden). Dritter Dienstleistungsbereich sollen Kommunikationsangebote sein, zunächst über

Telefon, mit der Option, zukünftig auch stärker das Internet zu nutzen. Gegenwärtig wird unter den potenziellen Nutzern eine Untersuchung durchgeführt, die die Nachfrage nach besonders gewünschten Dienstleistungen ermitteln soll. Diese Techniken sollen in einem aktuellen Bauvorhaben der BGW für etwa 20 Wohnungen umgesetzt werden (z.Zt. Kostenermittlung). Zukünftig sollen diese Dienstleistungen (der Vereinsmitglieder) in der gesamten Region Ostwestfalen-Lippe angeboten werden, so z.B. eine Notrufzentrale mit einer gemeinsamen Telefonnummer, unter der alle Anbieter erreicht werden können. Das Projekt wird über das Land Nordrhein-Westfalen zu 50 Prozent aus ESF-Mitteln finanziert. Die beteiligten Akteure bemühen sich zurzeit um eine Fortführung der Finanzierung nach Ablauf der Förderphase. Die Baukosten für die Wohnungen liegen bei der BGW, die Ausstattung von zwei Referenzwohnungen erfolgt durch Herstellerfirmen.

Darüber hinaus gibt es Projektüberlegungen, z.B. die Idee, über präventive Hausbesuche neue Zielgruppen für die Angebote des Vereins jenseits der klassischen Marketingmaßnahmen zu erreichen.

Der Förderverein erhielt im Februar 2005 im Rahmen der Europäischen Konferenz Seniorenwirtschaft in Bonn eine Anerkennung für sein Informationszentrum (lobende Erwähnung im 1. Wettbewerb Seniorenwirtschaft in Europa 2005, Schwerpunkt Regionale Seniorenwirtschaft-Netzwerke).

pass|gerecht – Handwerk für mehr Lebensqualität

Die Kooperation pass|gerecht wurde 2001, in enger Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft, als GbR gegründet. pass|gerecht ist eine Kooperation von Bielefelder Handwerksbetrieben, die einen Rund-um-Service für den Neu- und Umbau von Wohnraum anbieten. Besonders für ältere und behinderte Menschen bietet pass|gerecht ein Angebot, da sich alle Handwerker, die bei pass|gerecht mitwirken, auf Lösungen für bedarfsgerechtes Wohnen spezialisiert haben. Positiv kommt hinzu, dass die Arbeiten der verschiedenen Handwerksbetriebe von einer Stelle koordiniert werden. Das Serviceangebot von pass|gerecht reicht von der Sanitärinstallation bis zum Heizungsbau, von der Fensterdekoration bis zur Möbelanfertigung, von der Elektroinstallation bis zur Fußbodengestaltung (http://www.passgerecht.de/, 14.3.2006).

Die WEGE moderiert die monatlichen Treffen, organisiert den notwendigen externen fachlichen Input und unterstützt den Aufbau der Kooperationsstruktur und die Netzwerkarbeit. Gegenwärtig werden, unterstützt durch einen Berater, Umstrukturierungen diskutiert. So soll z.B. eine Umbenennung erfolgen in „Teamhandwerker“, mit dem Ziel, neue Kunden zu akquirieren, die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit soll allerdings erhalten bleiben. Festzustellen ist, dass das Angebot von pass|gerecht eine wachsende Nachfrage erfährt, so wurde 2005 eine Steigerung der Nachfrage von etwa 200 Prozent erzielt (Interview).

Wellness- und Gesundheitstourismus 50plus im Teutoburger Wald[16]

Reisen zählen mit zu den wichtigsten Konsumausgaben älterer Menschen. Der Seniorentourismus stellt einen sehr heterogenen Markt dar. Attraktive Reiseziele können Orte sein, die Komfort, Information, Natur, Gesundheit und Sicherheit in den Vordergrund stellen (Krieb/Reidl 1999).

Wellness- und Gesundheitstourismus 50plus im Teutoburger Wald war ein vom Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Landesinitiative Seniorenwirtschaft gefördertes Projekt, das – mit einem Vorlauf von etwa 6 Monaten – in dieser Form vom 1.1.2002 bis 30.6.2004 lief (http://www.teutoburgerwald.de/wellness50plus/frameset.html, 14.3.2006). Die Fördermittel des Landes waren ein zusätzlicher Grund, das Thema Wellness und Tourismus stärker zu besetzen. Es war das erste geförderte Projekt im Rahmen der Seniorenwirtschaft in Bielefeld. Auch Unternehmen beteiligten sich – nach einer Akquisitionsphase – finanziell am Projekt. Das Projekt wurde von der WEGE mbH in Kooperation mit dem Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft (ZIG) und dem Teutoburgerwald Tourismus e.V. durchgeführt.

Im Mittelpunkt des Projektes standen die Entwicklung seniorenspezifischer Tourismusaktivitäten sowie die Vernetzung touristischer und gesundheitsbezogener Dienstleister in den verschiedenen Kommunen und auf der regionalen Ebene. Im Kern geht es darum, die Region für ältere Menschen zu erschließen, die immer schon zu den Kunden gehörten, aber nun stärker zielgruppenorientiert mit neuen Qualitäten (Mehrwert) angesprochen werden sollen. Dazu gehörte es auch, die Beschäftigten entsprechend zu qualifizieren und ein regionales Gemeinschaftsmarketing für den 50plus-Tourismus zu entwickeln. Ein wichtiger Aspekt war, sich selbst tragende Strukturen zu etablieren, die auch nach Auslaufen der Förderung Bestand haben würden.

Im Lauf der Arbeit wurde eine „Qualitätsgemeinschaft TeutoWellness 50plus“ als regionales Netzwerk in Form einer public-private-partnership aufgebaut. Mitglied waren 48 Partner, zu ihnen gehören Hotels und Pensionen, Wellness- und Freizeitanbieter sowie Tourist-Informationen. Das Vermarktungskonzept stellt Wellness und Gesundheit in den Vordergrund, nicht das Thema Alter, die Katalogprodukte sind jedoch sehr übersichtlich und leserfreundlich gestaltet, Titel ist ein attraktives, aktives älteres Paar bzw. Einzelperson.

Die projektbeteiligten Akteure kamen am Ende der Förderphase zu einem positiven Fazit im Hinblick auf Zielgruppenansprache, gemeinsame Vermarktung, Qualifizierung, Erfahrungsaustausch. Ein ökonomischer Effekt lässt sich für einzelne Unternehmen „weich“ nachweisen, die Kausalität ist jedoch nicht eindeutig zu belegen, zudem war die Förderphase zu kurz, die zukünftige Entwicklung muss abgewartet werden.

Die Initiative läuft nach dem Ende der Förderung durch das Land weiter. Es beteiligen sich gegenwärtig 25 Betriebe und Touristinformationen auf der Basis von Kooperationsvereinbarungen an der Weiterführung des Projekts in Eigenregie als Arbeitsgemeinschaft. Räumlich wird die Zusammenarbeit auf weitere Teile des

16 Vgl. dazu Wiehe, Vera, TeutoWellness 50plus. Tourismusförderung in der Region Teutoburger Wald, in: Meyer-Hentschel, Hanne; Meyer Hentschel, Gundolf (Hrsg.)(2006): Jahrbuch Senioren-Marketing 2006/2007. Deutscher Fachverlag GmbH, Frankfurt am Main, S. 315-331.

Teutoburger Walds ausgeweitet. Die Gründe für das Ausscheiden verschiedener Netzwerkpartner sind vielfältig (z.B. Generationswechsel, Investitionsstau, Geschäftsaufgabe). Dabeigeblieben sind die Akteure, die die Schnittstelle Wellness/Gesundheit und Ältere am deutlichsten besetzen. Ein wichtiger Aspekt für die Fortführung der Netzwerkarbeit wird die finanzielle Absicherung der Aktivitäten sein. Dazu sind entsprechende Marketing- und Vertriebsaktivitäten, aber auch ein ausreichendes Netzwerkmanagement erforderlich. Die Netzwerkkoordination erfolgt über eine geringfügig beschäftigte Kraft, die die übergreifende regionale Katalogkoordination und die regelmäßigen Einladungen zu den Netzwerktreffen koordiniert, in enger Bindung an den regionalen Tourismusverband.

Aktivitäten der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH BGW

Wohnen im Alter gewinnt in Bielefeld zunehmend an Bedeutung. Der Anteil betagter Menschen wird in den kommenden Jahren weiter steigen – und damit nimmt auch die Nachfrage nach Angeboten des selbstbestimmten Wohnens im Alter zu. Viele Menschen legen inzwischen Wert darauf, auch bei steigender Hilfebedürftigkeit in der eigenen Wohnung zu leben und bei Bedarf Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen zu können.

Um dieser Nachfrage gerecht zu werden, hat die BGW 1995 gemeinsam mit einem freien Träger (Verein „Alt und Jung e.V.“) und unter Mitwirkung der Stadt Bielefeld ein Konzept entwickelt, das bundesweit einmalig war. 1996 konnte die erste Seniorenwohnanlage bezogen werden, die Wohnungen für pflegebedürftige und (noch) nicht pflegebedürftige Menschen in einer Anlage bereitstellt. Für die (noch) Nicht-Pflegebedürftigen bedeutet dies Unabhängigkeit und gleichzeitig die Garantie einer Betreuung im Bedarfsfall. Solange keine Leistungen in Anspruch genommen werden, fallen keine zusätzliche Kosten für die Mieter an.

Dies ist die Besonderheit des Bielefelder Modells, die Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale. Die Kooperationspartner der BGW sind in den Häusern mit einem Servicestützpunkt vertreten, der rund um die Uhr besetzt ist. Alle Mieter können auf die Hilfs- und Betreuungsangebote zurückgreifen, brauchen aber nur im tatsächlichen Bedarfsfall für die Dienstleistung zu bezahlen. Es können auch andere Anbieter in Anspruch genommen werden (Stede 2004, S. 29-33).

Die Finanzierung erfolgt durch die Mieteinnahmen. Für Wohnungen in öffentlicher Förderung zahlen die Mieter eine Kaltmiete in Höhe von 4,30 Euro/qm. Die Kaltmiete in frei finanzierten Wohnungen beträgt z.Zt. 8,50 Euro/qm (Stand 2005) (http://www.demographiekonkret.aktion2050.de/Bielefeld.59.0.html, 22.3.2006).

Drei weitere Seniorenwohnanlagen befinden sich im Bau oder in Planung. Das Modell wird die BGW in ihren eigenen Beständen flächendeckend realisieren. Bis zum Jahr 2010 sollen in allen Bielefelder Stadtteilen Angebote des selbstbestimmten Wohnens mit Versorgungssicherheit vorhanden sein (BGW (Hrsg.) 2004).

Im November 2005 wurde die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft vom Land Nordrhein-Westfalen mit dem „1. Sonderpreis für Wohnen und personenbezogene Dienstleistung“ für das „Bielefelder Modell“ ausgezeichnet.

Aktivitäten des Evangelischen Johanneswerks

Das Evangelische Johanneswerk ist (mit den von Bodelschwinghschen Anstalten Bethel) einer der beiden weltweit größten Träger diakonischer Einrichtungen mit Sitz in Bielefeld. Es bietet ein breites Spektrum an sozialen, gesundheitsbezogenen und medizinischen Dienstleistungen. Sie sind ein wichtiger Kooperationspartner im „Bielefelder Modell“ der BGW als 24-Stunden-Serviceanbieter (Busse-Bekemeier 2005). Ebenfalls sind sie Mitglied im Förderverein Lebensgerechtes Wohnen e.V. und wirken am Projekt technik-unterstützte Dienstleistungen mit, auch mit der Intention, über diese Projekte die Wirtschaftskraft älterer Menschen zu erschließen.

Bereits seit Anfang der 1990er Jahre unternahm das Evangelische Johanneswerk verstärkt Versuche, mithilfe technischer Unterstützung ältere Menschen in ihren Lebensbereichen zu halten. Ein „Kernprodukt“ ist der 24-Stunden-Hausnotruf, der Serviceangebote über den „klassischen“ Notruf hinaus anbietet. Damit wurde erreicht, dass auch „fittere“ und mobilere Menschen das Angebot in Anspruch nehmen.

Gemeinsam mit der Telekom wurde über zwei Jahre ein Projekt zur Bildtelefonie erprobt, das bei der Zielgruppe vor allem der pflegebedürftigen und weniger mobilen älteren Menschen auf großes Interesse stieß. Das Projekt wurde jedoch eingestellt, da keine ausreichend große Zahl von Menschen bereit war, die monatlichen Gebühren (damals etwa 150 DM) für diese eher „weiche“ Dienstleistung zu zahlen.

Im Jahr 2002 wurde (über 30 Monate) am Forschungs- und Technikentwicklungsprojekt IST@home des 5. Forschungsrahmenprogramms der EU mitgewirkt. Im Kern ging es darum, video-basierte IuK-Dienstleistungen zu akzeptablen Kosten für die Betreuung älterer Menschen einzusetzen, in den Bereichen Telemedizin, Teleunterstützung[17].

Für die Zukunft steht die regionale Ausweitung des Angebots, vor allem in ländliche Regionen, im Vordergrund. Inhaltlich haben die Fortentwicklung von Wohnformen, die quartiernahe Versorgung, die Verbesserung entsprechender Technikangebote, Bedeutung. Gerade im technischen Bereich ist immer wieder festzustellen, dass Unternehmen (noch) nicht bereit sind, in entsprechende Angebote zu investieren und viele Angebote im technischen Bereich an der absehbaren Altersentwicklung vorbeigehen. So sollen z.B. in den nächsten Jahren mobile Notrufangebote im ländlichen Raum angeboten werden. Bei allen Aktivitäten spielt die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen eine große Rolle. inkontakt arbeitet selbst nicht mit ehrenamtlichen Kräften, jedoch viele Partner. Das Thema der kultursensiblen Altenhilfe steckt zurzeit noch „in den Kinderschuhen“.

17 http://icadc.cordis.lu/fep-cgi/srchidadb?CALLER=IST_UNIFIEDSRCH&ACTION=D&RCN=60791&DOC=3&CAT=PROJ&QUERY=1, 22.3.2006.

„Universität der Senioren“ (EZUS: Europäisches Zentrum für universitäre Studien der Senioren)

Ziel ist die Weiterbildung der Zielgruppe 50plus. In einer ersten Phase gibt es drei verschiedene Angebote: ein „Studium Generale“, ein „Studium Bürgerschaftliches Engagement“ und ein „Studium Senior Consultant“.

Beteiligte Akteure sind das ZIG (Zentrum für Innovation in der Gesundheitswirtschaft OWL), OWL Marketing GmbH, die Universitäten Bielefeld und Paderborn. Die Initiative wurde bis Ende 2004 durch das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Programm "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit NRW – Seniorenwirtschaft" gefördert, die Eröffnung der „Senioren-Uni“ fand im Dezember 2005 statt (http://www.zig-owl.de/home/index,id,746.html, 14.3.2006). Die WEGE ist an dieser Initiative nicht beteiligt.

4.3.4 Akteure

Im Bereich Seniorenwirtschaft ist, wie beschrieben, die WEGE mbH ein zentraler Akteur. Daneben gibt es jedoch eine Vielzahl von Kooperationspartnern, die in den beschriebenen Projekten jeweils genannt worden sind und die in den verschiedenen Zusammenhängen in unterschiedlichen Konstellationen kooperieren und arbeitsteilig agieren.

Dies sind zusammenfassend – neben den zahlreichen Netzwerkkontakten mit den verschiedensten Betrieben und Unternehmen – die Kooperation mit der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (z.B. gemeinsame Veranstaltungen, kooperiert bei serviceorientierten Wohnprojekten u.a. mit Evangelischem Johanneswerk), die auch bereit sind, „im Notfall“ finanzielle Unterstützung zu geben, das Ev. Johanneswerk (inkontakt), die Kreishandwerkerschaft, mit der gemeinsam Veranstaltungen zum Thema Handwerkerkooperationen auf den Weg gebracht wurden. Mit der Kreishandwerkerschaft Bielefeld (und Kreishandwerkerschaft Gütersloh) und dem Förderverein Lebensgerechtes Wohnen OWL e.V. wird der gemeinsame Branchenführer für „Lebensgerechte Dienstleistungen rund um das Wohnen“ herausgegeben.

Daneben gibt es Kontakte zur Stadt, auch explizit zur Demographiebeauftragten. Zwar gibt es – wie beschrieben - im operativen Geschäft wenige Schnittstellen. In den erwähnten gemeinsamen Arbeitskreisen (z.B. zur Vorbereitung der Fachtagung „Räume der Zukunft“) findet jedoch ein regelmäßiger Austausch der genannten Netzwerkpartner statt. Verschiedene Arbeitskreise werden temporär und anlassgebunden ins Leben gerufen, entsprechend werden die mitwirkenden Akteure angesprochen und ausgewählt. Damit ändern sich die Netzwerkstrukturen und Kooperationen immer wieder.

Im wissenschaftlichen Bereich findet seit Jahren eine – unterschiedlich intensive, meist projektbezogene – Kooperation mit dem Institut Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen statt.

4.3.5 Finanzierung

Für Bielefeld ist die Gesundheitswirtschaft eine standortprägende Branche mit hoher Beschäftigungsquote und Wirtschaftskraft. Wie beschrieben liegt Bielefeld mit 11 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gesundheitswesen deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Anders dargestellt: von 1000 Einwohnern sind 44 Personen im Gesundheitswesen tätig (Landes-/Bundesdurchschnitt 24). Die Selbständigen und Freiberufler sowie Beschäftigte im Handel, Handwerk und in der Industrie, die dem Gesundheitssektor zuarbeiten, sind in dieser Zahl nicht mitgerechnet. Innerhalb des Dienstleistungssektors ist das Gesundheitswesen mit etwa 26 Prozent das mit Abstand größte Beschäftigungssegment (WEGE mbH Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld (Hrsg.) 2000).

Der Geschäftsbereich „Brancheninitiativen und Unternehmenskooperationen/Netzwerk-unterstützung“ ist ein Kompetenzfeld in der Arbeit der WEGE. Einzelne Projekte, z.B. der Förderverein Lebensgerechtes Wohnen OWL e.V., wurden ohne Fördermittel auf den Weg gebracht, alle Aktivitäten werden von den Mitgliedern über die Bereitstellung von Leistungen und entsprechende Mitgliedsbeiträge erbracht. Teilweise kommen Drittmittel des Landes oder der EU hinzu. Ein großes Problem stellt die Sicherung der Nachhaltigkeit, der Dauerhaftigkeit des Projektansatzes nach Auslaufen der Fördermittel dar. Festzustellen ist, dass ohne finanzielle Förderung verschiedene Themen nicht bzw. nicht in dem entsprechenden Umfang realisiert worden wären. Allerdings machen sich die finanziellen Engpässe auf allen Ebenen auch in der Netzwerkarbeit bemerkbar, es wird zunehmend schwierig für diese Form der Arbeit ausreichend Finanzmittel zu akquirieren.

4.3.6 Bewertung und Perspektiven

Das Thema „Seniorenwirtschaft“ hat sich in Bielefeld aus dem Handlungsfeld Gesundheitswirtschaft entwickelt. Bielefeld bot bereits eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten und Potenzialen in der Gesundheitsbranche innerhalb der Gesundheitsregion Ostwestfalen-Lippe, die thematische Schwerpunktsetzung hat sich nicht aus einem „luftleeren“ Raum entwickelt.

Bielefeld verfügt im Handlungsfeld „Gesundheits- und Seniorenwirtschaft“, in der Bearbeitung der einzelnen Themen, in der Identifikation neuer Themen, in der Kooperation mit den verschiedenen Akteuren, in der Finanzierung der Aktivitäten mittlerweile über mehr als zehn Jahre Erfahrung und hat sich zu einem „Kompetenzzentrum“ im Handlungsfeld entwickelt, das auch bundesweit so wahrgenommen wird. Die Arbeit „trägt Früchte“ und entwickelt sich weitgehend zum „Selbstläufer“.

Damit ist im Rahmen der regelmäßigen Analyse der Geschäftspolitik der Wirtschaftsförderungsgesellschaft auch nicht auszuschließen, dass die politische Entscheidung getroffen wird, das Geschäftsfeld „Seniorenwirtschaft“ zugunsten neuer Themen- und Geschäftsfelder zurückzustufen, trotz der absehbaren demographischen Entwicklung. Gerade im Bereich Seniorenwirtschaft ist vieles Entwicklungsarbeit für kleinere Unternehmen, vielfach auch für das Handwerk. Wenn dieser Anstoß erfolgt ist, kann dies für die Akteure der Wirtschaftsförderung bedeuten, sich aus den Aktivitäten und Prozessen zurückzuziehen und in neuen Themenfel-

dern initiativ zu werden, um dort ähnliche „Entwicklungsarbeit“ zu leisten, wie es eine der „klassischen“ Aufgaben von Wirtschaftsförderung im Rahmen der lokalen Bestandspflege ist.

In der Einschätzung der beteiligten Akteure ist die Kopplung von Netzwerk- und Branchenansatz ein unverzichtbares Element in der Bearbeitung des Themenfeldes Seniorenwirtschaft. Erst durch die Kooperationen entstehen die Synergien, die es möglich machen, sich mit dem Thema und Aktivitäten zu positionieren und das Feld zu besetzen. Wichtig ist es, die „richtige“ Idee zu entwickeln, die geeigneten Partner anzusprechen, das Geschäftsfeld zu besetzen und – wenn möglich– eine Finanzierung zu akquirieren. Die Erfahrung zeigt, dass Akteure, die zu früh und unkoordiniert versucht haben das Thema zu besetzen, meist auch relativ schnell wieder vom Markt verschwunden sind.

Tatsache ist jedoch, dass in den Kooperationen immer wieder Schnittstellenprobleme auftreten können, die sich daraus ergeben, dass das, was das Kerngeschäft z.B. für die Akteure der WEGE ist, nicht das Kerngeschäft für andere Kooperationspartner ist, mit entsprechenden Folgen für Arbeitsteilung und -belastung. Kooperationen, Netzwerkprozesse bedeuten Aufwand.

Zentrale Bestandteile von Netzwerkprozessen sind die Ressourcen Konsens, Vertrauen, Kommunikationsfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft, Transparenz und „Klima“, die aufgebaut, gepflegt und weiterentwickelt werden müssen. Kooperationen beruhen vielfach auf persönlichen Beziehungen (personale Netzwerke) und auf Freiwilligkeit. Diese sind, wie die Praxis immer wieder zeigt, für den Erfolg von Kooperationen außerordentlich wichtig. Neue Kooperationen zu initiieren und aufzubauen ist aufwändig und braucht Zeit. Vorteile ergeben sich, wenn an bereits gut funktionierende Kontakte/Kooperationsbeziehungen angeknüpft werden kann, wie dies in Bielefeld inzwischen durch die jahrelange Arbeit im Handlungsfeld der Fall ist. Der „Vertrauensvorschuss“ infolge bestehender personaler Netzwerke ist ein wichtiger fördernder Faktor neuer Kooperationsansätze.

Leitfiguren/-Persönlichkeiten können – allein durch die „Kraft ihrer Person“ – Aktivitäten fördern. Akteure, die Projekte voranbringen und mit ihnen identifiziert werden, sind (mit-)entscheidend für deren Erfolg. Sie sind von besonderer Bedeutung, um entsprechende Bemühungen in Gang zu setzen und zu fördern. Diese Personen, die immer wieder versuchen, neue Projekte zu konzipieren, zu initiieren, Finanzmittel zu akquirieren, gibt es auch in den verschiedenen Einrichtungen in Bielefeld. Damit besteht allerdings die Gefahr, dass mit dem Ausscheiden dieser Personen die Prozesse insgesamt zum Erliegen kommen. Daher ist es unverzichtbar, eine „Nachhaltigkeit“ zu entwickeln, die gewährleistet, dass diese personalen Netzwerke der Zusammenarbeit Bestand haben.

Eine große Herausforderung stellt die „richtige“ Vermarktung der Produkte und Dienstleistungen im Bereich der Seniorenwirtschaft dar. Dies ist eine Erfahrung, von der alle Akteure, die im Themenfeld Seniorenwirtschaft engagiert sind, berichteten. Die gesellschaftlichen Bilder zum Thema „Alter“ sind tendenziell eher mit negativen Konnotationen verbunden. Damit sind auch die Begriffe „älter“, „alt“, „Senior“, aber auch „50+“ schwierig in der Verwendung. Hinzu kommt nämlich auch, dass sich Menschen dieser Altersgruppe eher 10 bis 15 Jahre jünger fühlen als sie tatsächlich sind und z.B. in den Bildern der Werbung eine Identifizierung nur mit Personen erfolgt, die deutlich jünger sind. Der Fokus liegt in Bielefeld auf

einer Betrachtung von Lebensstilgruppen (nicht seniorenspezifisch), es werden unterschiedliche Lebenswirklichkeiten angesprochen und vermittelt („Eiertanz ums Seniorenmarketing“, Interview).

In der Einschätzung der Akteure der Wirtschaftsförderung könnten sich die Schwierigkeiten zukünftig eher noch intensivieren, da die Diskrepanz zwischen der Nachfrage nach Leistungen (Zunahme der alten Bevölkerung durch die demographische Entwicklung), den Kosten und den Finanzierungsmöglichkeiten durch den Einzelnen (Zahl der gut situierten älteren und alten Menschen wird kleiner) wachsen wird. Hier wird es zunehmend notwendiger, über bezahlbare Lösungen nachzudenken.

4.4 Fallstudie 3: Osnabrück

Die Fallstudie Osnabrück besteht aus drei Teilen. Dargestellt werden die Aktivitäten des Landkreises Osnabrück, der Samtgemeinde Artland im Landkreis und ausgewählte Handlungsansätze der Stadt Osnabrück. Allen drei Beispielen ist gemeinsam, dass die Akteure sich aus unterschiedlichen Motiven bereits seit mehreren Jahren mit dem Thema des demographischen Wandels in seiner Breite auseinandersetzen und Aktivitäten entwickelt haben. Darin spielt auch das im Projektzusammenhang im Vordergrund stehende Thema der alternden Bevölkerung und der „Potenziale des Alterns“ eine Rolle, eingebunden in ein strategisches Vorgehen.

Ausführlicher dargestellt werden die Handlungsansätze des Landkreises, da am Beispiel der Verwaltungsform „Landkreis“ zugleich die Frage von Kooperation (von Gemeinden) stärker untersucht werden sollte. Als Beispiel für auf Gemeindeebene „heruntergebrochene“ Aktivitäten wird der Ansatz des Gemeindeentwicklungskonzepts der Samtgemeinde Artland beschrieben. Stadt und Landkreis Osnabrück haben eine relativ lange „Tradition“ im Feld des bürgerschaftlichen Engagements. Für die Stadt Osnabrück wird hier die Lokale Agenda 21 hervorgehoben und im Bezug auf das Thema „Potenziale des Alterns“ beschrieben. Zum anderen wird das Thema „Kooperation“ (und Konkurrenz) am Beispiel der Kooperationsbezüge mit dem Landkreis beleuchtet.

Der Landkreis Osnabrück und die kreisfreie Stadt Osnabrück liegen im Südwesten Niedersachsens. Der Landkreis umfasst insgesamt 34 Gemeinden, darunter die Samtgemeinde Artland als eine von vier Samtgemeinden im Landkreis. Die Stadt Osnabrück ist mit 165.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt und eines der Oberzentren Nieder-sachsens.

Demographische Struktur und Entwicklung[18] (Landkreis Osnabrück)

	1990	**2002**	**2020**
Bevölkerung Landkreis Osnabrück	309.900	356.900 (+15%)	356.300
Zahl der 60-80-Jährigen	48.100	64.200 (+34%)	74.500 (+16%)
Anteil der 60-80-Jährigen (in %)	15	18	21

Demographische Struktur und Entwicklung[19] (Stadt Osnabrück)

	1990	**2002**	**2020**
Bevölkerung Stadt Osnabrück	163.200	164.600 (+0,08%)	146.300
Zahl der 60-80-Jährigen	29.500	32.600 (+9%)	29.900 (- 9%)
Anteil der 60-80-Jährigen (in %)	18	20	20

Zielsetzung der Aktivitäten

Der Landkreis Osnabrück entwickelte ein Handlungskonzept, das sich neben der Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen auch auf die Positionierung des Kreises als Zuzugsregion stützt, mit dem Ziel, Standortqualitäten langfristig zu sichern und auf den demographischen Wandel auszurichten. Mit der Entwicklung eines Samtgemeindeentwicklungskonzepts versucht die Samtgemeinde Artland, sich als Kompetenzzentrum für Reha- und Gerontotechnologie zu positionieren. Die Stadt Osnabrück verfügt über eine lange Erfahrung in der „klassischen" Seniorenarbeit. In der Arbeit in der Lokalen Agenda 21 spielt auch das Thema „Ältere Menschen" in unterschiedlichen thematischen Bezügen eine wichtige Rolle.

Kooperationsstrukturen

Im Landkreis Osnabrück übernimmt die Kreisverwaltung die Koordination und Evaluation der Umsetzung der ressortübergreifenden Handlungsschwerpunkte. Bei einzelnen Projekten findet eine fachliche Zusammenarbeit mit der Stadt Osnabrück und der Samtgemeinde Artland statt. Das Samtgemeindeentwicklungskonzept Artland entstand unabhängig von dem Handlungskonzept des Landkreises.

Finanzierung

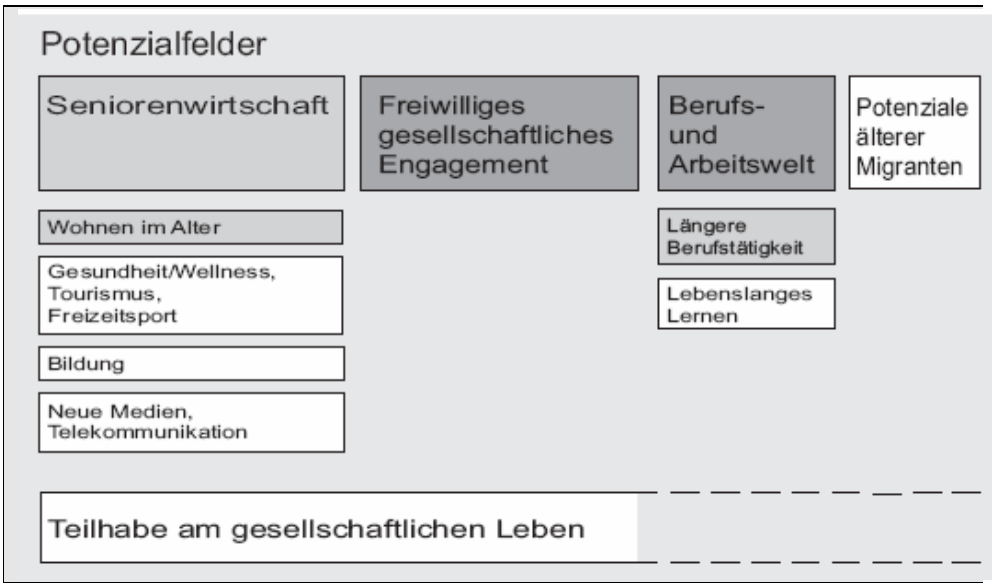
Die Finanzierung der Einzelprojekte im Landkreis Osnabrück erfolgt über die Haushaltsmittel der zuständigen Fachressorts. Hinzu kommen Mittel aus der Gemeinschaftsinitiative EQUAL des Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Landesmodellprojekte erhalten eine Förderung durch das Land Niedersachsen. Die Projekte in der Stadt Osnabrück werden in erster Linie aus Haushaltsmitteln finanziert.

Maßnahmen und Projekte

Der Landkreis engagiert sich überwiegend in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen („Chancen im Älterwerden", Freiwilliges Soziales Projekt) und in der Nutzung der Potenziale älterer Menschen in der Berufs- und Arbeitswelt.

In der Samtgemeinde Artland sollen in erster Linie Potenziale der Seniorenwirtschaft genutzt werden. Auftakt ist eine Wirtschaftsschau „Märkte für Senioren", die im Herbst 2006 in Quakenbrück stattfinden wird. In den hier dargestellten Aktivitäten der Stadt Osnabrück steht das freiwillige Engagement im Vordergrund.

18 Die Zahlen basieren auf der Bevölkerungsprognose 2020 des BBR.
19 Die Zahlen basieren auf der Bevölkerungsprognose 2020 des BBR.



4.4.1 Landkreis Osnabrück – Gesamtstrategisches Konzept „Demographischer Wandel im Landkreis Osnabrück“ – Seniorenbezogene Projekte

4.4.1.1 Demographischer Wandel im Landkreis Osnabrück

Der demographische Wandel wird im Landkreis Osnabrück als zentrale Herausforderung begriffen. Die Federführung für das Handlungskonzept und die Strategiefindung sowie die Evaluation der Umsetzung liegen beim Referat für Strategische Steuerung und Kreisentwicklung. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe Demographie koordiniert seit 20032 die Aktivitäten innerhalb der Kreisverwaltung.

Im Rahmen der Strategiefindung wurde die Bewältigung des demographischen Wandels 2003 als mittelfristiges Entwicklungsziel in die Kreisplanung integriert (Standortqualitäten sichern, ausbauen und auf den demographischen Wandel ausrichten).

Wichtiger Analysebaustein war die kleinräumige Bevölkerungsprognose für alle Einheits- und Samtgemeinden sowie deren Mitgliedsgemeinden auf Grundlage des vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover entwickelten Prognosemodells. Die Prognose zeigt, dass auch der verhältnismäßig „junge“ Landkreis Osnabrück von der Altersverschiebung in der Bevölkerung erheblich betroffen sein wird. Dies gilt besonders, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre in die Phase der Hochaltrigkeit eintreten. Die aktuelle Geburtenrate für den Landkreis liegt mit 1,6 Kindern pro Frau zwar über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Bemerkenswert ist die sehr unterschiedliche kleinräumige Dynamik. Hohe Zuwanderungsraten von Spätaussiedlern mit zum Teil freikirchlicher Bindung sorgen besonders in einigen Gemeinden im Nordkreis für hohe Geburtenraten von über zwei Kindern pro Frau.

Weitere Datengrundlage sind die von der Wirtschaftsförderung des Landkreises in Auftrag gegebene Studie „Wirtschaft und Arbeitsmarkt 2010“ (Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung) und die Portfolioanalyse als Analyse-Werkzeug

für Städte und Gemeinden, die der Landkreis 2005 erstellte. Seit April 2006 steht die Portfolioanalyse den Bürgermeistern aller Gemeinden zur Verfügung.

Mit der „Zwei-Wege-Strategie“ wurde ein ganzheitliches und ressortübergreifendes Handlungskonzept für die Kreisverwaltung entwickelt, das sich neben der Anpassung an veränderte Nachfragestrukturen auch auf die Positionierung des Kreises als „Kinderfreundliche Kommune“ und weiter als Zuzugsregion stützt. Im Rahmen des Strategieworkshops mit allen Vertretern der Gemeinden entstand das Motto „Osnabrücker Land – Familienland!“.

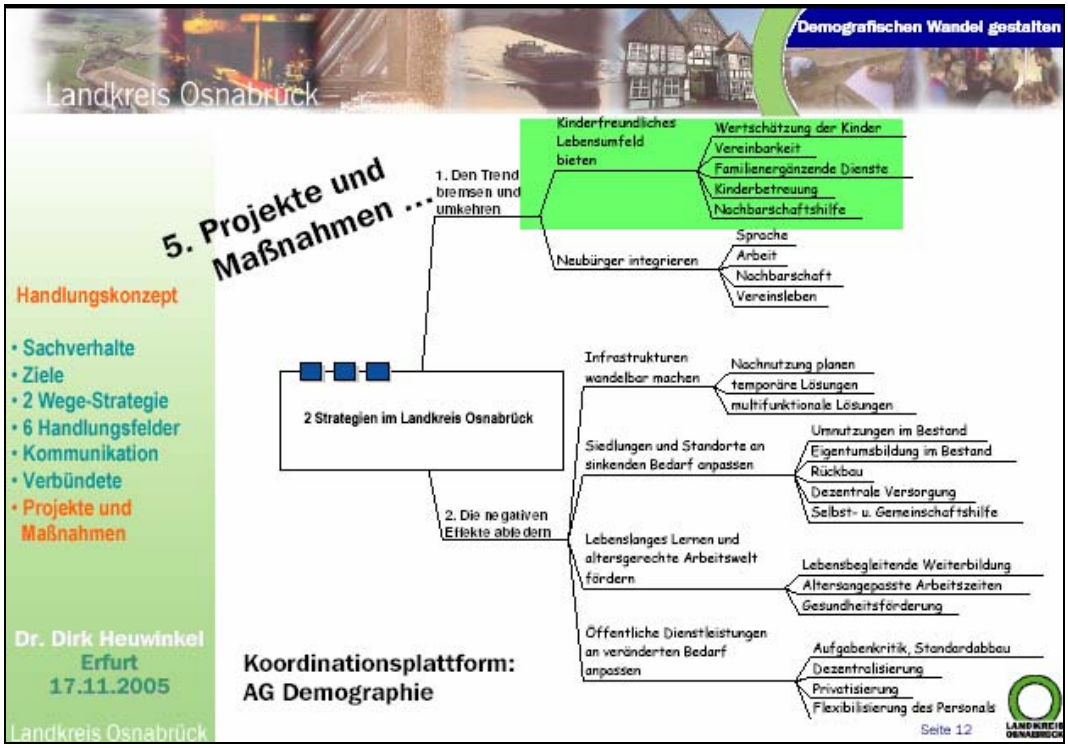
Der erste Weg der sog. Zwei-Wege-Strategie stellt Ansätze in den Vordergrund, die versuchen, der „Überalterung“ der Bevölkerung und den damit einhergehenden veränderten Bedarfsstrukturen im Bereich der Versorgungs- und Infrastrukturangebote Rechnung zu tragen. So wurden vier kommunale Handlungsfelder definiert: Öffentliche Infrastrukturen wandelbar gestalten, Standorte und Siedlungen der veränderten Nachfrage anpassen, Lebenslanges Lernen und eine altersgerechte Arbeit fördern sowie öffentliche Dienstleistungen der neuen Nachfrage angleichen. Hier geht es vor allem um einen Umgang mit den Folgen, um die Bewältigung des demographischen Wandels (reaktive Strategieansätze).

Der zweite Weg zielt vor allem auf die „Integration der Neubürger“ und die „Schaffung eines kinderfreundlichen Umfeldes“ und beschreibt damit Ansätze, die den demographischen Wandel aktiv zu beeinflussen versuchen (aktive Strategie). Damit soll dem so genannten Echoeffekt, also der „Unterjüngung“ der Bevölkerung (es werden weniger Kinder geboren, die ihrerseits weniger Kinder bekommen), Rechnung getragen werden.

4.4.1.2 Die Zwei-Wege-Strategie, Projekte und Maßnahmen

Die „Zwei-Wege-Strategie“ und die daraus abgeleiteten sechs Handlungsfelder bilden den Rahmen. Im Sinne umsetzungsorientierter Zielsetzungen für das strategische Management werden jährlich Handlungsschwerpunkte erarbeitet, die dem Oberziel, der Bewältigung des Demographischen Wandels, dienen. Für das Jahr 2006 wurden unter anderem folgende Handlungsschwerpunkte definiert: „Lebenslanges Lernen und alternsgerechte Arbeitswelt fördern“, „Kreis-, Stadt- und Gemeindeentwicklung auf den demographischen Wandel ausrichten“ und „Clever alt werden ermöglichen – Seniorengerechtes Umfeld schaffen“, „Förderung des Bürgerengagements“.

Abbildung 4: Projekte und Maßnahmen



Quelle: Dr. Dirk Heuwinkel, Vortrag am 17.11.2005 in Erfurt.

Die Handlungsschwerpunkte haben eine Laufzeit von zwei bis drei Jahren und stellen konkrete Zielsetzungen des Kreises dar. Die Umsetzung der Handlungsschwerpunkte erfolgt über Einzelprojekte und Maßnahmen, jeweils in Kooperation mehrerer Fachdiensten. Beispiel: Das Projekt „Chancen wahren – Zukunft sichern" ist an der Umsetzung des Handlungsschwerpunktes „Altersgerechte Arbeitswelt fördern" beteiligt. Zuständig ist der Bildungskoordinator im Sozialdezernat, die Unternehmen werden über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft angesprochen. Der Landkreis ist dabei vor allem Ansprechpartner und Koordinator, in einigen Fällen auch der Initiator von Projekten. Er stellt Sachinformationen, Analyse- und Prognosedaten zur Verfügung, steht den Akteuren bei der Umsetzung der Projekte mit personellem Know-how, aber auch mit materieller Unterstützung in Form von finanziellen Zuschüssen zur Seite.

Im Folgenden sollen aus der Vielzahl der in den verschiedenen Handlungsschwerpunkten entwickelten Projektideen einige ausgewählte Ansätze, die in der Arbeit schon relativ weit fortgeschritten oder bereits abgeschlossen sind, kurz beschrieben werden.

Längere Berufstätigkeit – Alternsgerechte Arbeit in Unternehmen

Altersstrukturanalysen zeigen, dass sich die Personalsituation der Unternehmen deutlich ändern wird: Die Belegschaften werden immer älter, die geburtenstarken Jahrgänge scheiden bald aus den Unternehmen aus, und die Nachwuchsgewinnung wird teilweise bereits heute schwierig.

Das Projekt „*Chancen wahren – Zukunft sichern*“ verfolgt das Ziel, ein Netzwerk für alternsgerechte Arbeit in Unternehmen aufzubauen. Das Projekt ist Teil einer Entwicklungspartnerschaft im „Netzwerk für alternsgerechte Arbeit – NETAB“, in dem sich unter Leitung des Bildungswerks Niedersächsischer Volkshochschulen, Partner aus Industrie, Wissenschaft, Weiterbildung und öffentliche Organisationen zusammengeschlossen haben (www.netab.de). Ziel ist es, eine Wende in der Personalpolitik im Umgang mit älter werdenden Belegschaften zu erreichen. NETAB ist Teil eines Projektverbunds im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL. Der Landkreis Osnabrück tritt als strategischer Partner auf, der die vorhandenen Ansätze zu transportieren und zu multiplizieren versucht.

Zusammen mit den beteiligten Akteuren wurden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Wichtige Inhalte waren zum einen Öffentlichkeitsarbeit und die Sensibilisierung der Unternehmen für das Thema, besonders im Hinblick auf die Schaffung eines Bewusstseins für die Problematik und ein nachhaltiges Entgegensteuern.

Die Informationsveranstaltungen führten zur Bildung eines Arbeitskreises, bestehend aus sieben Unternehmen ganz unterschiedlicher Größe (50 bis 8000 Mitarbeiter). In diesem Arbeitskreis wurden Workshops zu verschiedenen Themen veranstaltet. Auf der Basis von betrieblichen Selbstanalysen wurden unter anderem Altersstrukturanalysen durchgeführt und Arbeitsfähigkeitsprofile erstellt. Es wurden Ansätze erarbeitet, wie Unternehmen die Kompetenz und das Potenzial älterer Arbeitnehmer nutzen und auch mit einem steigenden Anteil älterer Mitarbeiter ihre Innovationsfähigkeit erhalten und ausbauen können. Es wurden drei „große“ Handlungsempfehlungen für eine alternsgerechte Unternehmensplanung entwickelt: Im Vordergrund stehen eine kontinuierliche Qualifikation der Fachkräfte, der rechtzeitige Wissenstransfer auf jüngere Mitarbeiter und strukturierte Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und der Mitarbeitermotivation (Pressemitteilung des Landkreises Osnabrück, 2005). Als ein Ergebnis des Projektes wurde eine Handreichung für Unternehmen herausgegeben, in der neben allgemeinen Informationen über die Auswirkungen des demographischen Wandels für die Personalentwicklung der Unternehmen auch Anleitungen zur betrieblichen Selbstanalyse beschrieben sind. Darüber hinaus enthält die Strategiehilfe mit dem Titel „Fit für den demographischen Wandel“ auch einen Quick-Check, der es den Unternehmen ermöglichen soll, eventuellen Handlungsbedarf selbst festzustellen.

Finanziert wird das Projekt aus Mitteln der Gemeinschaftsinitiative EQUAL und dem Förderprogramm des Europäischen Sozialfonds. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fungiert als oberste Koordinierungsstelle.

„*Chancen wahren – Zukunft sichern*“ fand in Zusammenarbeit mit dem Industriellen Arbeitgeberverband Osnabrück–Emsland, der Kreishandwerkerschaft Osnabrück und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Osnabrücker Land (WIGOS) statt. Die Kooperation mit der WIGOS erwies sich als besonders fruchtbar, da aufgrund der vorhandenen Kontakte ein breites Spektrum an kleineren und mittelständigen Unternehmen erreicht werden konnte.

Probleme bei der Umsetzung ergaben sich vor allem aus der Schwierigkeit, den perspektivischen Ansatz (15 Jahre) des Projektes zu transportieren. Besonders kleinere Unternehmen denken und planen eher in kürzeren Zeiträumen. Konkrete

unternehmerische Fallbeispiele, die die Handlungsempfehlungen umsetzen und die Aktivierung älterer Arbeitnehmer realisieren, gibt es daher bislang nur wenige.

Obwohl das Projekt insgesamt gut angenommen wurde, konnte sein Potenzial noch nicht voll ausgeschöpft werden. Das Problembewusstsein, damit verbunden die Bereitschaft zur Teilnahme und das Interesse an einem solchen Projekt ist in vielen Unternehmen noch zu wenig ausgeprägt.

Für das Jahr 2006 ist eine weitere Vortragsreihe mit dem Schwerpunkt Gesundheitsprävention geplant. Die Anregung eines Diskussionsprozesses und die Sensibilisierung für die Problematik sind auch weiterhin wichtige Ziele für die Arbeit im Projekt, aber auch für die Umsetzung des Handlungsschwerpunktes „Lebenslanges Lernen und Alternsgerechte Arbeitswelt fördern ".

Bürgerschaftliches Engagement

Im Handlungsfeld bürgerschaftliches Engagement wurden/werden verschiedene Projekte auf den Weg gebracht.

Das Projekt *„Chancen im Älterwerden"* wurde als dreijähriges Modellprojekt des Landes Niedersachsen von November 2002 bis 2005 durchgeführt. Ziel war es, bürgerschaftliches Engagement der Älteren stärker zu fördern. Ausgangspunkt war die Erkenntnis, dass tief greifende strukturelle und gesellschaftliche Veränderungen den Lebensalltag im ländlichen Raum wandeln würden. Besonders betroffen sind davon ältere Menschen, die zugleich über spezielle Erfahrungen und Kompetenzen verfügen, die als Potenzial dem gesellschaftlichen Leben nicht verloren gehen dürfen. Daraus entstand das Konzept einer Plattform für ältere Menschen, in der sie ihre Erfahrungen und Ideen einbringen können. Das Projekt „Chancen im Älterwerden" will Rahmenbedingungen schaffen, die älteren Bürgern, speziell des ländlichen Raums, die Teilnahme am politischen und sozialen Leben ermöglichen.

Beteiligt waren sieben Kommunen (Hasbergen, Hilter, Bad Laer, Bad Iburg, Hagen, Melle, Bissendorf) aus dem südlichen Osnabrücker Land. Der Landkreis Osnabrück sowie die Kreisarbeitsgemeinschaft der ländlichen Erwachsenenbildung waren als Kooperationspartner an der Durchführung des Projektes beteiligt. Trägerverein ist das „Netzwerk Miteinander e.V.". Während der Organisation von Bildungs- und Kulturveranstaltungen für Ältere entstand seitens des Vereins der Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung der Akteure, aus dem letztendlich die Projektidee geboren wurde. Als Modellprojekt des Landes Niedersachsen wurde „Chancen im Älterwerden" mit 30.000 Euro jährlich vom Sozialministerium Niedersachsen gefördert. Der Landkreis Osnabrück unterstützte das Projekt mit 6000 Euro pro Jahr für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Neben der finanziellen Unterstützung stellte der Landkreis auch Sachinformationen und fachlichen Input durch sein Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt zur Verfügung.

Schwerpunkt des Projektes war es, Ideen und Initiativen von Bürgern zu bürgerschaftlichem Engagement in klare Aktionen umzuwandeln. Dies geschah in verschiedenen Veranstaltungen (z.B. Fotowettbewerbe, Ideenwerkstätten, Theaterwerkstätten, Vorträge). Dabei waren das Herstellen von Kontakten und die Vernetzung aller beteiligten Akteure von zentraler Bedeutung. Grundsätzlich wurden

zur Umsetzung einzelner Ideen immer konkrete örtliche Ansatzpunkte und Ansprechpartner einbezogen. Diese „inselhafte“ Vorgehensweise ermöglichte es, Erfahrungswerte anderer Kommunen oder Personen, die allerdings immer wieder auf individuelle Bedingungen abgestimmt werden mussten, aufzunehmen. Es entstand ein Netz von Kooperationspartnern auf Grundlage vieler Einzelaktivitäten. Die spätere Verselbstständigung der Aktivitäten war eines der wichtigsten Ziele des Projektes. Das Aufgreifen der Ideen vor Ort ermöglicht eine starke Identifikation der beteiligten Akteure, dies erhöht die Chancen auf eine Weiterführung der Aktionen auch nach Abschluss des Projektes (Abschlussbericht „Chancen im Älterwerden“, S. 4).

Geleitet wurde das Projekt von zwei ehrenamtlichen Mitarbeitern, die in ihrer Rolle als Projektleiter für das Akquirieren von Fördermitteln, die finanziellen Ausgaben und die Herstellung von Kontakten zu möglichen Kooperationspartnern zuständig waren. In Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen waren zwei weitere Mitarbeiter im Auftrag des Netzwerks Miteinander hauptamtlich beschäftigt. Sie waren in erster Linie für die Öffentlichkeitsarbeit und die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit zuständig. Darüber hinaus waren sie als Vermittler zu den Akteuren vor Ort tätig, dies führte zu einer intensiven Rückkopplung zwischen lokalen Akteuren und ehrenamtlichen Projektleitern. Das Zusammenwirken von Ehrenamt und Hauptamt erwies sich für die Durchführung als sehr vorteilhaft (Abschlussbericht „Chancen im Älterwerden“, S. 5).

Das Projekt zeigt, wie wichtig Offenheit für neue Ideen und die Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen durch lokale Entscheidungsträger, insbesondere die Bürgermeister, für den Erfolg eines Projektes sind. Besonders positiv ist es, wenn neue Projekte an bereits bestehende lokale Erfahrungen und positive Kooperationserfahrungen anknüpfen können. Ein zusätzlicher Mehrwert ergibt sich daraus, dass bestehende Kontakte genutzt werden können, um für Projekte zu werben.

Probleme ergaben sich vor allem bei der Umsetzung, die in Zusammenarbeit mit Vereinen und kirchlichen Trägern stattfand. In einigen Kommunen bestand Konkurrenz zwischen den einzelnen Gemeindeteilen, womit eine Vernetzung der Aktivitäten deutlich erschwert wurde. Ein weiteres Problem betraf das Selbstbild/Selbstverständnis der älteren Menschen. Die Zielgruppe von „Chancen im Älterwerden“ waren Menschen ab 55 Jahren. Die Verwendung des Begriffs „Senioren“ bei Aufrufen zu Veranstaltungen führte allerdings dazu, dass sich die Generation 75+ angesprochen fühlte. Erst nachdem in Ankündigungen und Pressemitteilungen bewusst auf eine Altersangabe verzichtet wurde, konnten auch jüngere Menschen erreicht werden. Der Begriff „Senioren“ ist eher negativ besetzt, man verbindet damit in erster Linie „alte Menschen“, die Generation 55+ identifiziert sich damit nicht.

Als Modellprojekt des Landes Niedersachsen startete im Mai 2006 die erste Projektgruppe zu einem freiwilligen sozialen Jahr für Senioren. Das *Freiwillige Soziale Projekt* (FSJ 50+) reagiert auf den wachsenden Wunsch älterer Menschen nach freiwilligem sozialen Engagement und ehrenamtlichen Tätigkeiten. Bedarf und Nachfrage sollen (optimal) zusammengeführt werden (Parallelprojekt in Hannover). Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt und wird durch das Land Niedersachsen und den Landkreis Osnabrück gefördert. Der Träger ist der 2002 gegründete

Verein "Rückenwind für Bürgerengagement e.V.“, der das Ehrenamt durch professionelles Know-how und Erfahrungswissen stützen will.

Die Einsatzfelder für Teilnehmer am FSJ 50+ sind sozialpflegerische Einrichtungen, Kirchengemeinden und Vereine. Ein Teilnehmer kann maximal ein Jahr mitwirken, seine wöchentliche Arbeitszeit variiert zwischen einem und zwei Werktagen in der Woche. Die Einsatzstellen übernehmen eine Sachkostenerstattung sowie die Kosten für externe Fortbildungen und die fachliche Begleitung der Teilnehmer. Neben dem Verein Rückenwind sind das Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt des Landkreises Osnabrück, die Landvolkshochschule Oesede und der Diözesancaritasverband an dem Projekt beteiligt. Von dem Projekt erwarten sich die Akteure einen dreifachen Nutzen:

- Senioren erleben eine aktive Gestaltung ihres Ruhestands,
- die Lebensqualität hilfsbedürftiger Menschen in sozialen Einrichtungen wird durch stärkere Betreuung gesteigert und
- Anbieter und Träger sozialer Dienste werden entlastet.

In der Initiative „*Ältere für Ältere*“ werden ältere Menschen zu *Seniorensicherheitsberatern* im Rahmen der Kriminalitätsprävention ausgebildet. Die Qualifizierung erfolgt im Rahmen von Kursen, in denen die Teilnehmer zu Referenten oder Beratern ausgebildet werden, um als Ansprechpartner zu Fragen der Sicherheit von Senioren in ihrem engeren Umfeld am Aufbau eines öffentlichen Sicherheitsnetzes mitwirken (www.lkos.de). Zusammen mit dem Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt ist die Volkshochschule an der Durchführung des Projektes beteiligt. Anstellungsträger ist der Verein „Rückenwind für Bürgerengagement e.V.“.

Darüber hinaus wurden im Landkreis in drei Kursen ältere Menschen zu ehrenamtlichen *Seniorenbegleitern* ausgebildet. Dazu gehörte ein Praktikum in einer sozialen Einrichtung, in erster Linie sollen Seniorenbegleiter die Personalsituation in den Pflegeheimen unterstützen. Gleichzeitig wurde das Management der sozialen Einrichtungen speziell im Umgang mit den ehrenamtlichen Seniorenbegleitern geschult.

Seniorenwirtschaft

Im Herbst 2005 beteiligte sich der Landkreis Osnabrück aktiv an der von der Stadt und Stadthalle Osnabrück in Kooperation mit der Lokalen Agenda 21 Osnabrück durchgeführten Messe für Menschen ab 50 „Mach was! Zukunft planen und genießen“.

Im Rahmen des Samtgemeindeentwicklungskonzepts Artland werden im Herbst 2006 ein Fachkongress und eine Wirtschaftsschau zum Thema „Märkte für Senioren“ in Quakenbrück stattfinden. Der Landkreis Osnabrück beteiligt sich an dem Fachkongress.

Das Thema Seniorenwohnen wurde in der Gemeinde Bissendorf im Landkreis aktiv angegangen. In einer „aktivierenden Einwohnerbefragung“ wurden die Einwohner (u.a. von großen Einfamilienhäusern) zu ihrer Wohnzukunft befragt. Es ist absehbar, dass weitere Gemeinden diesen Ansatz aufgreifen werden.

Auch das Thema „Nahversorgung“ soll zukünftig intensiv bearbeitet werden. Eine Planerwerkstatt mit den Nordkreisgemeinden arbeitet im Jahr 2006 unter Mitwirkung eines externen Beraters das Thema der Nahversorgung in ländlichen Gemeinden auf. Hintergrund ist die Beobachtung, dass die intensiven Umwälzungen im Lebensmitteleinzelhandel und in der Nahversorgung u.a. zu einem neuen, weitmaschigeren Netz von Lebensmittelgeschäften an dezentralen Standorten führen. Ziel ist es, Versorgungssicherheit zu gewährleisten (z.B. über mobile Lösungen) und Versorgungsengpässe so weit möglich zu minimieren.

4.4.1.3 Akteure und Kooperationen

An den Projekten ist eine Vielzahl unterschiedlichster öffentlicher, intermediärer und privater Akteure beteiligt.

Innerhalb der Kreisverwaltung koordiniert und evaluiert das Referat für strategische Steuerung und Kreisentwicklung die Umsetzung der Handlungsschwerpunkte im Rahmen der „Zwei-Wege-Strategie“.

Unterstützend wird im Handlungsschwerpunkt bürgerschaftliches Engagement das Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt tätig. Es fungiert als Verbindungsstelle zwischen engagierten Menschen, ratsuchenden Bürgern und professionellen Einrichtungen. Es verfügt über ein Kontaktnetz in den Städten und Gemeinden zur besseren Koordination ehrenamtlicher Arbeit. Neben der Qualifikation, Vernetzung und der Förderung des Erfahrungsaustausches ist es ein wichtiges Ziel des Büros für Selbsthilfe und Ehrenamt, neue Ideen zu bürgerschaftlichen Engagement bekannt zu machen und deren Nachahmung anzuregen. Das Büro versteht sich als unterstützende Struktur auf der Verwaltungsebene, die Hilfestellungen zu bürgerschaftlichen Initiativen leistet, um zu verhindern, dass kleine, interessante Projekte an dem hohen koordinatorischen Aufwand scheitern.

Der Verein „Rückenwind für Bürgerengagement e.V.“ (Zusammenschluss ehrenamtlich engagierter Bürger) arbeitet eng mit dem Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt zusammen und übernimmt dabei die Lobby-Arbeit und die Stärkung einer Anerkennungskultur des Ehrenamtes, aber auch das Einwerben von Geldmitteln (www.lkos.de).

Das Referat für Strategische Steuerung und Kreisentwicklung übernimmt die Evaluation der Projekte innerhalb der Erstellung der Jahresberichte des Landkreises. Die Verwaltung ist im Rahmen des Controllings zuständig für den Verlauf der Umsetzung der Handlungsschwerpunkte.

Die fachliche Zusammenarbeit mit der Stadt Osnabrück funktioniert gut. Über Projekte informieren sich die zuständigen Akteure gegenseitig regelmäßig. Dennoch ist bei der Festsetzung neuer Strategien und Entwicklungsziele auch ein Konkurrenzverhältnis feststellbar. Obwohl Landkreis und Stadt in ihren Planungen nicht die gleichen Zielgruppen anvisieren, kommt es besonders beim Thema Ansiedlung von Familien zu Wettbewerb. Die Stadt-Umland Konkurrenz wird besonders bei der Baulandausweisung für Familien in der Osnabrücker Randlage deutlich.

4.4.1.4 Finanzierung

Die Kreisverwaltung finanzierte mit etwa 30.000 bis 40.000 Euro die Erstellung der kleinräumigen Bevölkerungsprognose als Grundlage für die Fachplanungen und für die Konzeption von Projekten und Maßnahmen zur Umsetzung der Handlungsschwerpunkte. Darüber hinaus gibt es seitens des Landkreises keine Projektmittel speziell für den Bereich Demographie. Die Projektmittel sind immer an die Umsetzung eines Handlungsschwerpunktes gebunden, wie z.B. „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“, „Lebenslanges Lernen und Alternsgerechte Arbeitswelt fördern“ oder „Seniorengerechtes Umfeld schaffen“. Die Erstellung von Handreichungen für Städte und Gemeinden wie die Einwohnerprognosen oder die Portfolio-Analyse werden aus Mitteln des Referats für Strategische Steuerung und Kreisentwicklung finanziert. Die Projekte der Fachdienste werden aus deren Haushaltsansätzen finanziert.

Für das Projekt „Chancen wahren – Zukunft sichern“ werden neben den Geldern des Landkreises (Sozialdezernat) auch Mittel aus der Gemeinschaftsinitiative E-QUAL des Europäischen Sozialfonds zur Bekämpfung von Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt verwandt. Die Landesmodellprojekte werden mit etwa 30.000 Euro Jährlich zusätzlich vom Land Niedersachsen unterstützt.

Darüber hinaus fördert der Landkreis unter dem Motto „Bürger Aktiv“ Projekte ehrenamtlich arbeitender Initiativen, Gruppen oder Netzwerke, die neue Ideen im Ehrenamt verwirklichen. Die Koordinierung der Förderung erfolgt im Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt. Über die Vergabe des Geldes entscheiden ehrenamtliche Mitarbeiter des Vereins Rückenwind für Bürgerengagement.

4.4.1.5 Bewertung und Perspektiven

Das Thema „Demographischer Wandel“ hat sich in den letzten Jahren im Landkreis Osnabrück sehr gut etabliert. Bemerkenswert ist, wie umfassend die Strategie angelegt ist, die alle Aspekte des demographischen Wandels aufgreift und in Handlungsfeldern, konkreten Projekten und Maßnahmen, mit begründeter Prioritätensetzung, zu bearbeiten versucht. Auf der Verwaltungsebene ist der demographische Wandel zu einem strategisch wichtigen Thema geworden (mittelfristiges Entwicklungsziel des Landkreises). Dies bestätigt auch die starke Resonanz der Bürgermeister auf die Ankündigung der im April erscheinenden Portfolio-Analyse. Der demographische Wandel hat sich zusätzlich in der öffentlichen Meinungsbildung etabliert. Darüber hinaus wird das Thema mit allen Facetten immer wieder von der Presse aufgenommen, die sich zunehmend aktiv (Veranstaltung einer Podiumsdiskussion), und nicht mehr nur beschreibend, der Problematik nähert. Probleme ergaben sich in erster Linie zu Beginn des Prozesses. Die „Zwei-Wege-Strategie“ ließ sich in der lokalen Politik nur schwer vermitteln, dies galt vor allem für das Thema „Familienfreundliche Kommune“ in einer vergleichsweise noch jungen und kinderreichen Region.

Die Projekte im Landkreis Osnabrück beziehen sich in erster Linie auf die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, alternsgerechte Arbeit, die ländliche Nahversorgung und Seniorenwohnen. Das Thema Seniorenwirtschaft und Seniorenmärkte ist noch zu wenig mit der Wirtschaftsförderung verknüpft und wird bisher

nur punktuell bearbeitet. Besonders im Bereich Seniorenwohnen ist der Landkreis seit November 2005 dabei, den zukünftigen Bedarf zu ermitteln, um klare Vorstellungen über notwenige Neuerungen im Wohnen für Ältere zu entwickeln (Leben im Alter allgemein, bauliche Ansprüche, soziale Aspekte). Das Angebot im Landkreis entspricht im Moment einer „klassischen" Alteninfrastruktur (Pflegeheime, betreutes Wohnen). Die Nachfrage seitens der Investoren an weiteren Altenwohneinheiten ist gegenwärtig sehr hoch, das Interesse des Kreises an weiteren „klassischen" Seniorenpflegeeinrichtungen allerdings gering, weil ein Zuzug „fremder Alter" aus umliegenden Kreisen nicht gefördert werden soll.

Bislang ist der ländliche Raum in den Diskussionen um den demographischen Wandel, und damit auch die Alterung, weniger stark im Fokus. Hier gilt es perspektivisch, das „Typische" in den Entwicklungen für den ländlichen Raum (das typisch ländliche Leben der Zukunft) zu identifizieren und angepasste Strategien zu entwickeln. Die Landesentwicklung kann nicht allein über Metropolregionen gesteuert werden.

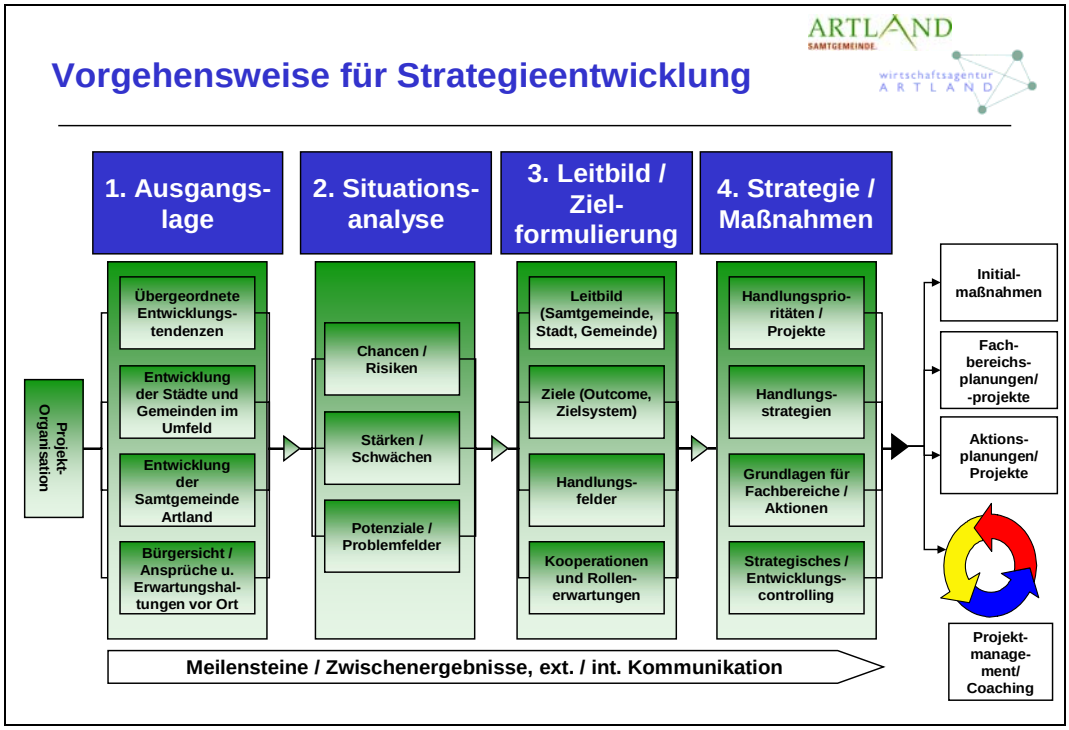
4.4.2 Samtgemeinde Artland – Beispiel eines Gemeindeentwicklungskonzepts als Pilotprojekt im Landkreis Osnabrück

4.4.2.1 Genese des Samtgemeindeentwicklungskonzepts

Die Idee, ein Konzept für die Zukunft der Samtgemeinde zu erarbeiten, entwickelte sich im Vorfeld der letzten Kommunalwahlen.

Der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung der Samtgemeinde (Wirtschaftsagentur Artland) und die Stabsstelle des Samtgemeindebürgermeisters übernahmen das Projekt federführend. Mit Unterstützung eines externen Beraters wurde, orientiert an den Grundsätzen der strategischen Planung, zunächst eine Analyse der Rahmenbedingungen vor Ort vorgenommen. Sie ergab, dass die Samtgemeinde in den Bereichen Soziales und Umwelt sehr gut aufgestellt ist, jedoch im Wirtschaftsbereich über erhebliche Defizite verfügt. Deutlich wurde, dass die bisherigen Schwerpunktbranchen nicht in ausreichendem Maß zukunftsfähig sind, so dass neue Ansatzpunkte zu identifizieren waren. Erschwerend kam hinzu, dass auf einen ersten Blick keine überzeugenden endogenen Potentiale erkennbar waren. Die Spezifika des ländlichen Raums, der i.d.R. kaum über Fühlungsvorteile durch die Nähe zu wissenschaftlichen Einrichtungen verfügt, wurden sehr deutlich.

Abbildung 5: Strategieentwicklung Samtgemeindeentwicklungskonzept



Quelle: Präsentation Dirk Gehrmann, Projektworkshop 3.5.2006 in Berlin.

In dieser Situation wurde der „demographische Wandel“ als Anknüpfungspunkt identifiziert, im Erkennen der Tatsache, dass das Thema im Sinne eines strategischen Vorgehens mit den Folgen des demographischen Wandels für den ländlichen Raum gerade für das Handlungsfeld Wirtschaft bislang noch kaum besetzt wird. Darüber hinaus gab es jedoch auch „handfeste“ Anknüpfungspunkte: So gibt es in der Samtgemeinde bereits Unternehmen, die im Reha- und Gerontobereich (z.B. Hersteller und Entwickler von Gehhilfen) tätig sind. Aber auch andere Branchen, wie etwa der Metallbau oder Fahrradbau, innovieren erfolgreich für die neuen, alternsbezogenen Märkte.

Die Politik unterstützte die Wahl dieses inhaltlichen Schwerpunkts. Damit begann über einen Projektausschuss aus privaten und öffentlichen Akteuren die kooperative Arbeit an ersten Netzwerken und Maßnahmen, z.B. Flächenbereitstellung, Messepräsenz, gemeinsame Internet-Präsentation, Vorbereitung von Veranstaltungen, Wettbewerben usw..

4.4.2.2 Ziele und Maßnahmen im Rahmen von „artland aktiv“

Der erste Schwerpunktbereich im Samtgemeindeentwicklungskonzept wird mit „Reha- und Gerontotechnologie“ beschrieben und ist mit dem ehrgeizigen Entwicklungsziel verknüpft, in fünf Jahren zu den fünf erfolgreichsten Kompetenzzentren für Reha- und Gerontotechnologie in Deutschland zu gehören.

Ein weiteres Zielfeld sind Pflege und Weiterentwicklung des Kulturschatz Artland. Die Region zeichnet sich durch eine einzigartige „Bauernhofkultur“ aus (etwa 5000 Fachwerkgebäude), die neben dem Eindruck einer attraktiven Kulturlandschaft zugleich eine besondere Bedeutung für den Immobilienmarkt haben, da die traditi-

onellen Gebäude gerne Interessenten genutzt/gekauft werden, die neue Formen von Leben und Arbeiten in diesen Gebäudeensembles realisieren. Auch für dieses Zielfeld wurde ein anspruchsvolles Ziel formuliert, nämlich die Dachmarke Kulturschatz Artland im Zeithorizont von fünf Jahren zu einem nationalen Referenzobjekt auszubauen, unter Beachtung sowohl von touristischen als auch wirtschaftlichen Unterzielen.

Übergreifend gibt es drei Ziele/Zielfelder, die stärker querschnittsorientiert sind. Dazu gehören das Zielfeld Unternehmergeist, der z.B. über verschiedene Qualifizierungsansätze unterstützt werden soll, das Handlungsfeld des bürgerschaftlichen Engagements, für das erheblich mehr Bürger als bislang motiviert werden sollen und das Querschnittsthema Bildung und Qualifizierung, zu dem u.a. Aktivitäten im Bereich des lebenslangen Lernens zählen.

Die Themenmesse „heute für morgen – Leben und Wohnen im nächsten Jahrzehnt“ im Herbst 2006 ist als Auftaktveranstaltung für die Umsetzung des Samtgemeindeentwicklungskonzepts zu sehen. Die Veranstaltung hat mehrere Funktionen. Alle gesellschaftlichen Gruppen und die Wirtschaft sollen für die Anforderungen der Zukunft sensibilisiert werden. Besonders Unternehmen sollen gezielte Anknüpfungspunkte über innovative Ansätze für die Erschließung neuer, altersbezogener Märkte erhalten, z.B. durch gute Beispiele aus anderen Regionen. Zugleich sollen über die Veranstaltung zwei Wettbewerbe vorbereitet werden: ein Architektenwettbewerb/städtebaulicher Wettbewerb für innovative Wohnformen für Senioren und Wohnraumanpassungen (Bauprojekt „Leben und Wohnen im Alter“) und ein Wettbewerb für Existenzgründer und Unternehmenserweiterung zur Förderung eines innovativen Unternehmergeistes im Artland.

Die Veranstaltung wird in Form eines Fachforums mit begleitender Ausstellung über aktuelle Beispielprodukte und Dienstleistungen speziell für ältere Menschen in Quakenbrück ergänzt. Zielgruppen sind Experten, Unternehmer/Existenzgründer und Bürger aus der Region Artland. Im Rahmen des Fachforums werden Expertenworkshops stattfinden, in denen Fragen der Umsetzung der Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel im Hinblick auf Wirtschaftsförderung, Infrastruktur, Verkehr und Wohnen diskutiert werden. Ziel dieser Workshops ist die Erarbeitung eines Thesenpapiers über die chancenorientierte Anpassung ländlicher Räume an demographische Veränderungsprozesse. In Präsentations- und Diskussionsforen können Anknüpfungspunkte zu neuen Markttrends, Produktinnovationen und zukünftige Kundenbedürfnisse zusammen mit Unternehmern, Experten und Bürgern diskutiert werden.

4.4.2.3 Akteure

Im Kern wurde das Konzept zunächst intern, mit Unterstützung eines externen Beraters und mit der punktuellen und unterschiedlich intensiven Einbeziehung weiterer Akteure entwickelt. In den ersten (zwei) Jahren handelte es sich um ein eher „internes“ Projekt, die Arbeiten waren lediglich einem „internen Kreis“ bekannt (z.B. auch der Politik). Bürger wurden jedoch nicht einbezogen. Der Ansatz war damit durch ein starkes top down-Vorgehen gekennzeichnet. Dieser interne Charakter wandelte sich mit dem Beschluss des Leitbildes. Der zukünftigen Arbeit wurde eine Projektstruktur gegeben. Die fünf identifizierten Handlungsfelder wer-

den in Projektausschüssen, deren Arbeit nicht zeitlich befristet ist (zunächst ein Jahr, aber in der Anlage Daueraufgabe) bearbeitet. Darunter gibt es einzelne Projektgruppen, deren Arbeit zeitlich befristet ist. Im jetzigen Prozess sind regelmäßig private Akteure, auch Unternehmen, vor allem junge Firmen, einbezogen. Das Konzept hat auch in der Politik einen hohen Stellenwert, so leitet z.B. der Bürgermeister den Arbeitskreis Wirtschaft selbst. Die Arbeitsfortschritte werden regelmäßig in einem Newsletter vorgestellt. Wichtig sind vor allem konkrete Projekte, die weitere Akteure überzeugen, mitzuwirken.

Die Entwicklung des Samtgemeindeentwicklungskonzepts erfolgte zunächst nur in loser gegenseitiger Information über die Aktivitäten des Landkreises im Themenfeld „Demographischer Wandel“. Die geplante Messe ist das erste konkrete und gemeinsame Projekt. Tendenziell ist die Kooperation ein wichtiger Aspekt, da der Landkreis bei Entscheidungsträgern eine größere Aufmerksamkeit findet.

4.4.2.4 Finanzierung

Für den Handlungsbereich gibt es einen eigenen Etat, der bei 120.000 Euro liegt, dies ist ein sichtbarer Impuls und zeigt die Relevanz des Ansatzes. Zudem wurde im Herbst 2005 ein neuer Mitarbeiter eingestellt, der im Schwerpunkt für Bearbeitung und Umsetzung des Konzeptes zuständig ist. Es gibt seit kurzem einen politischen Beschluss, die Mittel des Wirtschaftsentwicklungszuschussprogramms vollständig für die Ansiedlung und weitere Entwicklung von Unternehmen aus dem Bereich Reha- und Gerontotechnik/-technologie einzusetzen. Eine weitere Aufstockung der Mittel ist vorgesehen.

Auch städtebaulich sollen die Aktivitäten sichtbar werden. Es ist geplant, Flächen für Wohnnutzungen, aber auch für entsprechende Firmen gezielt bereitzustellen. Das strategische Konzept unterstützt diesen Ansatz.

4.4.2.5 Vorläufige Bewertung und Perspektiven

Der Prozess der Umsetzung beginnt erst. Das Thema „Wohnen“ wurde als ein wichtiger Handlungsansatz erkannt. Im Sommer 2006 soll eine Befragung von Bürgern im dortigen ländlichen Raum in Vorbereitung der Messe stattfinden (geplant: Erwerb eines Objekts, Interesse/Mitwirkung Baugenossenschaft). Sehr viel hängt vom Erfolg der Messe im November 2006 ab.

4.4.3 Stadt Osnabrück

4.4.3.1 Demographischer Wandel in der Stadt Osnabrück

Mit der Stadtentwicklungskonzeption "Wachsende Stadt in einer starken Region" reagierte die Stadt Osnabrück auf den demographischen Wandel und den Strukturwandel und lieferte eine Fortschreibung des bestehenden Programms unter geänderten Rahmenbedingungen. Basis waren eine umfangreiche Datenauswertung und eine Stärken-Schwächenanalyse, daraus wurden gemeinsam mit den betroffenen Fachbereichen und städtischen Gesellschaften Ziele definiert und – mit dem

Haushalt verknüpfte – Maßnahmen für die Umsetzung entwickelt. Bei der Auswertung verschiedener statistischer Informationen wurde auch die Region Osnabrück miteinbezogen, um die engen Verflechtungen der Stadt mit dem Umland deutlich zu machen (Stadt Osnabrück (Hrsg.) 2004).

In Zusammenhang mit der Stadtentwicklungskonzeption und der Studie „Die Zukunft der Städte in Niedersachsen – Osnabrück" gibt es in der Stadtverwaltung seit Herbst 2005 eine dezernatsübergreifende Projektgruppe „Konsequenzen des demographischen Wandels für die Stadtentwicklung in Osnabrück". Die Projektgruppe wurde vom Kultusdezernenten angeregt, die Federführung liegt beim Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung. Weitere Beteiligte sind der Stadtbaurat, der Fachbereich „Städtebau", das Presseamt, die Gleichstellungsbeauftragte, das Referat für „Bildung, Sozialplanung und Integration", die Wirtschaftsförderung Osnabrück GmbH sowie die Fachbereiche „Kinder, Jugendliche und Familien", „Schule und Sport". Zielsetzung der Projektgruppe ist es, u. a. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit dem demographischen Wandel in Osnabrück zu formulieren sowie die Benennung konkreter Ziele, Projekte und Maßnahmen zu einzelnen Themenfeldern, wie Familie, Kinder, Wohnungsmarkt, Infrastruktur, Wirtschaft, Bildung, Integration, Kultur usw. Auf Basis des Stadtentwicklungskonzeptes „Wachsende Stadt in einer starken Region" soll ein langfristig angelegtes integratives Gesamtkonzept mit ressortübergreifenden Querschnittsaufgaben entwickelt werden.

Seit September 2005 gibt es in Osnabrück das Bündnis „Zukunft Osnabrück – Familie geht vor", dem sich neben der Stadt Osnabrück zahlreiche Organisationen, Institutionen, Verbände, Unternehmen und Privatpersonen aus der Stadt Osnabrück angeschlossen haben.

Auch die Wirtschaftsförderung Osnabrück GmbH besetzt das Thema „Demographischer Wandel". So gibt es eine Veranstaltungsreihe für Unternehmen. Der Einstieg erfolgte im März 2006 mit dem Thema Auswirkungen auf die Personalentwicklung in Osnabrücker Unternehmen. Ebenfalls im März fand zum Thema „Einzelhandel in Zeiten des Demografischen Wandels" eine Gemeinschaftsveranstaltung des Unternehmerverbandes Einzelhandel Osnabrück-Emsland e. V. und der WFO Wirtschaftsförderung Osnabrück GmbH im Haus des Handels mit ca. 50 Gästen aus dem Einzelhandel in der Region statt[20].

4.4.3.2 Maßnahmen und Aktivitäten im Themenfeld: Ehrenamt und Senioren

Osnabrück ist bereits seit vielen Jahren in der „klassischen" Seniorenarbeit aktiv. Darüber hinaus arbeitet seit 1995 im Rahmen der Lokalen Agenda 21 Osnabrück der Arbeitskreis „Wohnen und Leben im Alter". Seine Schwerpunkte sind „Wohnformen", „Planen für die Zukunft", „Dialog der Generationen" und „Partizipation älterer Menschen". Der Arbeitskreis richtet sich mit seiner Arbeit nicht nur an ältere Menschen, sondern auch an die Wohnungswirtschaft, Planer, Politik oder Bauwillige (z.B. mit dem Bauratgeber „Zukunftsbewusst Bauen – energiesparend und generationengerecht", 2005). Aus diesen beiden Pfeilern ist eine Reihe verschiedener Aktivitäten hervorgegangen.

20 http://www.wfo.de/5638.asp, 23.3.2006.

Seit mehr als 15 Jahren gibt es in der Stadt Osnabrück die Einrichtungen des hauptamtlichen Seniorenbeauftragten und des Seniorenbeirats, der gewählten Vertretung von Senioren, die mehrmals im Jahr zusammentritt. Es handelt sich um einen Ausschuss mit Beratungsfunktion. Wichtige Aufgabengebiete des Seniorenbeauftragten sind die Initiierung, Förderung und Koordinierung ehrenamtlicher Tätigkeit von Selbsthilfe- und Initiativgruppen und aller Aufgaben in der Altenhilfe. Außerdem stellt die zentrale Beratung von Seniorinnen und Senioren und deren Angehörigen ein wichtiges Aufgabenfeld des Seniorenbeauftragten dar[21]. Zu den Angeboten gehört z.B. ein Seniorenwegweiser mit einem umfangreichen Informationsangebot für ältere Mitbürger zu Wohnanlagen, Besuchsdiensten, Nachbarschaftshilfen, Pflegeangeboten im ambulanten oder stationären Bereich, Beratungs-, Freizeit- oder Kulturangebote sowie Dienstleistungen und Angebote von Behörden und Leistungsträgern und ehrenamtlichen oder freiwillig arbeitenden Diensten. Auch die Osnabrücker Seniorenwochen gehören dazu, die jährlich veranstaltet werden und ein breites Programm mit Ausflügen, Diskussionsveranstaltungen und verschiedenen Aufführungen beinhalten. Auch der „Seniorenwegweiser“ wird vom Seniorenbeauftragten herausgegeben.

Der Arbeitskreis „Wohnen und Leben im Alter“ der Lokalen Agenda 21 Osnabrück versteht sich als Interessenvertreter für die ältere Bevölkerung in Osnabrück, in Ergänzung der Arbeit des Seniorenbeirats. Es gibt verschiedene Projektgruppen, z.B. „Wohnformen“ mit dem Ziel, ein möglichst langes Verbleiben älterer Menschen im vertrauten häuslichen Bereich zu ermöglichen. Die Projektgruppe „Messe“ beteiligte sich an der Konzeption und Vorbereitung der Messe „Mach was“. Weitere Schwerpunktthemen sind Wohnangebote für Senioren und – neu, als wichtiges Thema für 2006 – der „Dialog zwischen den Generationen“. Abgeschlossen ist die Arbeit der Projektgruppe „Ehrenamt“. Aus diesem Arbeitskreis kamen die ersten Anstöße zum Bürgerbeteiligungsprozess „Neue Wege gehen, ehrenamtliches Engagement stärken“, der letztlich zum Beschluss des Rates der Stadt Osnabrück führte, eine Freiwilligen-Agentur bei der Bürgerberatung einzurichten.

Freiwilligen-Agentur Osnabrück

Die Freiwilligenagentur berät und informiert über die Möglichkeiten für ein ehrenamtliches Engagement. Die Vielfalt des Freiwilligenengagements in Osnabrück wird von Wohlfahrtsverbänden, Organisationen, Vereinen, Gruppen und Initiativen gestaltet. Ziel der Arbeit ist die Aktivierung vor allem auch „junger Alter“ für bürgerschaftliches, gesellschaftliches Engagement. Organisatorisch ist die Agentur in der Bürgerberatung angesiedelt (wichtig: lange Öffnungszeiten).

Festzustellen ist, dass der Altersdurchschnitt der an Ehrenamt interessierten Bürger in den letzten Jahren gesunken ist, es gibt eine große Nachfrage nach den Angeboten. Wichtig ist, dass die Angebote, den Bedarf, den sie erzeugen, auch langfristig decken können. Für die Interessierten ist es wichtig, dass es eine Vielzahl von Angeboten gibt, die eine größere zeitliche Flexibilität erlauben und erlauben, auch befristet aktiv zu sein. Diese Rahmenbedingungen erhöhen die Nachfrage zusätzlich.

21 http://www.osnabrueck.de/,15.3.2006.

Zur Eröffnung der Freiwilligenagentur wurde eine Kampagne realisiert, die im Rückblick sehr wichtig für die Einführung der Arbeit und das Marketing war. Dabei wurde in Plakataktionen u.a. mit „Testimonials“ gearbeitet, Menschen, die schon lange ehrenamtlich aktiv sind, begründeten ihr Engagement. Die Kampagne fand auch bundesweit Aufmerksamkeit, sie war ein wichtiger Türöffner für die weitere Arbeit der Agentur.

Die Arbeit der Agentur wird durch ein Kuratorium begleitet, dessen Mitwirkende für die Vernetzung entscheidend sind. Die intensive Vernetzung ist insgesamt eine der Stärken der Agenturarbeit. Inzwischen gibt es eine volle hauptberufliche Stelle und eine ehrenamtliche Mitarbeiterin, die die Arbeit organisieren und betreuen.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit sind die sog. Nachbarschaftshilfen e.V. Die 1. Osnabrücker Nachbarschaftshilfe e.V. wurde 1997 von Bürgern gegründet. Nach diesem Modell gründeten sich in anderen Stadtteilen weitere Vereine. Bei allen Initiativen und Vereinen stehen das freiwillige Engagement und die Schaffung von Kontakten im Vordergrund. Die Vereine bieten engagierte, ehrenamtliche Hilfen für Hilfsbedürftige. Betreut werden die hilfsbedürftigen Mitglieder durch Besuche. Eine weitere Hilfeleistung des Vereins ist die Vermittlung von Leihomas/Opas in und um Osnabrück. Daneben gibt es Gesprächskreise und weitere Angebote zu gemeinsamen Aktivitäten. Die Koordinierung und Vernetzung der entstandenen und noch entstehenden Gruppen im Stadtgebiet Osnabrück erfolgt durch die Freiwilligen-Agentur der Stadt Osnabrück.

Messe „Mach was! Zukunft planen und genießen“

Die Idee zur Messe stammt bereits aus den 1990er Jahren. Der Rat forderte die Arbeitskreise der Lokalen Agenda 21 Osnabrück zu konkreten Projektvorschlägen auf. Der Arbeitskreis „Wohnen und Leben im Alter“ schlug das Projekt der Messe vor. Inhaltlich sollte eine Informationsmesse für die Zielgruppe 50+ entwickelt werden, die das umfangreiche Angebot für diese Gruppe, insbesondere die Themen Wohnen und gesellschaftliches Engagement der Öffentlichkeit präsentierte. Die Vorarbeit war sehr aufwändig. Der Arbeitskreis hat mit einem gesondert eingerichteten Projektbeirat und der Stadt das inhaltliche Konzept geliefert. Auch hier konnte unterstützend an die breiten Vernetzungserfahrungen angeknüpft werden. So waren z.B. alle Wohlfahrtsverbände engagiert, auch der Seniorenbeirat und der Ausschuss für Migration wirkten mit. Es wurde eine Kooperation mit der Stadthalle eingegangen, die das wirtschaftliche Risiko der Veranstaltung übernahm. Im Ergebnis konnten 130 Aussteller für die Messe gewonnen werden. Die Messe war zugleich ein Kooperationsprojekt mit dem Landkreis Osnabrück. Das Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt wirkte im Projektbeirat mit.

Die Messe fand im Oktober 2005 in der Stadthalle Osnabrück statt, in der Einschätzung erfolgreich, auch in der Resonanz der Aussteller. Für die nächste Messe am 3./4. November 2007 hat sich die Verwaltung das Ziel gesetzt, die Besucherzahlen zu erhöhen. Mit einer veränderten Strategie, vor allem einer intensiveren Ansprache der Zielgruppen und einer stärkeren Einbeziehung des Kuratoriums, sollen mehr Menschen erreicht werden.

Auch auf privater/privatwirtschaftlicher Ebene erfährt das Thema immer wieder eine Ausweitung. So wurde vor kurzem von einem Existenzgründer ein Kaufhaus für Senioren gegründet (planen&LEBEN Wohlfühlen im Alter), das sowohl altenbezogene Produkte anbietet, aber auch Beratung zum Thema Wohnumfeld, Wohnraumanpassung etc.

4.4.3.3 Das Akteursnetz in Stadt und Region

Kennzeichnend ist für Osnabrück, dass Akteure in aller Regel sehr vernetzt arbeiten und entsprechend aufgestellt sind. Es gibt eine relativ lange Tradition der Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen, auch im bürgerschaftlichen Engagement weist Osnabrück umfangreiche Erfahrungen auf.

Mit dem Landkreis gibt es eine sog. Entwicklungspartnerschaft auf der politischen Ebene, z.B. in den Themen Regionalmarketing, Ämterzusammenlegung (z.B. im sozialen Bereich). Zum demographischen Wandel gibt es in diesem Zusammenhang noch kein gemeinsames Projekt. Die Themen, die in Stadt und Landkreis bearbeitet werden, unterscheiden sich deutlich. In einzelnen Themenfeldern gibt es, trotz der vorhandenen Ansätze inhaltlicher Kooperation, auch ausgeprägte Konkurrenzen (Suburbanisierung, Wohnen, Wegzug von Familien aus der Stadt), daher ist das Interesse an einer Zusammenarbeit im Themenfeld, das im Projekt im Vordergrund steht, noch relativ gering ausgeprägt, obwohl die Notwendigkeit zu einer engeren Zusammenarbeit erkannt ist.

4.4.3.4 Bewertung und Perspektiven

In Osnabrück gibt es nach einer Vollbefragung der Bürger (2001) großes Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Der Schwerpunkt wird dabei im Bereich Soziales genannt. Etwa 7000 Bürger gaben an, sich in der Vergangenheit bereits engagiert zu haben, etwa 3000 äußerten ein Interesse für die Zukunft.

Die langjährige Erfahrung mit ehrenamtlicher Tätigkeit zeigt jedoch auch, dass Prozesse, die mit ehrenamtlich engagierten Menschen durchgeführt werden, i.d.R. länger dauern, da unterschiedliche Hintergründe oft aufwändigere Verständigungsprozesse erforderlich machen. Zudem ist die zeitliche Verfügbarkeit in aller Regel eingeschränkt (z.B. Arbeitskreise in LA 21 treffen sich i.d.R. alle 2 Monate). Es zeigt sich auch, dass Ehrenamt immer die Rückkopplung mit professionellen Strukturen (in der Verwaltung) braucht, auch vor dem Hintergrund der begrenzten zeitlichen Verfügbarkeit ehrenamtlicher Akteure.

In Osnabrück besteht Klarheit darüber, dass nur mit zusätzlichem freiwilligen Engagement ergänzende Angebote zum Wohl der Allgemeinheit, besonders auch von und für Senioren/innen, erhalten und ausgebaut werden können. Trotzdem stellt sich nicht die Frage, ob das Ehrenamt bis zu einem gewissen Grad kommunale Angebote/Dienstleistungen ersetzen kann. Die Diskussion „Ersatz“ wird in Osnabrück nicht geführt. Allerdings ist die Arbeit mit Ehrenamt von der Idee der Gegenseitigkeit geprägt: Der Bürger zieht für sich einen Nutzen aus der Arbeit (sinnvolle Zeitverbringung, Anerkennung, Übernahme von Verantwortung), die Kommune erhält Unterstützung in bestimmten Tätigkeitsfeldern. Eine große

Schwierigkeit in der Arbeit besteht darin, dass das Thema Alter negativ besetzt ist. Die Diskussion um ein neues Bild des Alters stellt sich auch hier.

4.5 Fallstudie 4: „Akademie 2. Lebenshälfte“ in Brandenburg

Das Bundesland Brandenburg zählte 2002 knapp 2,6 Mio. Einwohner. Brandenburg bildet mit Berlin die Metropolregion Berlin/Brandenburg und weist sehr unterschiedliche siedlungsstrukturelle Typologien auf. Die Berlin umschließenden Landkreise sind von einer hohen Bevölkerungsdichte gekennzeichnet, während im Norden des Bundeslandes dünn besiedelte und landschaftlich geprägte Räume dominieren.

Demographische Struktur und Entwicklung[22]

	1990	**2002**	**2020**
Bevölkerung Land Brandenburg	2.578.400	2.582.400	2.575.800
Zahl der 60-80-Jährigen	357.400	553.500 (+55%)	664.500 (+20%)
Anteil der 60-80-Jährigen (in %)	14	21	26

Zielsetzung der Aktivitäten
Der „Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.“ entstand aus dem Zusammenschluss von drei regionalen Arbeitsfördergesellschaften mit dem Ziel, die Integration und Chancengleichheit Älterer auf dem Arbeitsmarkt zu fördern. Mit den umfangreichen Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangeboten will der Verein gezielt Kommunen, Unternehmer, Führungskräfte, politisch Verantwortliche und Lernende ansprechen und sich als Kompetenzzentrum für Ältere, auf Basis regionaler und überregionaler Netzwerke, im Land Brandenburg etablieren.

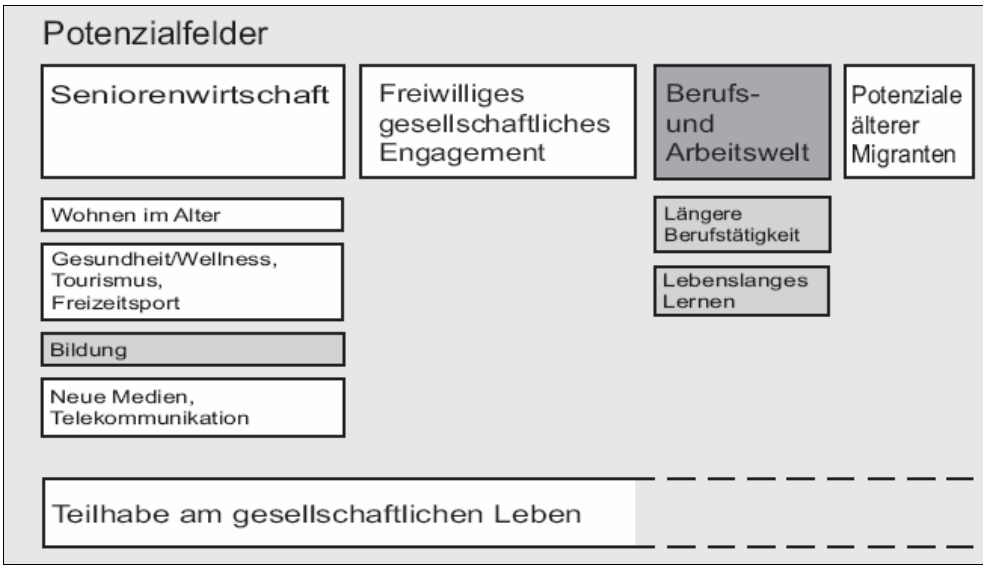
Kooperationsstrukturen
Die Kooperationsstrukturen sind je nach Ansatzpunkt der Projekte unterschiedlich. Kooperationspartner sind Unternehmen, Wohlfahrtsverbände, Bildungsträger oder regionale Vereine. Eine kontinuierliche und verbindliche Kooperation findet jedoch nicht statt.

Finanzierung
Die Finanzierung der Aktivitäten erfolgt über projektbezogene Gelder (Land Brandenburg, ESF) und die Einnahme von Teilnahmegebühren.

Maßnahmen und Projekte
Im Rahmen des Projektes „Akademie 50 plus“ erfolgen Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen für ältere Arbeitslose. Mit dem Projekt „Hoffnung Alter“ sollen innovative Ansätze zu einer altersorientierten Personalpolitik unter Mitwirkung älterer Fachkräfte geschaffen werden. Darüber hinaus ist die Akademie 2. Lebenshälfte an dem Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) zur Ausbildung Älterer zu „SeniorTrainern“ beteiligt.

Das Projekt „2nd Chance for Working Winners“ zielt auf die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt. Auf Basis von Lernpartnerschaften werden Erfahrungen anderer europäischer Länder ausgetauscht und Strategien abgeleitet.

22 Die Zahlen basieren auf der Bevölkerungsprognose 2020 des BBR.



4.5.1 Demographischer Wandel in Brandenburg

Städte und Gemeinden im Land Brandenburg sind in besonderem Maße vom demographischen Wandel betroffen. Nicht nur die Zusammensetzung der Bevölkerung, sondern stärker noch die großräumigen Abwanderungen und damit Bevölkerungsverluste stellen große Herausforderungen für das Land dar; lediglich im so genannten engeren Verflechtungsraum um Berlin ist die Entwicklung etwas günstiger.

Die Landesregierung hat in ihrem 2. Bericht zum demographischen Wandel dargestellt, dass es vor allem um die Entwicklung von Anpassungskonzepten gehen müsse und als eine Strategie das ‚lebenslange Lernen' und die ‚Weiterbildung' angesprochen. In dem zunehmenden Anteil älterer Menschen wird ein wachsendes Potenzial für das ehrenamtliche Engagement gesehen; in der Wirtschaft sollen die Erfahrungen und das Wissen Älterer künftig stärker und länger genutzt werden (Landesregierung Brandenburg 2005, S. 33).

Die Landesregierung hat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zum demographischen Wandel in Brandenburg eingesetzt und in einem Werkstattbericht unter anderem auf das ‚umfangreiche Potenzial für ehrenamtliches Engagement in den Kommunen' hingewiesen, das für Betreuungsdienste, Beratung oder Erfahrung gefragt ist und das bei sinkender Leistungskraft der Kommunen genutzt werden müsse (Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei 2005, S. 29f.). Die Nachfrage nach altersgerechtem Wohnen und nach modellhafter Entwicklung neuer Wohnformen wie z. B. ‚Gemeinschaftliches Wohnen im Alter' sollen von den Kommunen und der Wohnungswirtschaft berücksichtigt werden (S. 30). Schließlich soll mit der Kampagne „Mehr Chancen für ältere Fachkräfte" das Thema des zukünftigen Fachkräftemangels und die Einstellung gegenüber älteren Fachkräften in der öffentlichen Diskussion verankert und Betriebe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer dafür sensibilisiert werden (S. 46). Als wichtige Handlungsfelder werden die Gewinnung von älteren arbeitslosen Fachkräften durch Erweiterung der Rekrutierungsstrategien der Unternehmen und Maßnahmen wie Anpassung der Arbeitsorganisation und Qualifizierung angesehen sowie die Nutzung der Kompetenz und

Wissensentwicklung älterer Fachkräfte und der Erhalt von Qualifikation und Arbeitskraft älterer Fachkräfte in den Unternehmen (S. 46).

Vor allem auf nachgeordneten Akteursebenen sind inzwischen einzelne Aktivitäten und Projekte auf den Weg gebracht worden, die allerdings eher die Thematik Arbeit, Qualifizierung und Beschäftigung zum Gegenstand haben, als die gezielte Befassung mit Strategien für die *Aktivierung der Potenziale einer alternden Gesellschaft*, wenngleich sich die Themenschwerpunkte immer stärker überschneiden So hat zum Beispiel die Landesregierung zur Bewältigung vor allem der anhaltenden Arbeitslosigkeit die „Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH“ (LASA) gegründet. Die Auswirkungen des demographischen Wandels werden in den Aktivitäten dieser Agentur zunehmend als Gegenstand von Projekten berücksichtigt und thematisiert, so zum Beispiel in der Untersuchung „Alt wie ein Baum?“, in der die Altersstrukturen Brandenburger Unternehmen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung untersucht und Empfehlungen für eine wirtschaftsnahe Arbeitsmarktpolitik formuliert wurden (LASA 2005). In diesem Kontext ist der ‚Baustein' „INNOPUNKT“ von besonderer Bedeutung, mit dem eine INNOvative arbeitsmarktpolitische SchwerPUNKTförderung in Brandenburg betrieben wird. Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ESF und des Landes Brandenburg gefördert. In diesen Projekten werden landesweit immer stärker auch innovative Ansätze im Umgang mit den Auswirkungen des demographischen Wandels verfolgt.

Insgesamt sind sowohl aus dem 2. Demographie-Bericht als auch aus dem Werkstattbericht bisher kaum konkretere Strategien und Maßnahmen erkennbar, die auf die *Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft* hindeuten. Kommunen und Regionen sind eher allgemein angesprochen und werden aufgefordert bzw. angeregt, selbst tätig zu werden. Hier setzt auch die Kritik anderer Einrichtungen an, die das Fehlen integrierter Strategieansätze bemängeln (Interview). Dies deutet auf einen verstärkten Handlungsbedarf hin und das Erfordernis von Initiativen auch von der Landesregierung, um Projekte mit Anstoßwirkungen auf kommunaler Ebene zu initiieren. Hier sollte auch die Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH mitwirken.

4.5.2 „Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.“

Die Fallstudie „Akademie 2. Lebenshälfte“ stellt eine Initiative ‚von unten' dar. Sie ist weder aus Aktivitäten einer oder mehreren Kommunen entstanden, noch stellt sie eine Landesinitiative dar, wenngleich sowohl die Kommunen als auch das Land Brandenburg als Kooperationspartner vor Ort und als überregionaler Ansprechpartner bzw. Projektförderer eine wichtige Rolle spielen.

4.5.2.1 Zielsetzungen, Motive und Inhalte des Fördervereins

Der „Förderverein „Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.“ ist ein gemeinnützig eingetragener Verein, der 1994 aus dem Zusammenschluss von drei regionalen Arbeitsfördergesellschaften entstanden ist. Das Anliegen dieser Akademie zielt auf die Integration Älterer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft und die

Bewältigung des demographischen Wandels „unter Beachtung und Nutzung der Kompetenz Älterer“ (www.akademie2.lebenshälfte.de).

Der Ausgangspunkt für die Tätigkeit der Akademie war die hohe Arbeitslosigkeit vor allem älterer Menschen gleich nach der Wende. Der Förderverein ist landesweit tätig. Als Identität und Auftrag wird es angesehen, „die Integration und Chancengleichheit Älterer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft durch vielfältiges Engagement zu fördern. Mit Projekten der Bildung, Beschäftigung, sozialen Kommunikation und Selbsthilfe werden Möglichkeiten für Menschen in der zweiten Lebenshälfte geschaffen, sich ihrer Kompetenzen bewusst zu werden, sie zu nutzen und weiter zu entwickeln“
(www.akademie2.lebenshälfte.de).

Eines der Hauptmerkmale des Vereins ist es, einerseits bewusst auf die Erfahrungen seiner Mitarbeiter zu setzen, die über eigene Berufserfahrungen verfügen sowie sich selbst als Lernort für seine Beschäftigten zu verstehen. Zielgruppen für Aktivitäten sind

- Arbeitssuchende, die nicht aufgeben wollen,
- Beschäftigte, die sich um den Erhalt ihrer Arbeitsfähigkeit bemühen,
- Menschen, die weiterlernen und sich engagieren wollen.

Mit seinen Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangeboten will der Verein aktiv auf Kommunen, Unternehmer, Führungskräfte, politisch Verantwortliche und Lernende zugehen, die sich den Herausforderungen des demographischen Wandels stellen. Er versteht sich damit als Kompetenzzentrum für Ältere im Land und will regionale, überregionale und europäische Netzwerke zu dieser Thematik aufbauen.

Die Aktivitäten des Vereins konzentrieren sich aktuell mehr und mehr auf Modelle und Projekte zur Gestaltung des demographischen Wandels, wobei es darum geht

- die Reintegration Älterer in Beschäftigung zu erreichen („Akademie 50plus“),
- eine neue Verantwortungsrolle Älterer zu fördern („Erfahrungswissen für Initiativen“, EFI),
- Modelle zur alters- und altenorientierten Personalentwicklung in Unternehmen zu entwickeln (Innpunkt-Projekt „Hoffnung Alter“).

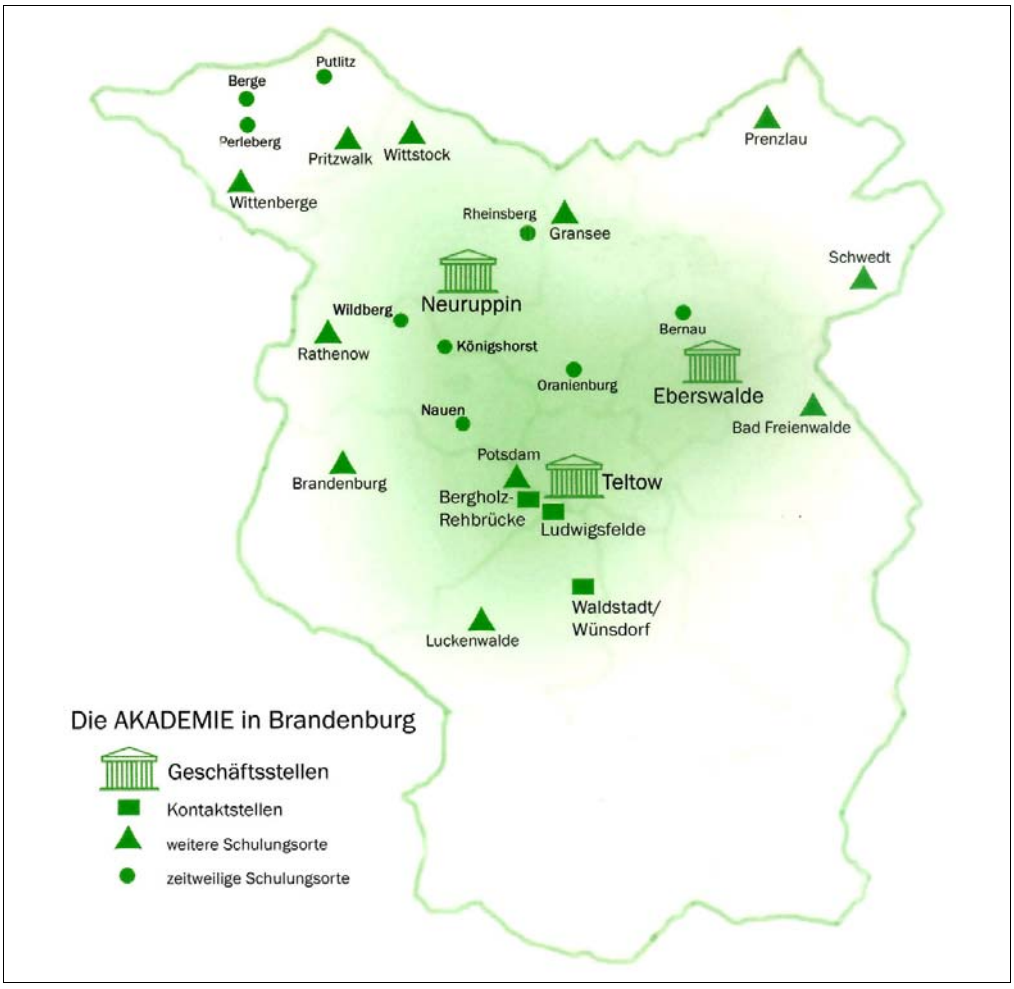
Abbildung 6: Die Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg

Quelle: Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V. (Hrsg.), (2002), o.O., S. 7.

4.5.2.2 Organisation und Finanzierung

Organisatorisch wird der Förderverein von einer Zentrale in Teltow geleitet, darüber hinaus gibt es zehn dezentrale Kontaktstellen in einzelnen Kommunen. Gegenwärtig hat die Akademie etwa 50 Beschäftigte, von denen ca. 80 Prozent über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert werden. Die Akademie 2. Lebenshälfte wird bei einzelnen Projekten im Rahmen von Beschäftigungsfördermaßnahmen finanziert und im Rahmen von Modellprojekten durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds ESF der EU sowie durch Landesmittel gefördert. Im Einzelfall stellen Kommunen in kleinerem Umfang Mittel bereit. Zunehmend werden Eigenmittel erwirtschaftet, z. B. durch Teilnahmegebühren. Schließlich erhält die Akademie Finanzmittel von Sponsoren. Die Finanzierung stellt ein gravierendes Problem dar. In wesentlichem Umfang sind die Aktivitäten des Vereins nur durch ehrenamtliche Tätigkeiten zu leisten (Interview).

Abbildung 7: Standorte der Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg



Quelle: Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V. (Hrsg.) (2002), o.O., S. 2.

4.5.2.3 Strategien – Aktivitäten – Projekte

Der Schwerpunkt der Aktivitäten des Fördervereins liegt bei der Bildung, Weiterbildung, Qualifizierung und Vermittlung von Wissen für Ältere, Unternehmen, Kommunen und andere relevante Einrichtungen. Neben diesen nach „außen“ gerichteten Aktivitäten werden auch Qualifizierungsaktivitäten nach „innen“ durchgeführt. Entsprechend der ‚Philosophie’ des Fördervereins wird einer Vernetzung unterschiedlichster Aktivitäten und Projekte in der Region besondere Bedeutung beigemessen. So wurde ein Netzwerk von regionalen Standorten und Kontaktstellen in zehn Kommunen in Brandenburg aufgebaut. Außerdem werden fünf überregionale Projekte bearbeitet. Dabei stehen nicht bei allen Aktivitäten die ‚neuen Herausforderungen des demographischen Wandels’ im Zentrum, sondern die ‚Herausforderungen der Integration Älterer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft’, wenngleich es Überschneidungen zwischen diesen Handlungsfeldern gibt. Bei den überregionalen Projekten handelt es sich um folgende Aktivitäten:

- **Akademie 50plus**: Im Rahmen dieses laufenden Projekts sollen ältere Arbeitslose qualifiziert werden, die wieder in Beschäftigung wollen. Das Projekt

wird durch den Europäischen Sozialfond ESF und das Land Brandenburg gefördert. Angeboten werden individuelle Beratungsgespräche, modulare berufliche Qualifizierungs- und Trainingsprogramme, Vorbereitung von Teilnehmern auf Beschäftigungsverhältnisse und Unterstützung bei Bewerbung und Vermittlung.

- **Hoffnung Alter**: In diesem Projekt sollen innovative Ansätze einer altersorientierten Personalpolitik in Unternehmen der Gesundheits- und Pflegebranche unter verstärkter Mitwirkung älterer Fachkräfte entwickelt werden (gefördert durch ESF und Land). Über dieses Projekt sollen Perspektiven eröffnet werden mit und für Unternehmen, die sich dem demographischen Wandel stellen wollen, für Führungskräfte, die eine altengerechte Personalentwicklung anstreben sowie für arbeitssuchende Fachkräfte, die sich neuen Herausforderungen stellen. Wesentliches „Instrument“ hierfür ist das Coaching. Basis dafür ist die Umsetzung des „Arbeitsfähigenkonzepts“, unter anderem durch Kompetenzentwicklung, Gesundheitsförderung und Führungskräfte-Coaching im Unternehmen.

- **2nd Chance Working Winners**: Dieses Projekt ist eine Lernpartnerschaft mit Partnern in Großbritannien, Schweden, Österreich, Belgien, Frankreich, Tschechien und Deutschland zur Erhöhung der Chancen Älterer auf dem Arbeitsmarkt durch Erfassung, Nutzung und Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen. Gegenstand ist der Erfahrungsaustausch über die Situation von Arbeitslosen in anderen europäischen Ländern und daraus ableitbare Strategien und neue Wege der Problembewältigung und der Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

- **EFI – Erfahrungswissen für Initiativen**: Die Akademie ist beteiligt an dem Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen EFI“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das gegenwärtig in zehn Bundesländern durchgeführt wird. Im Rahmen dieses Programms (Laufzeit 2002 bis 2006) werden Ältere in Weiterbildungskursen auf ihre neue Verantwortungsrolle unter der Bezeichnung „SeniorTrainerIn“ vorbereitet. Grundgedanke dieses Programms ist die Erkenntnis, dass ältere Menschen heute so gut qualifiziert und so lange fit sind wie keine Generation vorher. Mit den Aktivitäten im Rahmen dieses Programms sollen ältere Menschen durch Weiterbildung als „SeniorTranerIn“ qualifiziert werden. In 35 Kommunen bundesweit werden mit Unterstützung durch lokale Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen neue Verantwortungsrollen für Ältere erprobt (www.efi-programm.de; www.akademie2.lebenshälfte.de). Nach Einschätzung der Akademie hat EFI gezeigt, dass mit relativ geringem Aufwand ein Potenzial für die Unterstützung der regionalen Entwicklung erschlossen werden kann. Das Angebot dieser offenen Weiterbildung, die auf Selbstlernprozesse und Gruppenbildung ausgerichtet ist, ist Wertschätzung und Motor zugleich, fördert Netzwerkbildung und lässt die "Teilnehmer" zu echten Akteuren werden. Hier ist sehr viel erreicht worden. Es war auch für die Akademie eine Herausforderung und ein Veränderungsprozess. Auch die Kooperation auf Bundesebene hat das sehr gefördert. Dieses Herangehen kann auch regional erfolgreich sein und als beispielgebend angesehen werden. Die Älteren haben nicht nur vorhandenes Erfahrungswissen bewusster wahrgenommen, sie sind selbst in und mit ihren Aktivitäten kreativ geworden. Sie haben regionale Pro-

zesse in Gang gesetzt, die innovativ sind, was älteren Menschen nicht ohne weiteres zugetraut wird (siehe Aktivitäten weiter oben).

- **Qualitätssicherung „Bildung im Alter**“: Ziel dieser Weiterbildungsmodule für Lehrende ist es, die Integration Älterer in Arbeitsmarkt und Gesellschaft durch geeignete Bildungsansätze zu verbessern. Das Projekt dient damit zum einen der eigenen Weiterqualifizierung der DozentInnen, zum anderen aber auch der beruflichen Weiterbildung Älterer. Lernziele, Lernorte und Lehr- und Lernmethoden variieren dabei je nach Bezugsgruppe. Dies stellt besondere Anforderungen an Dozenten und Bildungsträger. Dieser eher kleine Baustein dient damit auch der Aktivierung und Befähigung des „Potenzials älterer Menschen“ für die wirtschaftliche Betätigung in Stadt und Region sowie der Sensibilisierung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt.

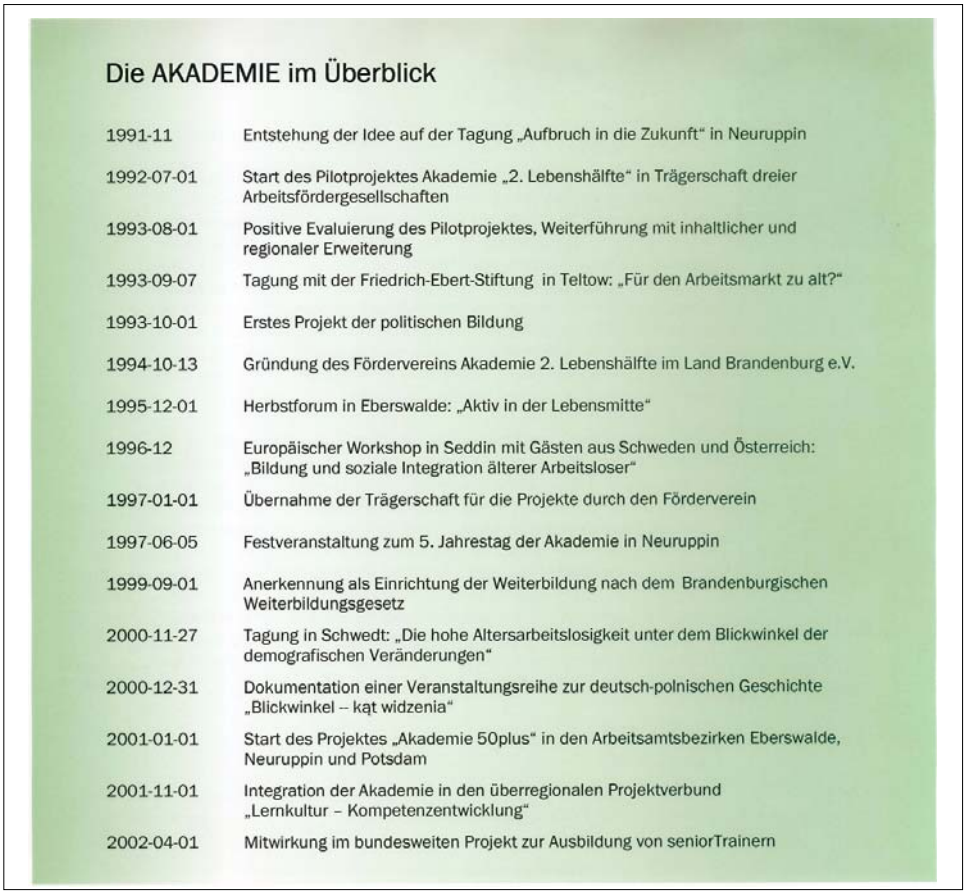
4.5.3 Akteure

Die beteiligten Akteure im Förderverein ‚Akademie 2. Lebenshälfte’ sind zum einen die im Verein tätigen Menschen, die überwiegend in Beschäftigungsprojekten und ehrenamtlich arbeiten. Beteiligte Akteure sind aber auch die Fördermittelgeber ESF und Land. Darüber hinaus sind von Projekt zu Projekt weitere Akteure beteiligt, wie z. B. Unternehmen, mit denen kooperiert wird. Kooperationen mit anderen Akteuren, die ähnliche Fragestellungen bearbeiten, wie zum Beispiel die Wohlfahrtsverbände, Bildungsträger, Schulen und regionale Vereine sind von Fall zu Fall möglich. Eine systematische und verbindliche Kooperation findet nicht statt. Möglicherweise wird hier auch der erforderliche Koordinationsaufwand als zu hoch eingeschätzt. Keiner der möglichen Kooperationspartner hat sich bisher die systematische Erarbeitung von ‚Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft’ zum Schwerpunkt gemacht (Interview).

Ein weiteres Akteursfeld stellen die Wirtschaft und die einzelnen Betriebe dar. Insgesamt erscheint das Problembewusstsein für den demographischen Wandel und die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Handlungserfordernisse nur rudimentär vorhanden zu sein. Angesichts schwieriger ökonomischer Rahmenbedingungen und Sorgen um das betriebliche Überleben stehen andere Prioritäten im Vordergrund. Dennoch sind ca. 70 mittelständische Unternehmen für die Thematik „sensibilisiert“ worden; dies vor allem im Sozial- und Pflegebereich (Interview).

Als ein Hauptproblem stellt sich für die Akademie die unzureichende Vernetzung und Strategiebildung auf Landes- und kommunaler Ebene dar. So erschwert die Ressortorientierung der Akteure in den Landesministerien eine zielgerichtete und effiziente Arbeit. Die Aktionsfelder Arbeit, Soziales Wirtschaft, Bildung und Demographie sind in einzelnen Ministerien oder in der Staatskanzlei angesiedelt, ohne dass eine intensive Abstimmung erfolgt. Auch auf kommunaler Ebene sind die relevanten Zuständigkeiten zersplittert. Die Akademie versucht, auf kommunaler Ebene Aktivitäten zu initiieren und Projekte zu betreiben, jedoch ist der gesamte Bereich des demographischen Wandels und der Förderung des ehrenamtlichen Engagements noch zu wenig im Fokus kommunalen Handelns, so dass die Unterstützung durch die Kommunen eher gering ist (Interview).

Abbildung 8: Die Akademie im Überblick



Die AKADEMIE im Überblick

1991-11	Entstehung der Idee auf der Tagung „Aufbruch in die Zukunft" in Neuruppin
1992-07-01	Start des Pilotprojektes Akademie „2. Lebenshälfte" in Trägerschaft dreier Arbeitsfördergesellschaften
1993-08-01	Positive Evaluierung des Pilotprojektes, Weiterführung mit inhaltlicher und regionaler Erweiterung
1993-09-07	Tagung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Teltow: „Für den Arbeitsmarkt zu alt?"
1993-10-01	Erstes Projekt der politischen Bildung
1994-10-13	Gründung des Fördervereins Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.
1995-12-01	Herbstforum in Eberswalde: „Aktiv in der Lebensmitte"
1996-12	Europäischer Workshop in Seddin mit Gästen aus Schweden und Österreich: „Bildung und soziale Integration älterer Arbeitsloser"
1997-01-01	Übernahme der Trägerschaft für die Projekte durch den Förderverein
1997-06-05	Festveranstaltung zum 5. Jahrestag der Akademie in Neuruppin
1999-09-01	Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz
2000-11-27	Tagung in Schwedt: „Die hohe Altersarbeitslosigkeit unter dem Blickwinkel der demografischen Veränderungen"
2000-12-31	Dokumentation einer Veranstaltungsreihe zur deutsch-polnischen Geschichte „Blickwinkel – kąt widzenia"
2001-01-01	Start des Projektes „Akademie 50plus" in den Arbeitsamtsbezirken Eberswalde, Neuruppin und Potsdam
2001-11-01	Integration der Akademie in den überregionalen Projektverbund „Lernkultur – Kompetenzentwicklung"
2002-04-01	Mitwirkung im bundesweiten Projekt zur Ausbildung von seniorTrainern

Quelle: Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V. (Hrsg.) (2002), o.O., S. 6.

4.5.4 Probleme in der Entwicklungsphase und im Projektverlauf

Der Förderverein existiert bereits seit Beginn der 1990er Jahre, daher befindet sich die Akademie 2. Lebenshälfte nicht mehr in einer Entwicklungs- und Aufbauphase. Allerdings entstehen neue Herausforderungen durch eine stärkere Berücksichtigung der Auswirkungen des demographischen Wandels. Darüber hinaus besteht aus Sicht der Akademie nach wie vor eine Reihe von Problemen, die auch nicht kurzfristig zu lösen sind:

- Die unsichere Finanzierung der Akademie durch ausschließlich projektbezogene Gelder und Teilnahme-Einnahmen erschwert eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit. Sicherheit und Stabilität der Aktivitäten sind permanent gefährdet. In einer stabilen Finanzierung wird denn auch der dringlichste Handlungsbedarf gesehen, um den Erfahrungstransfer und die Nachhaltigkeit einmal aufgebauter Netzwerkstrukturen sowie die weitere und kontinuierliche Umsetzung der vielfältigen Ideen der aktiven Älteren in der Akademie zu sichern. Als wichtige Aufgabe im Gesamtkontext der Aktivierung von Potenzialen wird Kontinuität und Qualifizierung angesehen. Nur so sei langfristig eine regionale Verankerung und eine dynamische Entwicklung zu erreichen (Interview).

- Das Auslaufen von Beschäftigungsprojekten und geförderten Projekten führt zu Verlust von Fachpersonal und qualifizierten Arbeitskräften, die im Laufe ihrer Tätigkeit bei der Akademie eine hohe Sensibilität für das Thema und Kompetenzen in der Erschließung der Potenziale Älterer erworben haben.
- Bezogen auf die Aktivitäten anderer Träger fehlt es an einer Vernetzung und besseren Kooperation zwischen diesen Akteuren; Netzwerkstrukturen und integrierte Strategieansätze sind nur ansatzweise erkennbar; dies ist bei vor allem ehrenamtlichen Engagement auch schwer zu leisten und erfordert im Prinzip auch geeignete interne Qualifizierungsmaßnahmen, wenngleich dies nicht das Hauptproblem ist, sondern einfach auch die finanzielle Basis fehlt, um derartige Netzwerkarbeit zu ermöglichen.

4.5.5 Bewertung und Perspektiven

Bei einer vorläufigen (externen) Bewertung der hier dargestellten strategischen Ansätze zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale können folgende ‚Erfolg versprechende', ‚problematische' und eher ‚unsichere' Aussagen getroffen werden:

- Erfolg versprechend ist der integrative Ansatz mit seiner Schwerpunktsetzung auf Bildung, Qualifizierung, Ehrenamt und Wiedereingliederung.
- Erfolg versprechend sind die regionale Vernetzung und die Bemühungen, Projekte auf kommunaler Ebene unter Beteiligung der Kommunen zu initiieren – auch wenn sich die Kooperation mit den Kommunen aus unterschiedlichen Gründen (z. B. Finanzen) noch als schwierig erweist. Der hier gewählte Ansatz, überkommunal und regional zu agieren erscheint insofern viel versprechend, da nicht jede einzelne Kommune ‚das Rad neu erfinden' muss, sondern vorhandenes Know-how genutzt werden kann.
- Als problematisch erweisen sich fehlende und unzureichende integrative Strategieansätze mit anderen Trägern. Synergieeffekte können so zu wenig genutzt werden und die Wirksamkeit einzelner Aktivitäten wird möglicherweise eingeschränkt. Sinnvoll erscheint hier eine stärkere Vernetzung, Kooperation und Arbeitsteilung mit anderen Trägern auf Landes-, Regional- und kommunaler Ebene.
- Noch unklar erscheint die Aufgabenteilung zwischen der auf Landesebene agierenden Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA), die mit finanziell und personell gut ausgestatteten Strukturen im Auftrag des Landes Projekte initiieren und finanzieren soll und der Akademie, die vor allem als Umsetzungspartner im Auftrag tätig ist. Was tatsächlich aber fehlt, sind vom Land initiierte Gesamtstrategien und übergreifende Netzwerke zu dieser Thematik; dies kann nicht allein von einem Träger wie die Akademie organisiert werden. Da bei der Akademie ein umfangreiches Know-how vorhanden ist, müssten beide „Ebenen" noch intensiver und übergreifender zusammenwirken.
- Bisher noch wenig erkennbar ist die Schwerpunktsetzung auf Strategien und Aktivitäten im Sinne der zentralen Fragestellung nach *‚regionalen und kommunalen Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen*

Potenziale einer alternden Gesellschaft' Im Vordergrund der Aktivitäten stehen nach wie vor die Qualifizierung und Wiedereingliederung Arbeitsloser, da sich hieraus am ehesten Finanzierungsmöglichkeiten ergeben. Hier scheint es jedoch zu einer Schwerpunktverlagerung der Aktivitäten des Fördervereins auch in Richtung Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt zu kommen. Wie weit das tragfähig sein wird, ist gegenwärtig noch nicht erkennbar.

- Als problematisch und unsicher ist die zukünftige Finanzierung der Aktivitäten des Fördervereins einzuschätzen.
- Unzureichend ist bisher, dass die kommunale Ebene zu wenig sensibilisiert und die Kooperation verbesserungsbedürftig erscheint. Hier dürfte sich die finanzielle Situation vieler Gemeinden als problematisch für eine intensivierte Mitarbeit auswirken.

Erforderlich erscheint daher insgesamt ein ‚langer Atem' dieser und ähnlicher Einrichtungen. Messbare positive Auswirkungen bisheriger Aktivitäten für Regionalwirtschaft und Daseinsvorsorge sind noch kaum erkennbar. Am ehesten gibt es qualitative Hinweise wie „Problemschärfung", „Sensibilisierung" usw. Quantitativ messbar sind Teilnehmerzahlen von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Anzahl von aktivierten Ehrenamtlichen, betrieblichen Beratungstätigkeiten oder von Finanzströmen für derartige Tätigkeiten. Erforderlich erscheinen auch ein kontinuierliches Monitoring und die Evaluierung der unterschiedlichen Tätigkeiten auch im Gesamtkontext landesweiter Aktivitäten und Programme.

4.6 Zusammenfassende Bewertung der Strategien für die kommunale/ regionale Entwicklung

Die Fallstudien greifen im Schwerpunkt – in unterschiedlichen Kombinationen – die Potenzialfelder „Seniorenwirtschaft", „Engagement" und „längere Berufstätigkeit" auf. Darüber hinaus wird das Thema „Weiterbildung und Qualifizierung älterer Menschen" (Potenzial „Teilhabe") bearbeitet, so z.B. in der Arbeit der Akademie 2. Lebenshälfte in Brandenburg und im strategisch angelegten Handlungskonzept des Landkreises Osnabrück. In Amtzell und im Landkreis Osnabrück sind die Aktivitäten jeweils Bestandteile eines umfassenden Konzeptes, das verschiedene Aspekte des demographischen Wandels und seiner Folgen thematisiert und mit konkreten Projekten und Maßnahmen bearbeitet. In Bielefeld steht die Seniorenwirtschaft – als Aufgabe der Wirtschaftsförderung – im Vordergrund. Darüber hinaus ist jedoch auch Bielefeld dabei, ein strategisches Konzept zum Umgang mit den Auswirkungen des demographischen Wandels politisch beschließen zu lassen und umzusetzen.

Aus der umfangreichen Practicesammlung (s. Anhang) kristallisieren sich Ehrenamt, Wohnen und Leben im Alter, Gesundheit und Prävention und Netzwerke für Senioren als die am häufigsten bearbeiteten Themen heraus. „Seniorenwirtschaft" gewinnt an Bedeutung, nach Nordrhein-Westfalen befassen sich inzwischen weitere Bundesländern mit dem Thema. Nur wenige Kommunen/Regionen entwickeln bislang ein strategisches Konzept. Im Potenzialfeld „Ehrenamt" gibt es noch einmal spezifische Schwerpunkte: Gegenwärtig steht das Engagement im sozialen

Bereich im Vordergrund, als neue Engagementfelder werden Hospizarbeit, Verbraucherschutz, Beratung und anwaltliche Funktionen diskutiert.

Die Wahl der Schwerpunkte und Themen in den Kommunen/Regionen steht dabei in keinem erkennbaren Zusammenhang zu den jeweiligen räumlichen und demographischen Ausgangsbedingungen. Eher werden Anknüpfungspunkte über bereits existierende Aktivitäten gesucht, über einen Wirtschaftsbereich, über bestehende Netzwerke oder über besonders aktive Personen.

Die Projekte in den Fallstudien sind als Kooperationsprojekte angelegt, die jeweilige schwerpunktmäßige Verantwortung und Arbeitsteilung ist je nach Inhalt sehr unterschiedlich. Entsprechend der Inhalte und Zielsetzungen werden auch die „passenden" Akteure einbezogen, die ein breites Spektrum öffentlicher, intermediärer und privater Akteure repräsentieren. Kooperation und Vernetzung führen zu einer breite(re)n Basis und Verankerung des Projektes.

Die Finanzierung erfolgt je nach Ansatz und Projekt sehr unterschiedlich. So sind die Aktivitäten in Amtzell eine Position im kommunalen Haushalt, für ausgewählte Aktionen werden jedoch auch regelmäßig Spenden bereitgestellt. Auch im Landkreis Osnabrück sind die Aktivitäten im Haushalt eingeplant, verschiedene Projekte werden (ergänzend) über Mittel des Landes (Modellprojekte), vom Bund oder der EU finanziert. Die Akademie 2. Lebenshälfte finanziert ihre Aktivitäten fast ausschließlich über Drittmittel von EU, Bund, Land, in kleinem Umfang über Teilnahmegebühren. In Bielefeld ist die Seniorenwirtschaft ein Aufgaben- und Kompetenzfeld der Wirtschaftsförderung, damit im Haushalt, erweitert um Drittmittel für zusätzliche Projekte, die Finanzgeber sind ebenfalls Land, Bund, EU. Die Finanzierung von Aktivitäten und Projekten ist vor allem dann problematisch, wenn sie nicht von Ministerien, Kommunen o.ä. getragen oder zumindest unterstützt wird. Doch auch wenn dies der Fall ist, muss von den Akteuren vor Ort kontinuierlich ein erheblicher Aufwand für die Akquise von Finanzmitteln betrieben werden, für Projekte, die in der Regel mittel- und langfristig angelegt sind. Nur in den wenigsten Fällen gelingt es, sich selbst tragende Strukturen zu schaffen (z. B. durch Einnahmen aus Gebühren oder den Verkauf von Produkten).

In den Fallstudien ist kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Höhe des Mitteleinsatzes und dem durch die Akteure wahrgenommenen Nutzen erkennbar. Eine finanzielle Unterstützung ist nachgewiesenermaßen nützlich, um Themen anzustoßen und bearbeiten zu können. Die Sicherung der Nachhaltigkeit der Finanzierung ist mit eines der größten Probleme.

Bürgerschaftliches Engagement stellt eine Ergänzung, teilweise auch eine qualitative Ausweitung des kommunalen Dienstleistungsangebots dar. Es bestätigt sich in den Fallstudien jedoch nicht, dass Kommunen durch bürgerschaftliches Engagement finanziell bedeutend entlastet werden könnten. Kosteneinsparungen bei öffentlichen Dienstleistungen, eine höhere Wirtschaftlichkeit oder Effizienzsteigerungen lassen sich quantitativ nicht belegen. Auch ist bürgerschaftliches Engagement nicht ‚umsonst'. Es wird zunehmend Wert darauf gelegt, ehrenamtlich tätige Menschen für ihre Aufgaben zu qualifizieren. Als vorteilhaft erweist sich in aller Regel eine Mischung aus haupt- und ehrenamtlicher Beteiligung und Betreuung, um den ehrenamtlich Engagierten größere Freiräume zu geben, um eine professionelle Unterstützung zu gewährleisten, aber auch, um erworbenes Know-how beim Ausscheiden ehrenamtlicher Kräfte zu erhalten. Festzustellen ist, dass bür-

gerschaftliches Engagement die Identifikation der Menschen mit ihrer Kommune verstärkt.

Seniorenwirtschaft in ihren unterschiedlichen Ausprägungen wird ein zunehmend wichtigeres Handlungsfeld für Akteure der Wirtschaftsförderung. Die wachsende Zahl von Initiativen in diesem „Kompetenzfeld“ auf Länderebene bestätigt dies. Seniorenwirtschaft wird als Wachstumssektor wahrgenommen. Bislang liegen allerdings keine umfassenden Zahlen vor. Die Studie des RWI für Nordrhein-Westfalen zeigt in groben Richtungen die positiven volkswirtschaftlichen Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft auf.

Die Idee, Potenziale zu erschließen, die sich durch die Alterung der Bevölkerung auftun, steht am Anfang. Einschätzungen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt qualitativ möglich, im Abwägen von Aufwand und Ertrag mit einem deutlichen Ausschlag zum Positiven. Dies ist ein klarer Hinweis, das Thema stärker in die Diskussion zu bringen und – auch über gelungene Handlungsansätze – zu überzeugen und weiterzuarbeiten.

5. Schlussfolgerungen und Handlungsansätze

In diesem Kapitel werden Schlussfolgerungen und Handlungsansätze vorgestellt, wie zukünftig die Potenziale, die sich durch die Alterung der Gesellschaft ergeben, nämlich dadurch, dass gebildete, mehrheitlich gesunde und finanziell gut ausgestattete Menschen älter werden, aktiviert und genutzt werden können. Basis sind die Ergebnisse der Literatur- und Internetrecherchen, verschiedener Gespräche mit ausgewählten Experten (außerhalb der Fallstudien), der Qualifizierung der ausgewählten Beispiele (Practicesammlung), vor allem jedoch der Analyse und Bewertungen der vier Fallstudien. Hinzu kommen die Ergebnisse aus den Diskussionen im Workshop am 3. Mai 2006, die einzelnen Schlussfolgerungen und Handlungsansätzen noch einmal eine Zuspitzung gegeben haben.

Auch wenn alle demographischen Prozesse eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig bedingen und beeinflussen, soll im Folgenden der Schwerpunkt auf die „Potenziale aus einer alternden Gesellschaft“ und ihre Aktivierung gelegt werden und auf die Möglichkeiten, diese abzurufen und zu nutzen. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen lassen sich für folgende Bereiche formulieren, die nicht immer trennscharf sind:

- (übergreifende) Rahmenbedingungen,
- Konzepte und Strategien,
- Handlungsfelder,
- Akteure.

Die Beispiele, die an verschiedenen Stellen genannt werden, sind, wenn keine andere Quelle angegeben ist, der umfangreichen Practicesammlung (s. Anhang) entnommen, in der sich weitere Informationen und die Quellenangaben finden.

5.1 Rahmenbedingungen

„Oberhalb“ der konkreten Handlungsansätze gibt es auf der Metaebene eine Reihe von Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, unter denen die Diskussion um „Potenziale des Alterns“ gegenwärtig geführt wird und die teilweise zu modifizieren sind.

Die Gesellschaft muss insgesamt stärker für das Thema „Altern“ sensibilisiert werden. Dies ist ein langfristiger Prozess, der ein Umdenken in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und bei allen Bürgerinnen und Bürgern voraussetzt. Die Akzeptanz neuer Altersbilder braucht Zeit.

Die Sensibilisierung für das Thema „Altern“, auch in einer positiven Sichtweise im Hinblick auf „Potenziale des Alterns“, gestaltet sich nach den bisherigen Erfahrungen schwierig. Die Ergebnisse aus den Fallstudien, aber auch der umfangreichen Practicesammlung lassen erkennen, dass die Begrifflichkeiten, die mit „Alter“ zu

tun haben, auch „Senior“ oder „50+“, negativ besetzt sind[23]. Erfahrungen aus dem Seniorenmarketing zeigen, dass sich Menschen dieser Altersgruppe eher 10 bis 15 Jahre jünger fühlen als sie tatsächlich sind und z.B. in den Bildern der Werbung eine Identifizierung nur mit Personen erfolgt, die deutlich jünger sind. Erforderlich ist damit eine „neue“ Definition von Alter vor dem Hintergrund heutiger physischer und psychischer Leistungsfähigkeit. Auch hochaltrige Menschen verfügen über Potenziale, die sich gegenwärtig hauptsächlich auf die Partner- oder Familienpflege beziehen. Tatsächlich sind jedoch Ressourcen vorhanden, die gezielt abgerufen werden sollten.

Damit verbunden sind grundlegende Umdenkungsprozesse auf allen Ebenen und bei allen Akteuren (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft), die sich auf eine veränderte Wahrnehmung von und ein verändertes Bewusstsein für ältere Menschen beziehen. Dies kann auch heißen, wie es der 5. Altenbericht vorschlägt, ältere Menschen stärker als „Motoren der Innovation“ zu sehen, entgegen der gegenwärtig noch überwiegenden Diskussion um die abnehmende Risikobereitschaft und Innovationsfähigkeit einer alternden Gesellschaft. Dazu ist es allerdings auch erforderlich, durch frühzeitige Prävention Potenziale zu erhalten. Dies kann z.B. über Gesundheitsförderung, Rehabilitation, Bildungsangebote oder eine qualitativ veränderte Nutzung der Potenziale, z.B. andere „Einsatzorte“ in Unternehmen bei körperlich belastenden Berufen, gelingen. Hier sind Unternehmen als Akteure stärker gefordert.

Es ist erforderlich, die Trennung in jung und alt aufzuheben und generationenübergreifend zu denken und zu handeln. Maßnahmen für Senioren richten sich nicht zwangsläufig gegen jüngere Menschen, jüngere Menschen engagieren sich vielfach für ältere. Der Aspekt des „Zusammenhalts der Generationen“, wie er auch im 5. Altenbericht herausgehoben wird, muss in der Gesamtdiskussion stärker berücksichtigt werden. Es fehlt bislang an einer „gemeinsamen Kultur“ für alle Generationen. Problematisch erscheint dabei zusätzlich aus heutiger Sicht, dass der Kontakt zwischen den Generationen außerhalb der Familie stark eingeschränkt ist und dieser fehlende Austausch häufig zu Kommunikationsschwierigkeiten führt. Es sollte daher intensiv überlegt werden, mit Hilfe welcher Strategien diese gemeinsame Kultur, auch im Sinne einer Generationensolidarität, aufgebaut und gefördert werden kann.

Dies können z.B. Initiativen/Strategien sein, die das Miteinander von Jung und Alt fördern, wie etwa das Netzwerk der Generationen in Amtzell, das als Gesamtkonzept darauf zielt, alle Altersgruppen der Gemeinde einzubinden, generationsübergreifende Einrichtungen schafft und versucht, ein „Wir-Gefühl“ zwischen Jung und Alt zu entwickeln. Dazu beitragen können ehrenamtliche Aktivitäten, die jeweils die andere Generation in den Mittelpunkt stellen, so z.B. eine Initiative (i. R. eines BMFSFJ-Programms), die ehrenamtliche Tätigkeiten in Familienzentren, Begleitdienste für Kinder oder die stundenweise Betreuung Pflegebedürftiger in Tandems von einem jungen und einem älteren Menschen (ab 55) durchführen lässt.

Auch in der Wirtschaft und im Erwerbsleben ist ein Umdenken erforderlich. Der bisher noch weit verbreiteten Unternehmenspolitik, ältere Beschäftigte wegen an-

23 Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Krefeld hat für ihre Initiativen in der Seniorenwirtschaft den Namen „Krefeld Souverän“ gewählt, als Anglizismus für Senior, der jedoch positiv besetzt ist.

geblich nachlassender Belastbarkeit und Aufgabenerfüllung „auszusteuern", muss entgegengewirkt werden. Es gibt zunehmend Unternehmen, die explizit ältere Mitarbeiter einstellen und erfahrene Führungskräfte suchen, es gibt altersgerechte Weiterbildungsangebote, „lebenslanges Lernen" gewinnt in Diskussion und ersten Ansätzen der Umsetzung an Bedeutung. Auch in Unternehmen gibt es, mit dem Ziel der Optimierung des betrieblichen Wissensmanagements, inzwischen öfter Senior-Junior-Partnerschaften. Auch nach der Berufstätigkeit finden sich immer häufiger Formen von „Senioren als Interim-Manager", „Alt hilft Jung – Wirtschaftssenioren", Senior Experten Service, also Aktivitäten, die ausdrücklich auf Erfahrungswissen älterer Menschen und den Know-how-Transfer setzen und damit auch einen Beitrag zu einem anderen Altersbild leisten.

Eine breite Kommunikation über die sich abzeichnenden Veränderungen ist unverzichtbar.

Gute Beispiele können einen Beitrag zu einer stärkeren Sensibilisierung, für ein differenziertes Altersbild und erste Schritte in Richtung Umdenken leisten. Unverzichtbar ist eine breite Kommunikation über sich abzeichnende Veränderungen. Auf Bundes- und Länderebene finden hier inzwischen vielfältige Aktivitäten statt und es werden Projekte initiiert. Diese Prozesse müssen fortgesetzt und intensiviert werden. Das gilt insbesondere für die Verwaltung auf kommunaler Ebene selbst und zwischen Verwaltung und Rat, aber auch für die Kommunikation mit dem Bürger und der lokalen Wirtschaft. So gehört z.B. zum Handlungskonzept „Demographischer Wandel" und der Zwei-Wege-Strategie im Landkreis Osnabrück eine breit angelegte Kommunikationsstrategie mit einer Auftaktveranstaltung, mit Ausstellungen, mit regelmäßigen Vorträgen bei Wirtschaft, Kirchen, Parteien, Räten, mit einer Zeitungsserie und einer Schülerprojekt-Werkstatt. Ein wichtiges Element ist darin allerdings auch, die Menschen über Themen anzusprechen und weniger, die Angebote auf spezifische Altersgruppen zuzuschneiden. Dieses Vorgehen (z.B. auch Ansprache über Lebensstiltypen) erleichtert die Ansprache, eine Erfahrung, die auch aus anderen Fallstudien und Projekten bestätigt wird. Sensibilisierung und Umdenken sind langwierige Prozesse, die Zeit erfordern, trotz der Notwendigkeit relativ schnell umzusteuern.

Das Handlungsfeld „demographischer Wandel" – und damit auch „Alterung" – ist eine Querschnittsaufgabe. Sie sollte in den (Kommunal-)Verwaltungen – über Ressortorientierungen hinweg – entsprechend organisiert werden.

Kaum thematisiert ist bislang die Frage, in welchem Bereich einer (Kommunal-) Verwaltung „demographischer Wandel" oder „Alterung" (nicht i.S. der „klassischen" kommunalen Altenhilfe) als Themen ressortieren könnten. In der Organisation einer Verwaltung sind „demographischer Wandel" oder „Alterung" Querschnittsthemen, es sind verschiedene Dezernate, Ämter und Fachbereiche betroffen, die ihre Aktivitäten koordinieren sollten. Die Ressortorientierung der Verwaltung erschwert eine integrierte Bearbeitung. Hier gilt es zu klären, ob neue, effizientere Organisationsstrukturen Abhilfe schaffen und diesem Querschnittscharakter eher gerecht werden können, oder ob die Bearbeitung des Themas in den bisherigen Struktu-

ren zu leisten ist. Diese Strukturen müssen zugleich nachhaltig und dauerhaft sein, es wird nicht ausreichen, nur kurz- oder mittelfristige Lösungen von Problemen zu entwickeln. Dabei werden auch Fragen der Finanzierung dieser Aktivitäten an Gewicht gewinnen. Immer stärker wird es dabei darauf ankommen, neben einer internen Koordination, die Aktivitäten externer Organisationen und Einrichtungen als Partner in übergreifende Konzepte einzubinden.

Ein erster Schritt kann z.B. die Einrichtung einer Stabsstelle „Demographischer Wandel" bei der politischen Spitze sein, wie es die Stadt Bielefeld im Jahr 2004 getan hat. Im Landkreis Osnabrück ist das Referat für Strategische Steuerung und Kreisentwicklung mit der Umsetzung des Handlungskonzepts zum demographischen Wandel befasst. In der Stadt München ist das Thema des demographischen Wandels beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung angesiedelt, mit einem klaren Auftrag, referatsübergreifend tätig zu werden. Mit der Überarbeitung der „Perspektive München" wird eine „Stadtentwicklungsplanung im Prozess" realisiert, um auf die sich ändernden sozioökonomischen und demographischen Rahmenbedingungen reagieren zu können. Zugleich ist dieser Prozess mit einer „Fortbildung" der Verwaltung zum Thema verbunden.

In verschiedenen Städten sind inzwischen ressortübergreifende Arbeitsgruppen zum Thema in den Verwaltungen eingerichtet worden. Die Einbeziehung politischer Vertreter wird unterschiedlich gehandhabt. Die Arbeitsgruppen haben den Auftrag, den demographischen Wandel in seinen verschiedenen Aspekten für die jeweilige Stadt aufzuzeigen und aktive und reaktive Strategien mit unterschiedlichen Zeithorizonten zu entwickeln (z.B. Stadt Osnabrück, Heidelberg).

5.2 Konzepte und Strategien

„Unterhalb" dieser großen Rahmenbedingungen ordnen sich die konkreten Handlungsansätze ein, die vor allem auf der kommunalen/regionalen Ebene entwickelt werden, da hier die Auswirkungen der Veränderungen besonders spürbar werden.

Einzelansätze sollten zu integrativen Gesamtkonzepten verbunden werden um vermeintliche Gegensätze sichtbar zu machen, Synergien zu ermöglichen und unkoordiniertes Handeln zu vermeiden.

Deutlich wird die Notwendigkeit, Einzelansätze (z.B. zur Altenpolitik) in ein strategisches Gesamtkonzept zur Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels einzubinden, um Synergien zu ermöglichen (Ressourcenbündelung). Zentrale Elemente eines solchen Gesamtkonzeptes sollten eine differenzierte Darstellung des Status quo der Bevölkerung sein, Prognosedaten für ausgewählte Zeitpunkte in der Zukunft, die Formulierung einer Zielvorstellung für die Bevölkerungsentwicklung, die Identifizierung von bevorzugten – lokal/regional angepassten – Handlungsfeldern, die Benennung von Maßnahmen, zu beteiligenden Akteuren, den angestrebten Zeithorizonten, aber auch den erforderlichen finanziellen Ansätzen.

Auch hier gilt die bereits angesprochene Notwendigkeit eines veränderten Denkens. Statt in Gegensatzpaaren wie Kinder- und Familienfreundlichkeit *oder* Seni-

orenfreundlichkeit zu denken, ist es erforderlich, generationenübergreifend anzusetzen, den Gedanken eines intergenerationellen Netzwerks zu verfolgen (z.B. Amtzell, Arnsberg). Die Synergien, die sich daraus ergeben, beide großen Handlungsfelder zu bearbeiten, müssen deutlicher werden (z.B. gemeinsame Nutzung von Infrastruktureinrichtungen, ehrenamtlich tätige ältere Menschen in der Kinderbetreuung).

Integrative Konzepte haben z.B. die Stadt Bielefeld (Demographisches Handlungskonzept), der Landkreis Osnabrück (Zwei-Wege-Strategie), die Samtgemeinde Artland (Samtgemeindeentwicklungskonzept „artland aktiv), die Stadt München („Perspektive München").

Die Gemeinde Arnsberg beschreibt den demographischen Wandel als Gemeinschaftsaufgabe aller kommunalen Akteure und hat sich zum Ziel gesetzt, den Prozess gemeinsam mit den Bürgern zu gestalten und sie verstärkt in kommunale Entscheidungsprozesse einzubeziehen. In diesem Prozess übernimmt das Arnsberger-Senioren-Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Funktion. In den Maßnahmen und Handlungsfeldern geht es ebenso um den Ausbau einer ganzheitlichen Seniorenpolitik, wie eine Allianz mit örtlichen Unternehmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Integration von Ausländern und Migranten oder die Sicherstellung und den Ausbau der Dienstleistungs- und Versorgungsfunktionen der Stadt.

Einen ähnlichen Weg geht die Stadt Ludwigsburg, die im Rahmen der Neuaufstellung des Stadtentwicklungskonzepts ein integriertes Vorgehen wählt, das eine intensive Bürgerbeteiligung realisiert und die demographischen Entwicklungen in den Stadtentwicklungsprozess und den Masterplan einbezieht.

Die Stadt Gelsenkirchen verabschiedete im Oktober 2005 einen „Masterplan Senioren". Die „Gesellschaft des langen Lebens" wird darin als zentrale Herausforderung für die Weiterentwicklung der Stadt- und Sozialplanung und der Seniorenarbeit formuliert. Perspektivisch soll die Stadt Gelsenkirchen als Expertenstandort für den Umgang mit dem demographischem Wandel qualifiziert werden, orientiert an den Leitbildern Partizipation und Generationensolidarität. Inhaltliche Ziele sind Gesundheit, Pflege und Unterstützung, Bildung, Kommunikation und Teilhabe sowie Wohnen und Wohnumfeld. Die Umsetzung des Masterplans erfolgt in verschiedenen Einzelprojekten. Ein wichtiges Element sind Zukunftswerkstätten für/mit Senioren, in Kooperation mit dem Agenda 21-Büro Masterplan, in denen Senioren selbst Projekte für ihre Zukunft entwickeln und sich in der Umsetzung engagieren.

Kooperationen in unterschiedlichsten Zusammenhängen sind bei der Aktivierung der Potenziale einer alternden Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Neben Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen sollten auch die Bürger intensiver in die Prozesse einbezogen werden.

Kooperationen stellen ein zentrales Instrument dar. Kooperationen beruhen vielfach auf persönlichen Beziehungen (personale Netzwerke) und auf Freiwilligkeit. Wichtige Bestandteile solcher Prozesse sind die Ressourcen Konsens, Vertrauen, Kommunikationsfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft, Transparenz und „Kli-

ma“, die aufgebaut, gepflegt und weiterentwickelt werden müssen. Dies erfordert Zeit, ebenso wie der Weg, neue Kooperationen zu initiieren und aufzubauen. Kooperationen müssen „gelernt“ werden und bedürfen in der Regel der Moderation durch geeignete Institutionen oder Personen. Auch hierin ist ein wichtiges Aktionsfeld zu sehen. Vorteile ergeben sich, wenn an bereits gut funktionierende Kontakte/Kooperationsbeziehungen angeknüpft werden kann. Der „Vertrauensvorschuss“ infolge bestehender personaler Netzwerke, der entsteht, wenn an positive Vorerfahrungen von Zusammenarbeit angeknüpft werden kann, ist nützlich für neue Kooperationsansätze.

In einzelnen Kommunen sind die Bürger aktiv in die Prozesse zur Gestaltung des demographischen Wandels eingebunden, über gemeinsame Diskussionsforen, über Zukunftswerkstätten o.ä. Dies setzt strukturierte, differenzierte Kommunikationsprozesse voraus. Die Einschätzungen, ob „top down“ oder „bottom up“ vorgegangen werden sollte, differieren. Bei strategisch angelegten Ansätzen kann es sinnvoll sein, interessierte Bürger gleich von Beginn an einzubeziehen (z.B. Arnsberg), damit die Diskussion öffentlich geführt wird und das Thema „demographischer Wandel“ zu einem Anliegen aller wird. Der Weg, dass zunächst eine kleine Gruppe konzeptionell in Vorleistung tritt, ermöglicht ein schnelleres Vorgehen und bietet die Chance, weniger Kompromisse eingehen zu müssen. Allerdings sind diese Ergebnisse oft schwerer einer größeren Gruppe zu vermitteln (z.B. Samtgemeinde Artland). Grundsätzlich gilt jedoch, dass das Einbinden einer größeren Zahl von Akteuren, die einen unterschiedlichen Erfahrungshintergrund vorweisen, Zeit erfordert. Dieser Zeitaufwand sollte vorher zumindest thematisiert werden – dies vor dem Hintergrund, dass es für die Motivation der Beteiligten, gerade der wirtschaftlichen Akteure, besonders wichtig ist, in akzeptablen Fristen konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Kiel entwickelte eine Initiative Zukunftsdialog „Demographischer Wandel“, die sich u.a. einordnet in die aktive Politik auf Landesebene zum Thema. Ziele sind Sensibilisierung, Bewusstseinsbildung und die Vernetzung der Beteiligung. Ein Instrument sind Demographie-Konferenzen (Abschlussveranstaltung „Zukunftskonferenz“ im Sommer 2006), die sich, unter breiter Beteiligung aus allen gesellschaftlich relevanten Bereichen, mit den Themen „Älter werden in der Region – interkommunale Strategien“, „Kinder und Familien“, aber auch „Wirtschaft und Beschäftigung“ befassen. Daneben gibt es eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe „Demographische Entwicklung“.

Die Stadt Heidelberg befasst sich im Rahmen der Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts ebenfalls mit dem demographischen Wandel in Heidelberg. Die „Vorarbeit“ wird von Verwaltung und Politik geleistet. Es geht um die Entwicklung eines umfassenden Konzepts, das die Breite des Themas darstellt. Generationenbeziehungen haben darin den Stellenwert eines eigenen Handlungsfeldes.

„Leuchtturmprojekte“ können bei der Aktivierung der Potenziale einer alternden Gesellschaft sinnvoll sein und wichtige Anstoßfunktionen übernehmen. Die Sicherung ihrer Nachhaltigkeit sollte allerdings gewährleistet sein.

Kontroverse Meinungen gibt es im Hinblick auf die Rolle so genannter „Leuchtturmprojekte“. Diese können einerseits mögliche „Initialzünder“ und damit zentral dafür sein, das Thema „Alterung“ zu kommunizieren. Andererseits bergen solche Projekte die Gefahr, dass die Bearbeitung des Themas ausschließlich darauf begrenzt und kein dauerhaftes Vorgehen geplant wird. Mit dieser Perspektive scheint die Initiierung kleinerer Projekte, die sich in ein Konzept einfügen, die geeignetere Vorgehensweise zu sein. Mit Blick auf die erforderlichen Ressourcen muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Kommunen bzw. Regionen häufig nicht in der Lage sind, derartige Leuchtturmprojekte zu initiieren. Hier könnten beispielsweise mit der Vergabe von Fördermitteln Aktivitäten angestoßen werden, wie dies zum Teil bereits geschieht. Gleichzeitig muss es aber auch darum gehen, die Nachhaltigkeit von Leuchtturmprojekten sicherzustellen und ihre Funktion als Initialkern für weiteres Arbeiten besser zu entwickeln.

Fallstudien und Practicesammlung zeigen, dass beide Wege gegangen werden. So ist die Einrichtung einer Stabsstelle in Bielefeld von der Anlage her eher als Leuchtturm zu bezeichnen, im Landkreis Osnabrück werden unter dem Dach des demographischen Wandels und der Zwei-Wege-Strategie viele Einzelprojekte realisiert. Beide Wege können funktionieren.

Monitoring und Controlling sollten grundlegende Bausteine im Umgang mit dem demographischen Wandel sein. Bislang werden diese Instrumente allerdings zu wenig eingesetzt.

Prozessmonitoring und kontinuierliches Controlling gelten als grundlegende Elemente jedes Prozesses und/oder Projekts um Wirkungen zu messen und gegebenenfalls Strategien und Konzepte anzupassen. In der Regel überwiegen jedoch reine „Vollzugskontrollen“ oder relativ oberflächliche Ergebniskontrollen, die viele Aspekte außer acht lassen und die Möglichkeiten reduzieren, im laufenden Prozess Um- oder Nachsteuerungen zu leisten, die Zielgenauigkeit, Effektivität und Effizienz erhöhen könnten.

Explizit thematisiert wird Evaluierung im Landkreis Osnabrück. Innerhalb der Kreisverwaltung koordiniert und evaluiert das Referat für strategische Steuerung und Kreisentwicklung die Umsetzung der Handlungsschwerpunkte im Rahmen der „Zwei-Wege-Strategie“.

5.3 Ausgewählte Handlungsfelder

Es lassen sich eine Reihe konkreter Handlungsfelder identifizieren, in denen teilweise schon gearbeitet wird, andere, in denen Aktivitäten verstärkt werden könnten. Dabei sind unterschiedliche räumliche Ebenen und unterschiedliche Akteure betroffen. Im Kapitel „Potenziale“ wurden bereits für eine Reihe von konkreten Handlungsfeldern, so z.B. „Wohnen im Alter“, „Gesundheit/Tourismus“, „Bildung“ sowie „Neue Medien und Telekommunikation“ Handlungsansätze aufgezeigt. Im

Folgenden sollen Schwerpunkte auf der Motivation der Regionalwirtschaft, dem bürgerschaftlichen Engagement und denkbaren neuen Instrumenten und Zielgruppen liegen.

Die Akteure der Regionalwirtschaft sollten intensiver auf die Potenziale aufmerksam gemacht werden, die sich aus der wachsenden Zahl älterer Menschen ergeben. Es lassen sich neue Märkte erschließen und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

In den letzten Jahren gewinnt die sog. Seniorenwirtschaft an Bedeutung, sie wird vielfach als neues Wirtschaftscluster apostrophiert. Es geht vor allem darum, die lokalen und regionalen Unternehmen auf die gewachsenen Ansprüche Älterer aufmerksam zu machen und sie für die potenziellen neuen Märkte zu sensibilisieren, die Aufgeschlossenheit für Forschung und Entwicklung in der Seniorenwirtschaft zu erhöhen, innovative Senioren-Dienstleistungen und –technologien zu entwickeln, aber auch Kooperationen und Netzwerken zwischen Akteuren der Seniorenwirtschaft zu unterstützen. Kommunen übernehmen dabei, z.B. über ein gezieltes Standortmarketing, das Zusammenbringen potenzieller Partner oder die Koordination von Netzwerkarbeit, eine wichtige Rolle.

Bielefeld war eine der ersten Städte, die sich in Deutschland des Themas angenommen hat. Das Handlungsfeld Gesundheits- und Seniorenwirtschaft ist ein Aufgabenbereich (Kompetenzschwerpunkt) der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Bielefeld. Über eine Reihe von Veranstaltungen, die von Anfang an regelmäßig zu den verschiedensten Themen angeboten wurden, den schrittweisen Aufbau eines Netzwerks für die Akteure der regionalen Gesundheitswirtschaft, eine enge Kooperation mit Kammern, Wohnungsbaugesellschaft, karitativen Einrichtungen usw., wird unterschiedlichen Gruppen, z.B. den Handwerkern, der Nutzen einer stärkeren Befassung mit Seniorenwirtschaft (z.B. spezifischere Ausrichtung des Dienstleistungs- und Serviceangebots auf die Zielgruppe der älteren Menschen) nahe gebracht. Es ist eine kontinuierliche Aufgabe der Wirtschaftsförderung, die, gerade in der Netzwerkarbeit und in der organisatorischen Betreuung der Aktivitäten, sehr zeitaufwändig ist.

Auch die Wirtschaftsförderung der Stadt Krefeld hat unter dem Namen „Krefeld Souverän“ und in Kooperation mit der inoges ag (Gesellschaft für Innovation im Gesundheitswesen), dem SWZ (Gelsenkirchen) und der Landesinitiative Seniorenwirtschaft begonnen, das Thema Seniorenwirtschaft zu erschließen. Geplant ist die Gründung einer Stiftung, um nachhaltig und dauerhaft generationenübergreifende Ideen zu generieren und Angebote zu machen. Seit Mai 2005 wurden verschiedene Veranstaltungen zu den Themen Ernährung, Handel, Kulturwirtschaft im demographischen Wandel, Wohnen mit Service, Prävention und Rehabilitation für ein gesundes Alter durchgeführt. Die Aktivitäten stehen noch am Anfang.

In einer konsequenten Weiterentwicklung könnte für Kommunen, z.B. für die Akteure der Wirtschaftsförderung in Kooperation mit weiteren Beteiligten, eine seniorenorientierte Standortprofilierung ein bedeutendes Handlungsfeld werden. Dabei würden mehrere Zielgruppen adressiert: entsprechende Unternehmen, Senioren, die am Standort verbleiben und damit die Wirtschaftskraft dort erhöhen, Erwerbstätige, die in Betrieben der Seniorenwirtschaft beschäftigt sind, zuwandernde Se-

nioren, die auf die Steigerung der Attraktivität als Wohnort für Senioren reagieren – vorausgesetzt auch die Wohnungswirtschaft stellt sich auf deren spezielle Ansprüche ein. Im Ergebnis könnten also regionalwirtschaftliche, fiskalische und Beschäftigungseffekte erzielt werden, wie es das RWI in einem Gutachten für Nordrhein-Westfalen zu quantifizieren versucht (RWI 2005, S. 45). Denkbar ist auch eine Profilierung eines Standortes als „intergenerationell“ (z.B. Netzwerk der Generationen in Amtzell), der attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Altersgruppen bietet und die inzwischen vielerorts zumindest postulierte Kinder- und Familienfreundlichkeit erweitert.

Die Region K.E.R.N. (Kiel, Eckernförde, Rendsburg, Neumünster), ein Modellprojekt der Raumordnung (MORO), strebt den Aufbau eines seniorenorientierten Wirtschaftsraums an. Dazu gehören eine Strategieentwicklung, Marktforschung, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkbildung, Wissenstransfer, Marketing und eine Qualifizierung der Unternehmen, mit dem Ziel stärker in einer seniorenorientierten Regionalwirtschaft aktiv zu werden und ein „Kompetenznetzwerk“ der Seniorenwirtschaft zu entwickeln.

Auch die Bundesländer sind aktiv im Handlungsfeld. Nach Nordrhein-Westfalen beginnen inzwischen andere Bundesländer mit Aktivitäten, so z.B. Bayern (Generation Research Program zur interdisziplinären Generationenforschung), das Land Bremen (Gesundheitswirtschaft), Mecklenburg-Vorpommern (Seniorentourismus) und Schleswig-Holstein (Dialog der Generationen).

Das bürgerschaftliche Engagement stellt eines der wichtigsten Potenziale für die Gesellschaft dar. Bürgerschaftliches Engagement sollte so früh wie möglich gefördert und ausgebaut werden. Dazu sind Strategien erforderlich, die die individuellen Fähigkeiten der Akteure, Qualifizierung, organisatorische Unterstützung fördern, aber auch Anerkennung stärker in den Vordergrund stellen.

Die Möglichkeiten, die bürgerschaftliches Engagement bietet, sollten zukünftig noch stärker genutzt werden. Dieses Engagement stellt das wahrscheinlich wichtigste Potenzial dar, das entsprechend „gepflegt“ und ausgebaut werden sollte. Wichtig ist es allerdings, früh und nicht erst im Alter mit der Engagementförderung beginnen. Grundsätzlich sollte das Thema Bürgerschaftliches Engagement, ähnlich wie Integration oder Bildung, unabhängig vom demografischen Wandel thematisiert werden (Diskussion Workshop).

Nach den Freiwilligensurveys des BMFSFJ sind etwa 40 Prozent der älteren Menschen ehrenamtlich aktiv. Darüber hinaus gibt es ein großes Interesse, gerade auch bei den über 60-Jährigen, das Engagement zu erweitern. Nach internationalen Vergleichszahlen liegt Deutschland hier lediglich im Mittelfeld. Die Erfahrungen zeigen allerdings, dass einerseits zwar eine Zunahme des bürgerschaftlichen Engagements zu beobachten ist, andererseits jedoch bei den über 60-Jährigen eine Fluktuationsrate von mehr als 50 Prozent festzustellen ist (Diskussion Workshop). Deshalb sollten Strategien dahin gehen, das bestehende Engagement zunächst zu stabilisieren, Umstiege zu begleiten und institutionell zu organisieren.

Die Freiwilligensurveys und weitere Untersuchungen zeigen, dass sich ältere Menschen bevorzugt im familiären Bereich und der Nachbarschaft, aber auch in Sportvereinen, im Kulturbereich, in der Kirche, in der Politik oder auch im klassischen Ehrenamt engagieren. Eine gewisse Skepsis besteht gegenüber neuen Angeboten, wie z.B. Seniorengenossenschaften oder Selbsthilfegruppen. In der aktuellen Diskussion, so z.B. zum 5. Altenbericht der Bundesregierung, werden Verbraucherschutz, Beratung, anwaltliche Funktionen als neue Engagementfelder diskutiert. Das Handlungsfeld bürgerschaftliches Engagement geht allerdings weit über das Engagement ältere Menschen hinaus. Bürgerschaftliches Engagement sollte in allen Alters- und Lebenslagen gefördert werden. Zugleich sollte versucht werden, generationsübergreifende Engagementformen zu fördern, da traditionelle, generationsübergreifende Begegnungen kaum noch bestehen.

Im Hinblick auf ältere Menschen (aber auch hier gelten einzelne Anregungen über diese Gruppe hinaus) können Aktivitäten in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vertieft oder neu ausgerichtet werden. Die Erfahrungen zeigen, dass Angebote zu ehrenamtlichen Tätigkeiten stärker auf die persönlichen Vorlieben der Akteure zugeschnitten sein sollten. Die Ansprüche an das Ehrenamt haben sich konkretisiert, es werden stärker kurzfristige, verbindliche Tätigkeiten nachgefragt.

Ausbildung und Qualifizierung ehrenamtlich tätiger Personen werden – je nach „Einsatzgebiet“ – zunehmend wichtiger, zum einen um deren „Sicherheit“ in der Tätigkeit zu erhöhen, zum anderen um die ehrenamtliche Tätigkeit zu qualifizieren. Es sollte einen konkreten Ansprechpartner geben, der die organisatorische Unterstützung liefert (selbstbestimmtes Arbeiten fördern, Versicherungsschutz, Auslagenerstattung). Diese Angebote können z.B. in einer Koordinierungsstelle Ehrenamt (z.B. Landkreis Osnabrück, Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt, Landkreis Offenbach) zusammenlaufen, mit zentralen Ansprechpartnern, die konkrete Hilfestellungen geben.

Auch bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements spielt die Vernetzung der einzelnen Aktivitäten und Akteure (Kontaktnetzwerk) eine zentrale Rolle. Arbeiten in einer Einrichtung hauptamtliche und freiwillige Akteure zusammen, so sollte dieses Verhältnis, das Konflikte bergen kann, durch möglichst eindeutige Absprachen und eine klar umrissene Aufgabenteilung geregelt sein. Die Richtung geht jedoch dahin, eine stärkere Vernetzung zwischen Haupt- und Ehrenamt zur Verbesserung der kommunalen Rahmenbedingungen anzustreben (Diskussion Workshop).

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die öffentliche Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit (Entwickeln einer Anerkennungskultur). Ehrenamtlich engagierte Menschen müssen sich seitens der Gemeinde ernst genommen und unterstützt fühlen, daraus entsteht ein Gefühl der Sicherheit und es steigert die Motivation.

Der „Mehrwert“, der sich aus dem „doppelten Nutzen“ für die eigene Person und andere ergibt, sollte noch stärker in Vordergrund gestellt werden. Darüber hinaus zeigen Erfahrungen, dass ältere Menschen sich eher angesprochen fühlen, wenn die Angebote offen und weniger „seniorenspezifisch“ gehalten sind.

Wie vielseitig Engagement sein kann, zeigt das Beispiel des Landkreises Offenbach. Im Kern geht es um die Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch

Qualifizierung, Auslagenerstattung und selbstbestimmtes Arbeiten. Einen Schwerpunkt stellt die Förderung des Dialoges zwischen den Generationen dar, gebaut wurde ein sog. Generationenzentrum. Seit 1994 wird dort das Konzept der Seniorengenossenschaften, die auf dem Prinzip des Zeittausches basieren, realisiert, mit insgesamt 10.000 aktiven Mitgliedern. Aktive Senioren betreuen und unterstützen hilfebedürftige Ältere und sammeln dabei Zeitpunkte, die bei Bedarf (z.B. eigenem Hilfeanspruch) eingelöst werden können. 2003 wurde eine Ehrenamtskarte (e-card) als Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit eingeführt, die seit 2006 in ganz Hessen anerkannt ist und Vergünstigungen bei Kultur- und Freizeitangeboten bietet.

Bürgerschaftliches Engagement sollte nicht „instrumentalisiert" werden. Kosteneinsparungen oder ein breiteres kommunales Leistungs- und Serviceangebot können positive Nebeneffekte ehrenamtlicher Arbeit sein.

Sowohl in der Praxis als auch in der Wissenschaft wächst die Befürchtung, dass das „Bürgerschaftliche Engagement" auch angesichts des demografischen Wandels „instrumentalisiert" werden könne, im Sinne einer bewussten Verlagerung staatlicher Aufgaben auf das bürgerschaftliche Engagement (kostengünstiger „Lückenbüßer" des Sozialstaats).

Die Annahme, dass Kommunen durch die Nutzung dieser „Potenziale", vor allem auch durch Bürgerschaftliches Engagement, finanziell bedeutend entlastet werden könnten, bestätigt sich in der Praxis nicht. Kosteneinsparungen bei öffentlichen Dienstleistungen, eine höhere Wirtschaftlichkeit oder Effizienzsteigerungen lassen sich quantitativ nicht belegen. Zwar gibt es Aussagen aus den Fallstudien und Expertengesprächen, die darauf hinweisen, dass „durch bürgerschaftliches Engagement die Allgemeinheit Angebote nutzen kann, die sonst von der Kommune nicht finanziert werden könnten." Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels werden die öffentlichen Leistungen in manchen Teilräumen der Bundesrepublik weiter eingeschränkt werden müssen. Ehrenamtliches Engagement kann dazu beitragen, einzelne Angebote zu „stabilisieren", da die Tragfähigkeit der Einrichtungen und Angebote mit der Unterstützung durch „kostenfreies" Personal möglicherweise länger aufrecht erhalten werden kann. Auch wird hingewiesen auf den gegenseitigen Nutzen für Bürger (sinnvolle Zeitverbringung, Anerkennung, Übernahme von Verantwortung) und Kommune (Unterstützung in bestimmten Tätigkeitsfeldern) aus ehrenamtlicher Tätigkeit, verbunden mit einer (noch zu entwickelnden) Anerkennungskultur und einer intensiveren Ausbildung und Qualifizierung ehrenamtlich tätiger Personen. Es besteht Übereinstimmung, dass Kostenersparnisse oder erweiterte kommunale Leistungs- und Serviceangebote positive Nebeneffekte ehrenamtlicher Arbeit sein können. Ehrenamt sollte allerdings immer in Ergänzung zu professioneller Arbeit erfolgen.

Das Engagement und die Partizipation bildungsferner und finanziell nicht ausreichend abgesicherter älterer Menschen sollten zukünftig verstärkt gefördert werden.

Hier müssen Ansätze gefunden werden, Personen mit niedrigerem sozialem Status anzusprechen und für Engagement zu interessieren, z.B. über Angebote, die direkt auf die Verbesserung ihrer konkreten lokalen Lebensverhältnisse besonders in sozial belasteten Wohngebieten zielen. Die Erfahrungen aus dem Bundesmodellprojekt „Soziale Stadt" könnten dazu genutzt und an bestehende Ansätze von Kooperationen angeknüpft werden.

Ein Aspekt, der häufig vernachlässigt wird (da in der Diskussion um Potenziale vor allem die wirtschaftlichen Ressourcen älterer Menschen einen Anknüpfungspunkt darstellen) ist die zunehmende Prekärisierung der Lebensverhältnisse älterer Menschen, die ein ehrenamtliches Engagement erschweren, da diese Menschen darauf angewiesen sind, auch im Alter zusätzlich zu den Altersbezügen Geld zu verdienen. Hier sollte geprüft werden, Engagement stärker über das Angebot z.B. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse für ältere Menschen abzurufen, die bereit sind, sich zu engagieren, jedoch auf eine (zumindest geringe) Vergütung ihres Engagements angewiesen sind.

Im berufsbezogenen Ehrenamt weist eine wachsende Zahl von Initiativen darauf hin, dass ein erhebliches Wachstumspotenzial vorhanden ist.

Denkbar sind Orientierungsphasen für ältere Menschen bereits am Anfang des Ruhestandes. Überlegt werden könnte eine „Ehrenamtsdienstpflicht" nach dem Berufsleben, vergleichbar mit dem Zivildienst, die zum einen den Ausstieg aus dem Berufsleben erleichtern und zum anderen gleichzeitig Interesse an bürgerschaftlichem Engagement - berufsbezogen, gesellschaftlich - im Alter wecken könnte (auch: Retiree Volunteering).

Ein dreijähriges Modellprojekt des Landes Niedersachsen mit dem Titel „Freiwilliges soziales Jahr für Senioren", soll Impulse für das ehrenamtliche Engagement geben. Einsatzfelder für die Teilnehmer sind sozialpflegerische Einrichtungen, Kirchengemeinden und Vereine. Die Teilnahme ist auf ein Jahr begrenzt und erstreckt sich auf maximal ein bis zwei Tage pro Woche. Eine Initiativgruppe (Vertreter des Freiwilligenzentrums Hannover, des kommunalen Seniorenservice, der Arbeiterwohlfahrt und des Bereichs Stadtentwicklung), die im regionalen Bildungsnetzwerk FLUXUS zusammengeschlossen sind, begleiten und evaluieren das Projekt.

Das hohe Bildungsniveau älterer Menschen sollte intensiver über ehrenamtliche Tätigkeiten abgerufen und genutzt werden.

Stärker beachtet werden sollte der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Engagement. Der Bildungsstand gerade auch älterer Menschen sollte verstärkt abgefragt werden, die Kompetenz Älterer sollte stärker anerkannt, erhalten und genutzt werden.

So gibt es auf Bundesebene das Modellprogramm EFI (Erfahrungswissen für Initiativen) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). In 35 Kommunen werden bis 2006 mit Unterstützung der Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen neue Verantwortungsrollen für Ältere unter der Bezeichnung "seniorTrainerin" erprobt. Bislang wird eine positive Bilanz des Modellprogramms gezogen (etwa 1000 Teilnehmer, mehr als 3000 ehrenamtliche Projekte aufgebaut, beraten, begleitet). Solche Initiativen gilt es fortzuführen und auszubauen. Auch auf Länderebene gibt es eine Vielzahl von Initiativen, die eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, gerade auch älterer Menschen, in den Vordergrund stellen (s. auch Practicesammlung).

Kommunen und Unternehmen können bei der Förderung des Ehrenamtes – über die Aktivierung der Potenziale älterer Menschen hinaus – eine wichtige Rolle übernehmen.

Kommunen können – in ihrer Rolle als Arbeitgeber – ehrenamtliches Engagement ihrer Mitarbeiter anerkennen oder z.B. die Freistellung von Beschäftigten der Verwaltung zur Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten ermöglichen, auch wenn dies in Zeiten knapper Finanzressourcen zunehmend schwierig ist. Ähnliches gilt für Unternehmen, die im Rahmen betrieblicher Engagementförderung Möglichkeiten hätten. Hier geht es um ein Beseitigen von Wissensdefiziten in Unternehmen und ein Aufzeigen der Chancen, die sich für Unternehmen aus einer Corporate Citizenship entwickeln können, nicht nur im Hinblick auf das Image des Unternehmens.

Im Umgang mit dem demographischen Wandel gewinnen neue Instrumente an Bedeutung.

Ein Instrument, das zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist der sog. Demographie-Check (z.B. Brandenburg), der erfordert, dass bei allen Verwaltungsaktivitäten, Projekten und politischen Handlungsprogrammen die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in ihrer Differenziertheit betrachtet wird, um ein Problembewusstsein bei den Akteuren zu schärfen, aber auch frühzeitig geeignete Maßnahmen auf den Weg zu bringen und Ressourcen gebündelt und ökonomisch effizient einzusetzen.

Unter dem Stichwort „Kooperationen“ wurde bereits dargestellt, wie wichtig es ist, Bürger stärker aktiv in die Prozesse einzubeziehen. Auch die Beispielsammlung zeigt Ansätze, über neue Beteiligungsformen, über Zukunftswerkstätten gerade auch ältere Menschen in die Gestaltung der Kommunalpolitik, nicht nur der Seniorenpolitik, einzubeziehen (z.B. Arnsberg, Gelsenkirchen, Osnabrück). In Kiel ist im Rahmen der Umsetzung der „Gesamtkonzeption: Kiel – die kinderfreundliche Stadt“ (Baustein demographischer Wandel) vorgesehen, neue Elemente der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erproben.

Darüber hinaus müssten jedoch mehr Möglichkeiten eröffnet werden, nicht nur mitzudiskutieren, sondern auch – vor allem in Bezug auf die eigene Zukunft und Lebensgestaltung in einer Kommune/Region – mitzuentscheiden. Ältere Menschen müssen dazu noch mehr als politisch relevante Gruppe wahrgenommen werden. Bislang sind sie (noch) keine virulent organisierte Interessengruppe, die

mit ihren speziellen Interessen und Ansichten stärker eine politische Öffentlichkeit gewinnt.

Geprüft werden könnte die Einrichtung von „Kompetenzzentren“ (auf Landes-, regionaler Ebene), die übergreifend Know-how entwickeln, sammeln und weitergeben (über Internet, eventuell auch „physisch“), so dass auf Erfahrungswissen und „gute Beispiele“ zurückgegriffen werden kann und nicht jede Einrichtung/jede Kommune von vorne beginnen muss.

Auch die Bündelung von Kompetenzen zum Thema, z.B. als Stabsstelle wie in Bielefeld, kann ein Instrument sein, Aktivitäten, auch zur Aktivierung der Potenziale älterer Menschen, voranzubringen.

Im Rahmen zielgruppenspezifischer Strategien sollten neue Akteure/Akteursgruppen gewonnen werden.

Grundsätzlich gilt es zielgruppenspezifische Strategien einzusetzen. So ist z.B. die Erschließung der Potenziale älterer Migrantinnen und Migranten ein neues Handlungsfeld (z.B. 5. Altenbericht). Als weiteres neues Handlungsfeld wird gegenwärtig die gender-sensible Seniorenwirtschaft diskutiert, die die unterschiedlichen Interessen und Kompetenzen von Männern und Frauen berücksichtigt, die auch im Alter geschlechtsspezifische Angebote erfordern. Dies betrifft alle Bereiche, wie „Gesundheit und Wohlbefinden“, „Selbstständigkeit und Sicherheit“, „Information und Kommunikation“ oder das Thema „Pflege von Angehörigen“.

5.4 Akteure

Durch die Querschnittsorientierung des Themenfeldes „Alter“ ist eine Vielzahl von Akteuren in unterschiedlichsten Bereichen angesprochen und betroffen. Den Kommunen kommen häufig die entscheidenden Initiativfunktionen zu und die Aufgabe, Akteure zusammenzubringen und Prozesse zu moderieren. Dies schließt nicht aus, dass es teilweise sinnvoll sein kann, wenn Kommune „außen vor“ bleibt, dies kann Prozesse beschleunigen (z.B. wenn bestimmte formale Beteiligungswege dann nicht erforderlich sind) (Diskussion Workshop). Wichtig ist eine abgestimmte Arbeitsteilung zwischen den Akteuren und auf den verschiedenen Ebenen.

Für die Entwicklung aktivierender Strategien für eine alternde Bevölkerung spielen „Leitfiguren“ eine zentrale Rolle.

Wie für alle Prozesse sind auch im Handlungsfeld der Aktivierung der Potenziale des Alters Personen, die Ideen im Prozess tragen, ein wichtiger Faktor. Leitfiguren/-Persönlichkeiten können – allein durch die „Kraft ihrer Person“ – Aktivitäten fördern. Akteure, die Projekte voranbringen und mit ihnen identifiziert werden, sind (mit-)entscheidend für deren Erfolg. Sie sind von besonderer Bedeutung, um entsprechende Bemühungen zu beginnen und zu fördern. Damit besteht allerdings die Gefahr, dass mit dem Ausscheiden dieser Personen die Prozesse insgesamt

zum Erliegen kommen. Nachhaltigkeit muss dementsprechend ein Ziel sein, wenn personale Netzwerke der Zusammenarbeit entwickelt werden sollen.

Die Unterstützung durch die politische Spitze ist grundlegende Voraussetzung, um das Thema erfolgreich zu bearbeiten.

Die Unterstützung durch die politische Spitze („Chefsache") – mit einer offensiven Präsentation des Themas im politischen Raum – ist (mit-)entscheidend für den Erfolg eines Projekts in den Kommunen. Die Politik bestimmt den Handlungsrahmen, die Verwaltung muss für die Formulierung der Ziele und – einen Schritt weiter – die Implementierung entsprechender Handlungsansätze Unterstützung von der politischen Führung einfordern. Voraussetzung hierfür sind eine Interessenkongruenz und die begründete beiderseitige Erwartung von Nutzeneffekten aus den Aktivitäten im Handlungsfeld. Das persönliche Engagement der „Schlüsselakteure" ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor auch für Aktivitäten im Handlungsfeld „Potenziale älterer Menschen". Gerade im Themenfeld „Demographie" ist jedoch festzustellen, dass das Thema, wenn es für die eigene Kommune Schrumpfung und Alterung bedeutet, politisch „schwergängig" ist und bislang in eher wenigen Kommunen diese Entwicklungen offensiv präsentiert und angegangen werden.

Neben den kommunalen Akteuren sollten andere Akteure einbezogen werden, um Strategien und Maßnahmen auf eine zunehmend breite Basis zu stellen.

Neben den kommunalen Akteuren „im engeren Sinn" sollten die Privatwirtschaft, der 3. Sektor (Wohlfahrtsverbände, Kirchen) und spezifische zivilgesellschaftliche Akteure in Handlungskonzepte eingebunden werden. Stiftungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle (z.B. München Bürgerstiftung SINN). Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen oder Ehrenamtsbörsen können eine zentrale Rolle als Vermittler zwischen Anbietern und Nachfragern ehrenamtlicher Arbeit und damit bei der Aktivierung älterer Menschen für ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen.

Bund und Länder können die Entwicklung von regionalen und kommunalen Strategien zur Aktivierung der Potenziale einer älter werdenden Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise beeinflussen und mitgestalten.

Es besteht Einigkeit darüber, dass für Kommunen verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, die Entscheidungsfreiheit und Handhabe ermöglichen. Vorhandene Rahmenbedingungen (z.B. Regelwerke der verschiedensten Art, Steuergesetzgebung, Pflegeversicherung) stehen dem Engagement oft entgegen. Die Akteure vor Ort sind häufig sehr engagiert, durch Landespolitik und Vorgaben der Bundesebene, die oft als unflexibel und kontraproduktiv wahrgenommen werden (z. B. Pflegeversicherungsgesetz: formal hoher Anspruch, tatsächlich hinderlich) aber in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt (Diskussion Workshop).

Bund und Länder können in diesem Handlungsfeld also vielfältig tätig werden. Angesprochen sind verschiedene Fachressorts, die in ihrer Arbeit auch Bezüge zum Thema „ältere/alte Menschen“ aufweisen, z.B.:

- Wirtschaft: Alter und Innovationsfähigkeit, Seniorenwirtschaft;
- Arbeit: Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, Konzepte des altersgerechten Arbeitens;
- Soziales: Pflegeversicherung, Prekärisierung von Lebensverhältnissen, Ehrenamt;
- Bildung: lebenslanges Lernen, altersgerechte Fortbildung;
- Gesundheit: Prävention, Rehabilitation, Gesundheit am Arbeitsplatz.

Sowohl sektoral als auch quer zu diesen Feldern ergeben sich aus dem hier bearbeiteten Projekt eine Reihe von Anregungen für weitere Aktivitäten des Bundes, die sowohl im Rahmen von Modellvorhaben als auch von Gutachten und Einzelprojekten angegangen werden sollten.

- Eine Zusammenstellung der jeweiligen Aufgaben in Zusammenhang mit dem Thema „ältere/alte Menschen“ könnte, z.B. in Form einer Synopse, Bezüge verdeutlichen und Ansatzpunkte zur Bündelung von Aufgaben und zum Aufheben hinderlicher, sich eventuell sogar konterkarierender Aktivitäten und Zuständigkeiten geben. Dies könnte ein erster Schritt sein, dem Thema „Aktivierung der Potenziale einer alternden Gesellschaft“ einen Stellenwert zu geben. Zugleich könnten über die Aufhebung dieser Hemmnisse durch Bundesvorgaben die Potenziale, die gerade auch auf der kommunalen Ebene vorhanden sind, besser genutzt werden. Die „Aktivierung der Potenziale einer alternden Gesellschaft“ stellen einen zentralen Baustein in der Diskussion um den demographischen Wandel dar, der, da es sich um ein Querschnittsthema handelt, ebenfalls in verschiedenen Ressorts behandelt wird. Hier sollte viel stärker versucht werden, die inner- und intersektoralen Bezüge deutlich zu machen und entsprechende integrative Politikansätze zu formulieren.
- Auf Bundesebene wird das Thema des demographischen Wandels schon seit einigen Jahren in Zusammenhang mit der Sicherung der Sozialsysteme angesprochen, es gewinnt jedoch zunehmend außerhalb dieser Diskussion an Gewicht. Das BMFSFJ hat mit dem 5. Altenbericht das Stichwort der „Potenziale aus einer alternden Gesellschaft“ aktiv in die Diskussion eingeführt. Die vielfältigen Aktivitäten des BMVBS im Rahmen der Ressortforschung, des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) und der Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) wurden beschrieben. Die Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vom 13. Oktober 2003 und der Beschluss vom 28. April 2005 befassen sich mit der Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und formulieren Ziele für notwendige regionale Anpassungsprozesse. Auch das BMBF diskutiert immer wieder zu dem Thema. Die Aktivitäten der verschiedenen Fachressorts sollten systematischer auf Querbezüge und Kooperationsansätze geprüft werden.

- Die Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) liefern für das Thema „Demographischer Wandel“ wichtige Hinweise und vermitteln bisherige Erfahrungen, so z.B. in der Initiative Seniorenorientierter Wirtschaftsraum Technologie-Region K.E.R.N., im Konzept Südniedersachsen als Generationen-Netzwerk oder in der Gestaltung dualer Netzwerkstrukturen für Senioren in der Region Neumarkt/Oberpfalz. Hier erscheint es sinnvoll, diese Ansätze um weitere Beispiele, die noch stärker strategisch/integrativ ausgerichtet sind, zu erweitern.
- Forschungsbedarf, der sich unter anderem an die Ressortforschung des BMVBS richtet, könnte darüber hinaus darin bestehen, die in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern bestehenden Standards, z.B. im Hinblick auf Erreichbarkeit, auf Ausstattungsmerkmale von Einrichtungen, und Regelwerke im Rahmen von Modellvorhaben darauf hin zu überprüfen, in wie weit sie den hier zu bewältigenden Herausforderungen noch gerecht werden oder an je spezifische regionale und kommunale Situationen, Konzepte und Projekte angepasst („entfeinert“) werden müssen und können.
- Die Diskussion um die Potenziale, die sich aus der Alterung der Gesellschaft ergeben, steht noch am Anfang. Die Beispiele zeigen, wie Kommunen und Regionen aktiv werden können, um die Chancen zu nutzen. Das handlungsorientierte Wissen über diese Ansätze muss zukünftig breiter vermittelt werden. Dabei geht es nicht um die Frage der direkten Übertragbarkeit einzelner Handlungsansätze, sondern vor allem darum, mit Hilfe eines Erfahrungs- und Wissensaustausches Anregungen für die Herausforderungen im eigenen Umfeld zu erhalten und daraus Schlussfolgerungen für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung einzelner Projekte und Ansätze zu ziehen (z.B. Kompetenzzentrum, Gute-Beispiele-Datenbank, Organisation von Erfahrungsaustausch). Hier sollten die Aktivitäten verstärkt werden, dies ist auch eine Aufgabe für den Bund und die Länder. Im Hinblick auf Bewusstseinsbildung und Kommunikation in Politik, Verwaltung, in die Wirtschaft und mit den Bürgerinnen und Bürgern bleibt noch einiges zu tun.

Literatur

Anheier, Helmut K. und Stefan Toepler (2002), Bürgerschaftliches Engagement in Europa. Überblick und gesellschaftspolitische Einordnung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2002, S. 31–38.

Augurzky, Boris und Uwe Neumann (2005), Ökonomische Ressourcen älterer Menschen. Regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, RWI-Materialien, H. 19, Essen.

Baum, Britta, Seitz, Helmut und Worobjew, Andrej (2002), Der Einfluss der Alters- und Familienstrukturen auf die Ausgaben der Länder und Gemeinden, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, H. 71 (1), S. 147–162.

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005), Raumordnungsbericht 2005, Bonn (BBR-Berichte, Bd. 21).

Becker, Heidede et. al (2005), Kommunale Planungspraxis quo vadis?, Gutachten im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, (Forschungsfeld „Stadtquartiere im Umbruch“ des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus ExWoSt), Berlin.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004), Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, Gütersloh.

BGW (Hrsg.), Geschäftsbericht Image 2004, http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/bgw_gb_2004/BGW_image_2004.pdf, 14.3.2006.

Bieheim, Peter (2005), Alternsgerechtes Human Resource Management. Ein Leitfaden zur Bewältigung des demographischen Wandels für Führungskräfte und Personalverantwortliche, Augsburg.

Birg, Herwig (2005), Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Wissenschaftliche Paperbacks, Bd. 29., Münster.

BMFSFJ (Hrsg.) (2002), Der Alterssurvey, Berlin (http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=35236.html (3.8.2005, 22.11.2005).

BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen/BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005), Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel. Erprobung von Anpassungs- und Entwicklungsstrategien in Modellvorhaben der Raumordnung, Berlin, Bonn.

BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen/BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005), Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland.

BMWA – Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.) (2005), Alterung und Familienpolitik (Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWA), Dokumentation Nr. 548, Berlin.

Brasche, Ulrich und Susanne Wieland (2000), Alter und Innovation: Befunde aus der Beschäftigtenstatistik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 69. Jg. H. 1/2000, S. 124–141.

Bräuniger, Dieter, Bernhard Gräf, Karin Gruber, Marco Neuhaus und Stefan Schneider (2002), Die demographische Herausforderung. Ein Überblick über die Bevölkerungsproblematik und ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen. Deutsche Bank Research (Hrsg.), Reihe: Demographie Spezial, Frankfurt/Main (http://www.dbresearch.de)

Busse-Bekemeier, Michael, Bielefelder Modell. Kooperation der Wohnungswirtschaft mit ambulanten Pflegediensten (2005), in: Wege/BGW (Hrsg.), Räume der Zukunft. Dienstleistungsentwicklung rund um das Wohnen, Dokumentation der Fachtagung vom 30. September 2005, Bielefeld, o.S..

Cirkel, Michael, Josef Hilbert und Christa Schalk (2004), Produkte und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter. Expertise, Gelsenkirchen.

Commission of the European Communities, Green paper “confronting demographic change: a new solidarity between the generations”, COM (2005) 94 final, Brussels, 16.3.2005.

Erlinghagen, Marcel, Carsten Hank und Gert G. Wagner (2006), Freiwilligenarbeit der älteren Bevölkerung in Europa, in: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 10/2006, S. 133–137.

Fedler, Michael, Dr. Günter Gebauer und Sabine Seemann (2005), Fit für den demographischen Wandel in Unternehmen – Altersstrukturanalysen und Arbeitsfähigkeitsprofil, Neue Methoden der Personalentwicklung. Handreichung für Unternehmen, Landkreis Osnabrück.

Frevel, Bernhard (2004), Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden.

Fuchs, Johann und Doris Söhnlein (2005), Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung bis 2050, IAB-Forschungsbericht Nr. 16/2005, Nürnberg.

Haug, Peter (2004), Sinkende Einwohnerzahlen und steigende Kosten für kommunale Leistungen, in: Wirtschaft im Wandel 11, Halle.

Heinze, Rolf G., Engagement und Partizipation (2005), in: BMFSFJ (Hrsg.), Dokumentation der Fachtagung. Vorstellung und Diskussion zentraler Positionen des Fünften Altenberichts der Bundesregierung mit Senioren, Seniorenverbänden und Seniorenorganisationen, S. 92–99, Berlin.

Herfurth, Matthias und Martin Kohli (2003), Arbeit in einer alternden Gesellschaft, Opladen.

Hin, Monika und Sabine Schmidt (2006), Der demographische Alterungsprozess – eine Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, H. 4/2006, S. 10–14.

Hollbach-Grömig, Beate (2003), Anpassung der kommunalen Entwicklungskonzepte an den strukturellen und demographischen Wandel, in: Dick, Eugen und Heinrich Mäding (Hrsg.), Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen. Mit welchen Programmen antwortet die Politik? Ein Werkstattbericht, Münster et. al., (Schnittpunkte von Forschung und Politik, Bd. 4), S. 101–129.

Hollbach-Grömig, Beate (2003), Weniger – Älter – Bunter, in: AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik, Heft 2/2003, S. 41–42.

Hollbach-Grömig, Beate und Jan Trapp, The Impact of Demographic Change on Local and Regional Government – Research Project, (Forschungsprojekt i.A. des Rates der Gemeinden und Regionen Europas RGRE), Berlin, Brüssel 2006.

Hutter, Gérard, Iwanow, Irene und Bernhard Müller (Hrsg.) (2003), Demographischer Wandel und Strategien der Bestandsentwicklung in Städten und Regionen, Dresden.

IAB Kurzbericht Nr. 19, 28.10.2005 (Langfristprojektion bis 2050. Dramatischer Rückgang der Bevölkerung im Osten), Nürnberg.

IAT – Institut Arbeit und Technik (1997), Marktbeobachtung und Produktentwicklung: Entwicklungspotentiale der Gesundheitswirtschaft in Bielefeld. Studie im Auftrag der WEGE mbH Wirtschaftsentwicklungs- und Marketinggesellschaft der Stadt Bielefeld, Bielefeld.

IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2003), Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Modellvorhaben der Raumordnung, 2. Zwischenbericht, Juli 2003 (im Auftrag des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung), Berlin.

IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH u.a. (2004), Demografischer Wandel – Herausforderungen an die Weiterentwicklung der Infrastruktur in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands – Cottbuser Erklärung vom 14.5.2004.

IÖR – Institut für ökologische Raumentwicklung/ies – Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover (2004), Demographischer Wandel – Herausforderung für eine ökologische Siedlungsentwicklung – Marienthaler Erklärung – Ein Aufruf zur Diskussion.

Jürgensen, Sven (2003), Die Freiwilligen-Agentur der Stadt Osnabrück stellt sich vor. „Wer sich hier meldet, tickt nicht richtig“, in: Der Städtetag, 56 Jg. (2003), Nr. 7/8, S. 45–46.

Kabisch, Sigrun, Bernt, Matthias und Andreas Peter (2004), Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen Wiesbaden.

Kaufmann, Franz-Xaver (2005), Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt/Main.

Krieb, Christine und Andreas Reidl (1999), Senioren-Marketing: So erreichen Sie die Zielgruppe der Zukunft, Wien.

Krings-Heckemeier, Marie-Therese und Eckhard Feddersen (2003), „Silver Living“ – Jeder nach seiner Fasson – Wohnen der „Generation 50 Plus“. Wohnen im Alter (6), in: Die Wohnungswirtschaft, H. 2, S. 42–44, Hamburg.

Krings-Heckemeier, Marie-Therese, Feddersen, Eckhard und Stefan Bultmann (2003), Marktpotenziale für Wohnen im Alter, in: Die Wohnungswirtschaft, H. 2, S. 34–37, Hamburg.

Landesregierung Brandenburg Staatskanzlei (Hrsg.) (2005), Demographischer Wandel in Brandenburg. Rahmenbedingungen, Konzepte, Handlungsempfehlungen, Potsdam (unveröff.).

Mäding, Heinrich (2003), Demographische Trends in Deutschland: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft, in: Dick, Eugen und Heinrich Mäding (Hrsg.), Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen. Mit welchen Programmen antwortet die Politik? Ein Werkstattbericht, Münster u. a., (Schnittpunkte von Forschung und Politik, Bd. 4), S. 11-40.

Mäding, Heinrich (2003), Demographischer Wandel: Herausforderungen an eine künftige Stadtpolitik, in: Stadtforschung und Statistik (2003), H. 1, S. 63–72.

Mäding, Heinrich (2004), Demographischer Wandel in Ostdeutschland als Herausforderung für die Verwaltung, Neufahrland (Schriftenreihe der Landesakademie für öffentliche Verwaltung Brandenburg).

Mäding, Heinrich (2004), Demographischer Wandel und Kommunalfinanzen – einige Trends und Erwartungen, in : Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 43. Jg. 2004, Bd.1, S. 84–102.

Mäding, Heinrich (2004), Demographischer Wandel: Herausforderungen für Stadtentwicklung und Wohnungswirtschaft, in: Gans, P./Nachkamp, H.H. (Hrsg.) (2004), Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung, Mannheim (Mannheimer Schriften zu Wohnungswesen, Kreditwirtschaft und Raumplanung, Bd. 2), S. 3–38.

Miegel, Meinhard (2002), Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, Berlin, München.

Milbradt, Georg und Johannes Meier (2004), Die demographische Herausforderung – Sachsens Zukunft gestalten, Gütersloh.

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Einkommen und Ausgaben älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Repräsentativumfrage, o.O., o.J. (Düsseldorf 2002).

MKRO – Ministerkonferenz für Raumordnung (2005), Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (MKRO-Entschließung vom 13.10.2003, Workshop der Fachministerkonferenzen am 14./15.10 2004 in Berlin, MKRO-Beschluss vom 28.4.2005).

Müller, Bernhard, Regionalentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen (2003), in: Raumforschung und Raumordnung, H. 1–2, S. 28–42.

Pohlmann, Stefan (Hrsg.) (2003),Der demografische Imperativ. Von der internationalen Sozialpolitik zu einem nationalen Aktionsplan, (Beiträge aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft), Hannover.

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunales Marketing (07. Juni 2005), Pressemitteilung, Landkreis Osnabrück.

Rosenfeld, Martin T. W./Schlömer, Claus (Hrsg.) (2004), Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland. Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 4, Hannover (Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 312).

RWI (2004),Wirtschaftsfaktor ältere Migrantinnen und Migranten in Deutschland – Stand und Perspektiven (Expertise im Auftrag des Deutschen Zentrums für Altersfragen für den 5. Altenbericht der Bundesregierung), Essen.

Sander, Robert, Die Kommunen in Zeiten demografischer Umbrüche, 2002, Tagungsbericht.

Sander, Robert, Vom Wachstum zum Rückbau: Planung und Steuerung der Stadtentwicklung in Zeiten des Wandels, 2002, Seminardokumentation.

Scharfenorth, Karin (2005), Die Seniorenwirtschaft als Hoffnung des 21. Jahrhunderts. Chancen des demografischen Wandels für die Dienstleistungsgesellschaft, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Baden, Jg. 152, H. 1, S. 19–23.

Schmähl, Winfried, Ökonomische Potenziale des Alters (2005), in: BMFSFJ (Hrsg.), Dokumentation der Fachtagung. Vorstellung und Diskussion zentraler Positionen des Fünften Altenberichts der Bundesregierung mit Senioren, Seniorenverbänden und Seniorenorganisationen, S. 35–45, Berlin.

Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina (1994), Migranten im Alter. Möglichkeiten kommunaler Altenhilfe, Berlin (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 12).

Sieber, Wolfgang und Raphael Jonas (1997), Gesundheitswirtschaft in der Stadt Bielefeld. Daten – Fakten – Analysen. Ein Report im Auftrag der WEGE mbH Wirtschaftsentwicklungs- und Marketinggesellschaft der Stadt Bielefeld, Bielefeld.

Stadt Osnabrück, Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung (Hrsg.) (2004), Stadtentwicklungskonzept Osnabrück. Wachsende Stadt in einer starken Region, Osnabrück.

Statistisches Bundesamt (2003), Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050, Wiesbaden.

Stede, Werner (2004), Innovationen im betreuten Wohnen – Wohnen mit Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale, in: Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.): Zukünftiges Wohnen im Alter, S.29–33.

Strubelt, Wendelin und Horst Zimmermann (Hrsg.) (2005), Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? – Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR. Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 5, Hannover (Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 225).

Tietz, Hans-Peter (2004), Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Netzin-frastruktur. Beitrag für den Arbeitskreis Raumstrukturelle Wirkungen

des demographischen Wandels der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, o.O. März 2004.

Wagner, Annika und Dorothea Manthey (2005), Abschlussbericht des Projektes „Chancen im Älterwerden“. Landkreis Osnabrück.

Wagner, Annika und Dorothea Manthey (2005), Pressespiegel des Projektes „Chancen im Älterwerden“. Landkreis Osnabrück.

WEGE mbH Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld (Hrsg.) (2000), Gesundheitswirtschaft in Bielefeld, Bielefeld.

Wiehe, Vera (2006), TeutoWellness 50plus. Tourismusförderung in der Region Teutoburger Wald, in: Meyer-Hentschel, Hanne und Gundolf Meyer-Hentschel (Hrsg.), Jahrbuch Senioren-Marketing 2006/2007, Frankfurt am Main, S. 315–331.

Internet

http://demographiekonkret.aktion2050.de/Bielefeld.59.0.html, 22.3.2006.

http://icadc.cordis.lu/fepcgi/srchidadb?CALLER=IST_UNIFIEDSRCH&ACTION=D&RCN=60791&DOC=3&CAT=PROJ&QUERY=1, 22.3.2006.

http://www.equal-de.de.

http://www.lebensgerechtes-wohnen.de/start.htm, 14.3.2006.

http://www.lkos.de/magazin/artikel.php?artikel=8446&type=2&menuid=155&topmenu=31.

http://www.lkos.de/staticsite/staticsite.php?menuid=292&topmenu=34&submenu=143.

http://www.netab.de.

http://www.passgerecht.de/, 14.3.2006.

http://www.stuttgart.ihk24.de/SIHK24/SIHK24/produktmarken/index.jsp?url=http%3A//www.stuttgart.ihk24.de/SIHK24/SIHK24/servicemarken/aktuell/Pressemitteilungen/pm06_09.jsp, 04.04.06

http://www.teutoburgerwald.de/wellness50plus/frameset.html, 14.3.2006.

http://www.zig-owl.de/home/index,id,618.html, 21.3.2006.

http://www.zig-owl.de/home/index,id,746.html, 14.3.2006.